

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

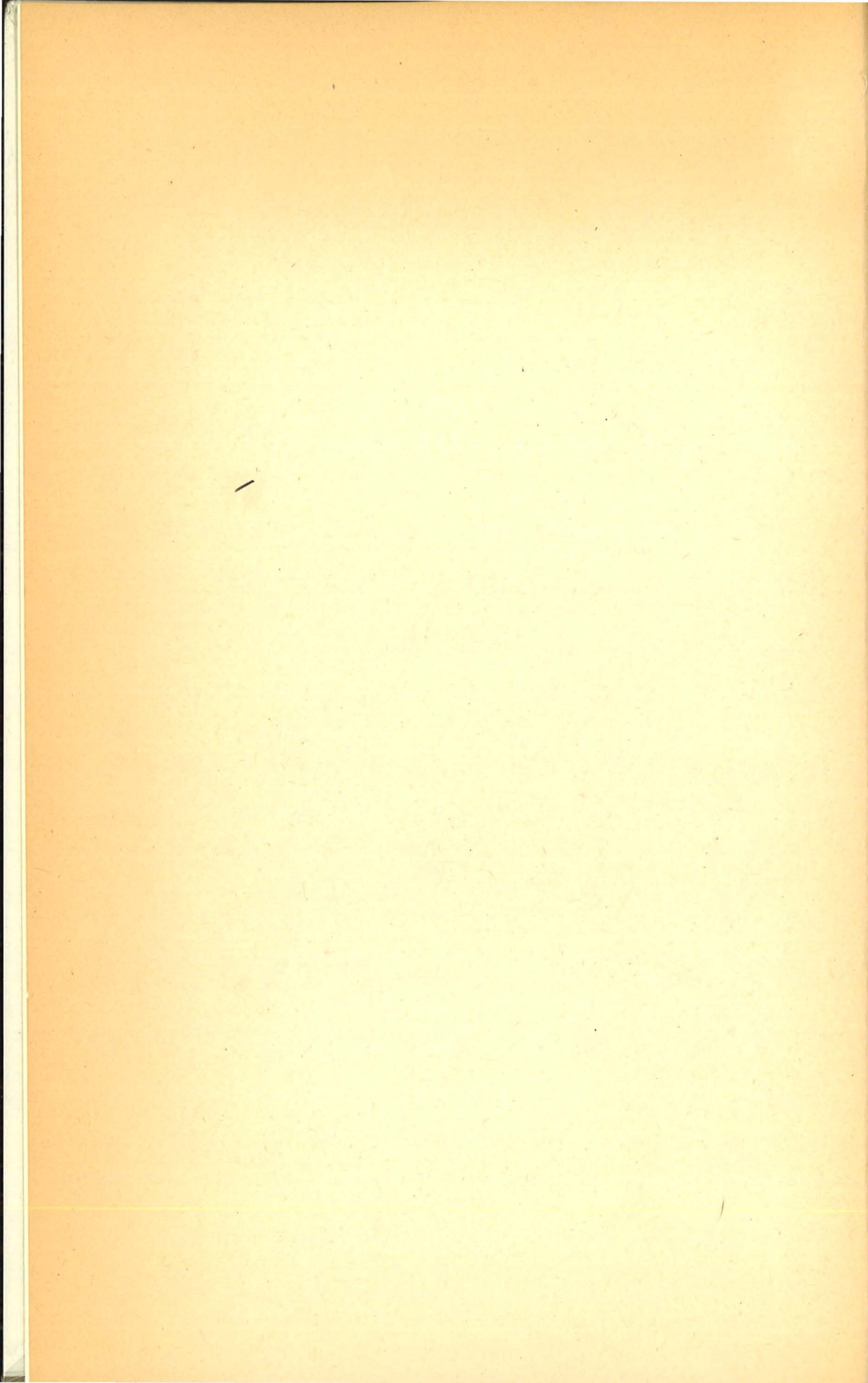
*Bericht der Exekutive
der
Kommunistischen Internationale*

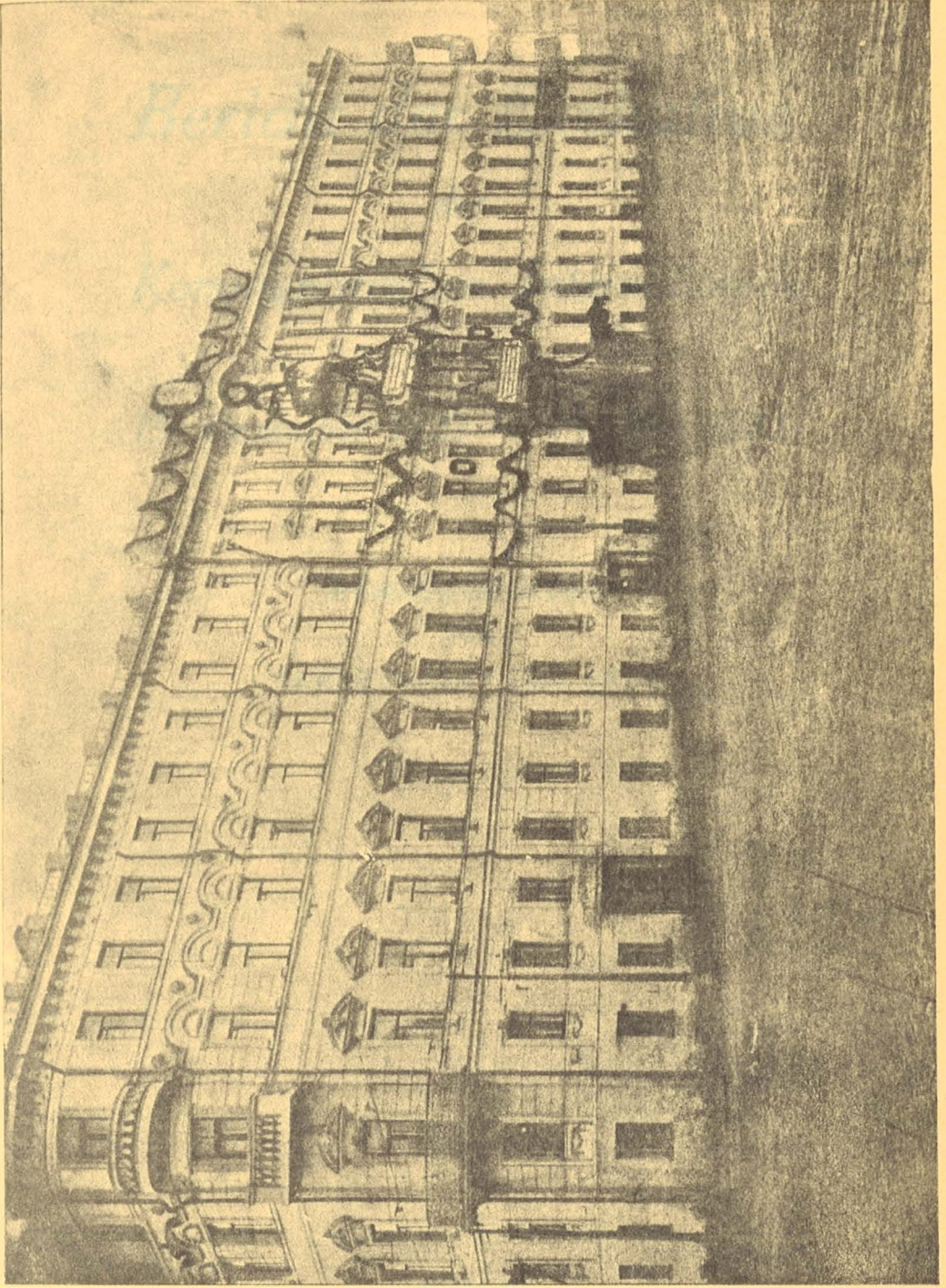
15. Dezember 1922 — 15. Mai 1923.

HERAUSGEGEBEN
VOM
SEKRETARIAT DES EKKI.

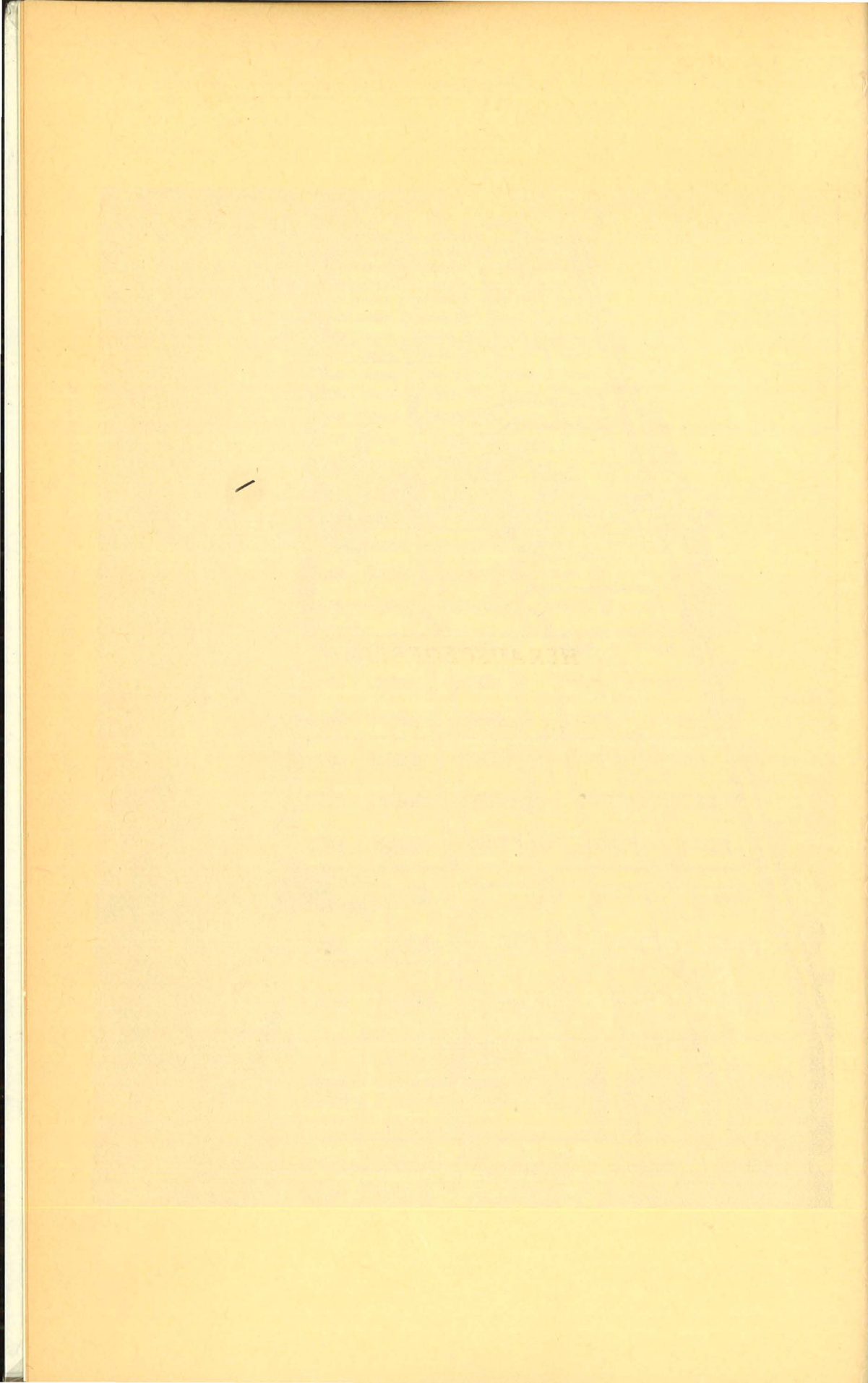
MOSKAU.
VERLAG DES EKKI.
1923.

CA 000
T 090
1922-23





Sitz der Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau.



Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Bericht der Exekutive
der
Kommunistischen Internationale

15. Dezember 1922 — 15. Mai 1923.

HERAUSGEGEBEN
VOM
SEKRETARIAT DES EKKI.

MOSKAU.
VERLAG DES EKKI.
1923.

247063

Feltrinelli Reprint

In collaborazione con la Biblioteca dell'Istituto G. G. Feltrinelli

1967

4/33980

ALIT - Nichelino (To)

14
CA000
T 090

1922/23



144/ 844.066

Hauptnummer 10375.

Auflagezahl 2000 Exempl.

Buchdruckerei der „Krasny Proletarier“ (frühere Kuschnerowa), Pimenowskaja 1/16.

INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite.
Einleitung	5
I. Der Apparat der Komintern.	
1. Exekutive	7
2. Abteilung für Information und Statistik	—
3. Agitations- und Propagandaabteilung	8
4. Abteilung für den internationalen Verbindungsdienst	—
5. Ostabteilung	9
6. Referenten	—
7. Organisationskommission	10
8. Budgetkommission	—
9. Presseabteilung	—
10. Verlagskommission	11
11. Internationale Pressekorrespondenz	—
12. Zeitungsadministration	12
13. Bibliothek	—
II. Komintern und Profintern.	
Das Aktionskomitee	13
III. Internationale Zentralleitungen	
1. Exekutive der Jugendinternationale	14
2. Internationales Frauensekretariat	15
3. Zentralkomitee der „Roten Hilfe“	16
4. Kooperativsektion	—
5. Exekutive der Sportinternationale	17
IV. Die Exekutive der Komintern und die Sektionen.	
Russland	18
Deutschland	24
Frankreich	27
Belgien	29
Italien	30
Tschechoslovakei	32
England	34
Irland	35
Britisch-Indien	—
Aegypten	36
Türkei	37
China	—
Japan	38
Australien	39
Vereinigte Staaten von Nordamerika	—
Kanada	40

	Seiten-
Zentral—und Südamerika	40
Argentinien	41
Uruguay	—
Chile	—
Brasilien	42
Mexiko	—
Peru	—
Panama	—
Cuba	—
Guatemala	—
Norwegen	43
Schweden	45
Dänemark	—
Island	—
Holland	47
Holländisch-Indien	—
Oesterreich	—
Ungarn	48
Schweiz	—
Balkanföderation	—
Bulgarien	—
Rumänien	49
Jugoslavien	50
Griechenland	51
Polen	—
Finnland	53
Lettland	54
Litauen	55
Esthland	—
Spanien	—
Portugal	56

V. Aus den politischen Briefen des EKKI.

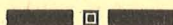
Die Internationale und ihr Verhältnis zu den Sektionen	57
Die Nationale Frage	59
Partei und Gewerkschaft:	
a) Zur Frage der organisatorischen Selbständigkeit	61
b) Die individuelle Parteimitgliedschaft	—
c) Zur Frage der Einheitsfront	65
Der Demokratische Zentralismus	66
Die Bedeutung der internationalen Konferenzen	—
Resolution zu den taktischen Differenzen in der KPD	67

VI. Allgemeine Aktionen.

Zum 25. Jahrestag der Gründung der KPR	76
Die Maifeier	78
Zum Internationalen Frauentag	—
Die Verschmelzung der beiden reformistischen Internationalen.	—
W. Worowski	—
Gegen den Arbeitermord in den englischen Kolonien	79
Gegen die Proletariermörder Esthlands	—

A n h a n g.

Verzeichnis der Exekutivmitglieder	80
Der organisatorische Apparat der Komintern (Tabelle)	81



Einleitung.

Immer mehr erweist sich die Kommunistische Internationale als eine festgefügte Weltorganisation der revolutionären Massen. Geboren in der Zeit der entscheidenden Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, im Feuer des imperialistischen Völkergemetzels und im blutigen Bürgerkriege gestählt, wurde sie zu der gewaltigen, die gesamte revolutionäre Bewegung führenden «Internationale der Tat».

Ebenso wie die Führer der Dritten Internationale versuchten auch Marx und Engels im Generalrat der Ersten Internationale, auf die revolutionäre Bewegung in allen kapitalistischen Staaten Einfluss zu gewinnen. Und so wie heute die Renegaten des Klassenkampfes und die Wortführer der herrschenden Klassen über die «Moskauer Befehle» zetern, ebenso haben die Führer der aufstrebenden Bourgeoisie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gegen die „Hetzer“ der ersten Internationale, Marx und Engels, gewettert. Allein die erste Internationale führte nur eine verhältnismässig geringe Schar revolutionärer Klassenkämpfer. In Deutschland und Frankreich hatte die kapitalistische Entwicklung erst geringe Fortschritte gemacht. Das Industrieproletariat war äusserst schwach. Noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat es Lassalle als eine kühne Hoffnung bezeichnet, 10.000 Arbeiter organisiert in den Klassenkampf zu führen. Umso imponierender war die Haltung Marx und Engels, die nicht müde wurden in ihren Anstrengungen, schon die erste Internationale zu einer Organisation des revolutionären Klassenkampfes auszubauen.

Die Dritte Internationale ward geboren im Zeichen des Zusammenbruches der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Erste Internationale musste im Zeitalter des Aufstrebens, der kraftvollen Entwicklung des europäischen Kapitalismus zugrunde gehen.

Die Zweite Internationale, 1889 gegründet, vereinigte allmählich einige Millionen Arbeiter unter ihrem Banner. Allein sie wurde sehr bald die Gefangene der herrschenden Klassen und erwies sich schliesslich als die Internationale der Demonstration, der Resolution, der revolutionären Phrase. In ihrem Zeichen feierte der parlamentarische Kretinismus seine höchsten Triumpfe. In der kritischsten Stunde der Arbeiterbewegung musste sie ihre Schwäche und Unzulänglichkeit offenbaren und in Schande untergehen.

Die Dritte Internationale ist der Führer des Proletariats der ganzen Welt im entscheidenden Kampfesabschnitt zwischen Kapital und Arbeit. In ihrem Namen vollzieht sich die Entwicklung, Sammlung und planmäßige Organisierung aller revolutionären Kräfte, die innerhalb dieser Gesellschaft vorhanden sind. Und im Zeichen der Kommunistischen Internationale werden die ausgebeuteten Massen siegen.

Von Jahr zu Jahr knüpfen sich die Bande enger, die die Arbeiterbewegungen aller Länder mit der Kommunistischen Internationale verbinden, inniger wird das Verhältnis der Exekutive zu den Sektionen, unmittelbarer ihre Einflussnahme auf die taktischen Massnahmen aller Kommunistischen Parteien.

Die ungeheure Summe an praktischer, revolutionärer Erfahrung und theoretischer Erkenntnis, über die vor allem die Führer der russischen Revolution verfügen, wird zum Gemeingut der internationalen Arbeiterbewegung. Die russische Revolution und die Russische Kommunistische Partei haben dem Weltproletariat viel gegeben. Aber je mehr der Prozess der Revolutionierung breiter Massen in der ganzen Welt fortschreitet, in demselben Masse gestaltet sich dieses Verhältnis günstiger: die revolutionären Energien, die Sowjetrussland an die übrige Welt abgegeben hat, haben Kräfte ausgelöst, die dem russischen Bauern- und Arbeiterstaat wieder zugute kommen. Die Entwicklung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Staaten wirkt wieder zurück auf Sowjetrussland, dessen politische Stellung und ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten im hohen Grade von der Stärke und Geschlossenheit der revolutionären Entwicklung in den anderen Staaten abhängen. So ergibt sich also allmählich eine feste Geschlossenheit und die disziplinierteste Einheit des revolutionären Kampfes im Weltmasstabe und nicht zuletzt auch der enge, persönliche Kontakt der Vertrauenspersonen des Weltproletariats mit den leitenden Genossen der Kommunistischen Internationale. Und diese Entwicklung des revolutionären Massenwillens der arbeitenden Klassen aller Länder, seine methodische Zusammenfassung im Kampfe gegen die Weltbourgeoisie, nennen die Aftermarxisten „die Moskauer Diktatur“. Wohlan, diese „Diktatur“ gilt es noch besser auszubauen!

Der Bericht über die Tätigkeit der Exekutive seit dem 4. Weltkongress ist unvollkommen. Es ist nicht sosehr ein detaillierter Bericht als vielmehr eine Aufzählung und Andeutung der wichtigsten Arbeiten vor allem auf politischem Gebiet und in agitatorischer Hinsicht, sowie ein Versuch, den organisatorischen Apparat der Komintern darzustellen. Die Stellungnahme der Exekutive zu den kompliziertesten Problemen der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern soll allen Genossen bekannt werden. Und hauptsächlich von diesem Gesichtspunkte aus ist dieser schriftliche Bericht zusammengestellt worden.

Das Sekretariat des EKKI.

I. Der Apparat der Komintern.

1. Exekutive.

Auf Grund der organisatorischen Beschlüsse des 4. Kongresses wurde der Apparat der Exekutive etwas verändert. Vor allem wurde eine genauere Arbeitsteilung veranlasst. Die Tätigkeit des Präsidiums wurde infolge der Gründung des Organisationsbüros sehr gefördert.

Seit dem 4. Kongress hat die Exekutive in 4. Sitzungen 22 politische Fragen erledigt. In derselben Zeit hat das Präsidium in 19 Sitzungen 220, das Organisationsbüro in 18 Sitzungen 105 Fragen behandelt. Mit der Vorbereitung der vom Präsidium und der Exekutive erledigten Angelegenheiten beschäftigten sich 34 ausserordentliche und 6 ständige Kommissionen.

Die Erweiterte Exekutive hat nach dem 4. Kongress 3 Sekretäre und zwar die Genossen Kolarow, Stöcker und Pjatnizki, sowie als Stellvertreter die Genossen Kuusinen und Rakosi gewählt. (An Stelle des Genossen Stöcker, der seine Funktion nicht antreten konnte, wurde der Genosse Neurath als Sekretär bestimmt.) Seit dem letzten Kongress hat das Sekretariat in 44. Sitzungen 420 Fragen behandelt.

2. Abteilung für Information und Statistik.

Die Abteilung für Information und Statistik der KI erstrebt eine auf der möglichst vollkommenen Zusammenstellung der Tatsachen beruhende Darstellung der gesamten Tätigkeit und sozialen Struktur der der KI angeschlossenen Parteien. Die in der Abteilung tätigen Genossen bearbeiten jeder eine bestimmte Ländergruppe. Daraus ergibt sich ein enges Zusammenarbeiten mit den Referenten und ihren Stellvertretern. Das Material über die Länder des nahen und fernen Ostens wird der Orientabteilung der KI überwiesen.

Ende April befand sich in der Abteilung Material über 37 Länder in 536 verschiedene Unterabteilungen (Sachgebiete) eingeteilt. Einige Fragen z. B. 2 und 2 $\frac{1}{2}$ Int., Int. Konferenzen, Petrolfrage, werden in sog. Internationalen Mappen gesammelt.

Eine richtige Beurteilung der Parteitätigkeit ist nur möglich, wenn sie sich auf genügendes Tatsachenmaterial stützen kann. Es ist deshalb

die Pflicht der einzelnen Parteien, der Informationsabteilung der KI alle nur mögliche Berichterstattung über die die Kommunistische Internationale interessierenden Fragen in den betreffenden Ländern zukommen zu lassen.

3. Agitations—und Propagandaabteilung.

Die Propaganda-Abteilung zerfällt in zwei Unterabteilungen: 1) Agitprop-Abteilung; 2) Bildungsabteilung.

Die Agitprop-Abteilung hat folgende Aufgaben:

- a) Die propagandistische Beleuchtung der Tätigkeit der KI;
- b) Die Herausgabe von Büchern und Broschüren durch den Verlag der Kommunistischen Internationale;
- c) Ausarbeitung und Verfassung von Aufrufen auf Grund besonderer Aufträge des Präsidiums.
- d) Dazu kommt auch noch als besondere Aufgabe zur Verbesserung des Agitations- und Propagandawesens in den verschiedenen Sektionen der KI beizutragen.

Die Abteilung Bildung übernimmt:

- a) Die Leitung und Kontrolle des Bildungswesens der Sektionen der Komintern;
- b) Die Förderung der marxistischen Forschung;
- c) Leitung und Kontrolle der Kommunistischen Fraktionen in den nichtkommunistischen proletarischen Bildungsorganisationen und Kultureinrichtungen;
- d) Die Verwertung von Kunst- und Anschauungsmitteln für die kommunistische Propaganda;
- e) Beeinflussung der proletarischen Sport- und Wandervereine;
- f) Kommunistische Pädagogik;
- g) Förderung der Parteibibliotheken und des Literaturvertriebs.

Bis jetzt hat sich die Propaganda-Abteilung meistens mit der Information über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale und der verschiedenen Sektionen der KI beschäftigt. Der Bildungsabteilung gelang es mit verschiedenen kommunistischen Parteien in enge Beziehung, das Bildungswesen betreffend, zu treten und Anweisungen an diese zu geben. Es werden Parteischulen für die deutschsprechenden und französischsprechenden Genossen eingerichtet.

4. Abteilung für den internationalen Verbindungsdienst.

Die internationale Verbindungsdienst-Abteilung des EKKI schafft und unterhält die Verbindung mit allen Kommunistischen Parteien und versorgt die letzteren mit Literatur.

Die Verbindungsabteilung hat eine Unterabteilung für Literatur, die das Heraussuchen und die Beschaffung entsprechender Neuerscheinungen sowohl Moskauer wie provinzieller Verlage über Politik und Wirt-

schaft Sowjetrusslands, wie auch im allgemeinen auf dem Gebiete sozial-ökonomischer Literatur (ausschliesslich russische Originalwerke) und ihre Verteilung unter die Parteiverlage und Organisationen im Auslande auf dem Tauschwege, ferner an die Bibliothek und Abteilungen des EKKI besorgt.

Sie stellt die Veröffentlichungen der KI (russische und anderssprachige) den Abteilungen des EKKI zu und besorgt den Austausch von Veröffentlichungen zwischen dem EKKI und einer Reihe von Zentralverlagsanstalten.

Seit dem 4. Kongress bis zum 1. Mai laufenden Jahres wurde eine grosse Anzahl von Veröffentlichungen, durchschnittlich 25 bis 30 Exemplare von jeder, angekauft und unter die Verlagsanstalten und Organisationen im Auslande verteilt.

5. Ostabteilung.

Die Ostabteilung der Komintern wird von einem Mitglied des Präsidiums geleitet und führt die Arbeit der Exekutive in Japan, China, Korea, in der Mongolei, in Holländisch-Indien, Indochina, Britisch-Indien, in der Türkei, Persien, Aegypten, Mesopotamien, Syrien, Palästina, Marokko, Tunis und Algier aus, indem sie sich in Unterabteilungen für den Nahen, Mittleren und Fernen Osten teilt.

Die Abteilung verfolgt systematisch das politische und ökonomische Leben dieser Länder, achtet auf jeden eintretenden Wechsel und jede Umgruppierung der sozialen Kräfte und trägt sorgfältig jedem Wechsel in der politischen Konjunktur Rechnung, indem sie die dem Informationsdienste dienenden Sammelmappen über die politische und ökonomische Lage der einzelnen Länder des Ostens zusammenstellt.

In der letzten Periode verbesserte sich die Verbindung der Abteilung mit den übrigen Ländern bedeutend. Das war besonders in Indien, Holländisch-Indien, Japan und China der Fall.

6. Die Referenten der Exekutive.

Das Präsidium hat, dem Beschluss des IV. Kongresses entsprechend, Referenten bestimmt, deren Aufgabe es ist, über die Verhältnisse in allen Sektionen, die wirtschaftliche und politische Lage des betreffenden Landes Bericht zu erstatten und das wichtigste Material für die Beratungen des Präsidiums vorzubereiten. Als Referenten fungieren die Genossen Radek, Sinowjew, Bucharin, Kuusinen, Mickewitsch, Hörnle, Neurath, Kobecky, Mac Manus, Gennari, Kolarow, Lévy, Katayama.

Den Referenten wird das notwendige Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial sowie die Berichte der Sektionen zur Verfügung gestellt. Die Berichterstattung der Referenten an das Präsidium erfolgt mündlich und schriftlich. Die Berichte der Referenten oder Auszüge aus diesen Berichten werden auch an die Abteilung für Agitation und Propaganda und die Informationsabteilung abgegeben.

7. Organisationskommission.

Die Kommission für Organisationstätigkeit wurde vom Präsidium des Ekki auf Beschluss des 4. Kongresses der Komintern geschaffen; sie hat ihre Tätigkeit im Januar angefangen. Die genannte Kommission arbeitete namentlich in Italien. Eine grosse Aufmerksamkeit wurde der Reorganisation der Partei, dem Verbindungsdienste, der Organisationstechnik und andern organisatorischen Angelegenheiten gewidmet. Die Kommission beschäftigte sich auch mit Fragen der Parteiarbeit in einigen wichtigen Sektionen.

Die Kommission sammelte Material über die faschistischen Organisationen usw. Bedauerlicherweise geben die Sektionen der KI nur sehr spärliche Informationen über diese Frage von höchster Wichtigkeit.

Die Kommission hatte vom 17. Januar bis 22. Mai 23 insgesamt 12 Sitzungen.

Aus naheliegenden Gründen kann ein ausführlicherer Bericht der Kommission nur dem Präsidium des EKKI unterbreitet werden.

8. Budgetkommission.

Die Budgetkommission des EKKI wird vom Präsidium gewählt und ist unmittelbar dem letzteren unterordnet.

Die grundlegende Funktion der Budgetkommission besteht in der Lösung der mit der Tätigkeit der einzelnen Kommunistischen Parteien verbundenen finanziellen Fragen.

Die Budgetkommission bestimmt das Ausmass der Mitgliedschaftsbeiträge der Kommunistischen Parteien zugunsten der Komintern und verteilt die erhaltenen Summen unter die einzelnen Parteien für die verschiedenen unvermeidlichen Bedürfnisse (Wahlkampagnen, Verlagsanstalten, Zentralapparat u. s. w.).

Die Budgetkommission kontrolliert die finanzielle Seite der Tätigkeit der einzelnen Parteien, um festzustellen, ob die durch die Budgetkommission aus den von den verschiedenen Kommunistischen Parteien eingelaufenen Mitteln zugestandenen Summen für den bezeichneten Zweck verwendet worden sind.

Die Tätigkeit der Budgetkommission wird durch eine besondere auf dem Kongress gewählte Kommission kontrolliert.

In der Berichtsperiode vom 15. 12. 22. auf den 15. 5. 23. hielt die Budgetkommission 10 Sitzungen ab. Auf diesen Sitzungen wurden 59 Fragen erörtert, 35 von ihnen oder 59,3% betreffen die Sektionen der Komintern, 6 oder 10,2% die Institutionen der Komintern, während die restlichen 18 oder 30,5% Fragen der Organisation, des Informationsdienstes und sonstige kleine Fragen behandeln.

9. Presseabteilung.

Die Presseabteilung arbeitet für sämtliche Verlage der Komintern, für die Zeitschrift «Die Kommunistische Internationale», für die russische Presse und besorgt die Uebersetzungsaufgaben der Exekutive und ihrer Abteilungen, der Referenten und der dem EKKI angeschlossenen Zentralleitungen der internationalen Institutionen.

Die Abteilung arbeitet hauptsächlich auf dem Gebiete der französischen, deutschen, englischen und russischen Sprache. Zu diesem Zwecke besitzt sie einen entsprechenden Stab von Redakteuren, Mitarbeitern und Uebersetzern.

In der Zeitspanne vom 10. Dezember 1922 bis auf den 1. Mai 1923 sind der Presseabteilung 836 Artikel, Berichte usw. zur Bearbeitung, Übersetzung und Auswertung übergeben worden. Während dieser Zeit führte die Presseabteilung des EKKI folgende Arbeiten aus:

Uebersetzungen aus verschiedenen Sprachen in verschiedene Sprachen—545 Druckbogen (ungefähr 10,000 Seiten).

Redigierung der Artikel und Uebersetzungen, Ausführung verschiedener Redaktionsarbeiten—380 Druckbogen.

Abschriften auf der Schreibmaschine in verschiedenen Sprachen—26.000 Seiten mit 4—10 Kopien.

10. Verlagskommission.

Die Verlagstätigkeit des EKKI, hauptsächlich in russischer, deutscher, französischer und englischer Sprache, steht unter der Leitung der mit der Agitations- und Propagandaabteilung verbundenen Verlagskommission des EKKI.

Nach dem 4. Kongress sind folgende Veröffentlichungen veranlasst worden oder befinden sich im Druck: In russischer Sprache: Thesen und Resolutionen des 4. Kongresses; verkürzter Bericht über den 4. Kongress (im Staatsverlag). In deutscher Sprache: eine Reihe von Kongressreferaten. Verkürzter Bericht über den 4. Kongress; voller Bericht über den 4. Kongress; Thesen und Resolutionen des 4. Kongresses. In englischer Sprache: Verkürzter Bericht über den 4. Kongress; Thesen und Resolutionen des 4. Kongresses. In französischer Sprache: verkürzter Bericht über den 4. Kongress; Thesen und Resolutionen des 4. Kongresses; eine Reihe von Kongressreferaten.

Ausserdem ist erschienen oder befindet sich in Vorbereitung oder in Druck eine Reihe von Broschüren über aktuelle Fragen und von Büchern theoretischen und historischen Charakters. Die Agitations- und Propagandaabteilung bereitet ein dem 25. jährigen Jubiläum der KPR gewidmetes Sammelbuch für den Druck vor.

Eine Reihe organisatorischer Massnahmen wurden getroffen zur Erreichung der grösstmöglichen Regelmässigkeit im Erscheinen der in russischer, deutscher, französischer und englischer Sprache herausgegebenen Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale.“

11. Internationale Presse-Korrespondenz.

Die Sektionen der Komintern haben in erster Linie einen schweren Kampf gegen die von der Grossbourgeoisie, der Finanzaristokratie subventionierte Verleumdungskampagne der bürgerlichen und demokratischen Presse zu bestehen. Es war daher nötig, für eine ganz regelmässige und einheitliche Information unserer gesamten Parteipresse zu sorgen. Aus diesen Gründen wurde ein Internationales Pressebüro geschaffen, das,

unterstützt von einem grossen Stab ausgezeichneter Mitarbeiter, nicht nur über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Sowjetrusslands, sondern über die bedeutsamsten Ereignisse in allen Ländern die kommunistische Presse informiert. Dieses Internationale Pressebüro ist ausgezeichnet geleitet und darf jetzt schon auf sehr grosse Erfolge zurückblicken. Die als Manuskript hergestellten Ausgaben der Pressekorrespondenz erscheinen in deutscher, französischer und englischer Sprache.

12. Zeitungsadministration.

Die Zeitungsabteilung hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Abteilungen und Referenten, welche politisch wichtige Arbeiten zu verrichten haben, regelmässig mit Zeitschriften und Zeitungen aus allen Ländern versehen werden.

Die Referenten und Abteilungen erhalten zur Zeit ungefähr 600 Zeitungen und Zeitschriften aus 54 verschiedenen Ländern und in 38 Sprachen.

Ausser, dass die Zeitungsabteilung politisches Material zu beschaffen und zu verteilen hat, muss sie auch für eine archivarische Aufbewahrung des wichtigsten Materiales Sorge tragen, und zu diesem Zwecke ist mit der Zeitungsabteilung ein Zeitungslesezimmer sowie ein Zeitungsarchiv verbunden. Von ungefähr 100 der wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften aller Länder (insbesondere kommunistische Zentralorgane) liegen die neuesten Nummern immer im Lesezimmer zur Benützung auf, diese werden sodann im Archiv gesammelt, geordnet und schliesslich gebunden.

13. Bibliothek.

In dem Komintern Hause steht eine Hand-Bibliothek den verschiedenen Abteilungen, Mitarbeitern und Delegierten des EKKI. zur Verfügung. Die Bibliothek ist täglich von 10 vm. bis 9 nm. geöffnet.

Der Bibliothek angegliedert ist eine Lesehalle, wo circa 50 verschiedene Zeitungen und die gleiche Anzahl Zeitschriften zur Verfügung stehen; täglich von 10 bis 9.

Die Bibliothek umfasst circa 12.000 Bände, wovon 8.000 jetzt klassifiziert und katalogisiert sind. Eine Neuorganisation der Bibliothek wurde Februar 1922 angefangen, ist aber bis jetzt noch nicht durchgeführt.—Die Bücher sind nach dem Dewey'schen Dezimalsystem geordnet und verzeichnet in einem «Dictionary—catalogue» mit deutschen Stichwörtern.

Die Bücher werden am meisten nur in der Bibliothek benützt. In Ausnahmefällen werden sie ausgeliehen.

II. Komintern und Profintern.

Das Aktionskomitee.

Seit dem Bestehen der Profintern haben Komintern und Profintern immer in allen Fragen, die gewerkschaftlicher und politischer Natur waren, zusammengearbeitet. Bis zu den Kongressen 1922 war die formelle Verbindung so, dass die Profintern zwei Vertreter in den Kominternsitzungen und die Komintern zwei Vertreter in den Profinternsitzungen hatte. Aus taktischen Gründen ist auf dem letzten II. Profinternkongress diese formelle Verbindung gelöst worden. Gleichzeitig wurde aber beschlossen, für besondere Fragen, die beide Internationalen gleich stark berühren, ein gemeinsames Aktionskomitee zu bilden. Und um den Kampf gegen die Offensive des Kapitals einheitlich zu führen, wurde schon im Dezember 1922 das aus je 3 Vertretern der Profintern und Komintern und einem Jugendvertreter zusammengesetzte Aktionskomitee gebildet. Dieses hält seine Sitzungen je nach Bedarf ab. Seine Beschlüsse sind, wenn einstimmig gefasst, bindend für alle der KI, der RGI und der Kommunistischen Jugendinternationale angeschlossenen Organisationen und ihre Mitglieder.

Das Aktionskomitee hat sich bis jetzt in 9 Sitzungen mit einigen dieser wichtigen Fragen beschäftigt.

III. Internationale Zentralleitungen.

1. Exekutive der Jugendinternationale.

Sofort nach dem IV. Kongress der Komintern fand der dritte Weltkongress der KJI statt, welcher von den kommunistischen Jugendorganisationen aller Länder und einigen sympathisierenden Verbänden beschiedt war. Er besprach die Kampfaufgaben der KJI gegen Militarismus, imperialistische Kriegsgefahr und Reaktion und gegen die wirtschaftliche Offensive des Kapitals und präzierte die Formen und Aufgaben der Massenarbeit der kommunistischen Jugendorganisationen auf ihrer heutigen Entwicklungsstufe.

Im Sinne des Kongressbeschlusses nahm die KJI eine grosszügige internationale Kampagne gegen Kriegsgefahr und Reaktion auf, und als Poincaré die Ruhr besetzte, war sie sogleich zur Stelle und erfüllte ihre Pflicht. Durch die praktische Zusammenarbeit der deutschen und französischen kommunistischen Jugend unter direkter Leitung der KJI wurden hunderttausende Flugblätter, Aufrufe, Plakate usw. in deutscher und französischer Sprache unter den Truppen und der Bevölkerung des Ruhrgebiets verbreitet. Auch unter den kolonialen Truppen wurde in ihrer Sprache Propaganda gemacht. Diese Arbeit zeitigte gute Erfolge. Vom 11—18. März wurde auch eine internationale antimilitaristische Propagandawoche durchgeführt, die überall unter guter Beteiligung und guten Ergebnissen vor sich ging. Die KI hat diese Kampagne der KJI, die heute noch fortgesetzt wird und die auch in einem systematischen antimilitaristischen Kampfe der KJO in den einzelnen Ländern ihre Beteiligung findet, von Anfang an voll unterstützt.

In Verbindung mit dieser Kampagne wurde von der KJI eine neue, kräftige Kampagne für die Einheitsfront und gegen die Verschmelzung der sozialdemokratischen Jugendinternationalen geführt, deren günstige Ergebnisse sich in der Bildung von oppositionellen Strömungen und Gruppen in den zentristischen und sozialpatriotischen Arbeiter-Jugend-Verbänden und der völligen Gewinnung der deutschen SPJ für die Einheitsfront zeigt.

Auch in der Verbesserung unserer Verbände und ihrer Verwurzelung in den Massen der Arbeiterjugend wurden Fortschritte erzielt. Kongresse der kommunistischen Jugend fanden statt in Deutschland, Oesterreich, Tschechoslovakei, Norwegen, Holland, Schweiz. Auf allen

diesen Kongressen wurde besonderes Gewicht auf die Verstärkung unserer Arbeit unter den Massen der industriellen Arbeiterjugend und in den Betrieben gelegt.

Die KJI und ihre Sektionen haben überall für die Durchsetzung der politischen Linie der KI gewirkt. In Norwegen hat sich der Jugendverband mit überwältigender Mehrheit auf die Seite der Beschlüsse und der Resolution der Komintern gestellt. In Italien hat er ihre Linie ganz angenommen; in Deutschland hat die Opposition nur eine verschwindende Minderheit im Verbandsrat finden können; in Frankreich hat der Verband aktiv bei der Reorganisierung der Partei mitgewirkt, und in Schweden trat er entschieden für die Durchführung der Linie der KI ein.

Die KI hat der KJI in ihrer Tätigkeit überall mit Rat und Tat beigestanden, und durch die gegenseitige Vertretung wurde eine gute Verbindung ermöglicht.

In den letzten Monaten wurden die KJO besonders wegen ihrer antimilitaristischen Kämpfe zum Gegenstand besonders wütender Verfolgungen durch die Reaktion. Dies verstärkt die Notwendigkeit, die KJI kräftig zu unterstützen und überall eine enge Zusammenarbeit zwischen KP und KJO durchzuführen.

2. Internationales Frauensekretariat.

Dem Beschlusse gemäss, den das Präsidium des EKKI gleich nach dem 4. Kongress der kommunistischen Internationale fasste, sollte das internationale Frauensekretariat zur Leitung der Arbeit unter den Frauen in den Ländern Westeuropas und in Amerika in Berlin verbleiben. Mit der Leitung der selben Arbeit in den Ländern des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens, desgleichen in den östlichen Randrepubliken, die dem Sowjetstaatenbunde angehören, wird die Ostabteilung des internationalen Frauensekretariats betraut. Diese Abteilung bleibt in Moskau und arbeitet laut Beschluss des Organisationsbüros des EKKI vom 2. Januar 1923 als Teil des internationalen Frauensekretariats im engen Kontakte mit der Ostabteilung des EKKI, indem sie ihre Tätigkeit mit der der Ostabteilung koordiniert und den Apparat der letzteren ausnutzt.

Seit dem 4. Kongresse der Kommunistischen Internationale veranlasste das internationale Frauensekretariat bis auf den heutigen Tag folgende Aktionen im internationalen Masstabe:

1. Im Westen: Im Dezember 1922: Eine internationale Kampagne gegen die Teuerung (hauptsächlich in Deutschland, Oesterreich, in der Tschechoslovakei und in Bulgarien), im Februar 1923: Eine internationale Aktion gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges und gegen die Okkupation des Ruhrgebiets (hauptsächlich in Frankreich, Deutschland, Oesterreich, England), am 12. Februar: Eine Kampagne gegen die Gesetze der Strafbarkeit der Abtreibung, vom 8. bis 18. März: Eine Kampagne für den internationalen Frauentag, am 18. März: Eine Aktion gegen den weissen Terror und gegen den Faschismus, am 28. März: Eine internationale Frauenwoche der Agitation und Propaganda, vom 15. bis 22. April: Eine internationale Schulwoche.

Das bisherige dem Zentralkomitee bekannte Ergebnis der Sammlungen ist: Russland: 21.000 Goldrubel, Deutschland: (liegen nur Angaben vom Bezirk Berlin vor: 11,5 Millionen Mark), Amerika: 8.400 Dollar.

Die Zahl der politischen Gefangenen ist bisher nur von Deutschland, Italien, Litauen, Polen, Finnland und Indien bekannt. Aber auch diese Zahlen sind meist nur Schätzungen, wenn auch ziemlich genaue. Die Gesamtzahl der revolutionären politischen Gefangenen aller Länder dürfte nach den bereits vorliegenden Angaben mit 100.000 nicht überschätzt sein. Ueber die Zahl der im revolutionären Kampfe Gefallenen sind nur Angaben von Finnland und Ungarn vorhanden. Die Zahl der Hinterbliebenen der im revolutionären Kampfe Gefallenen und der Eingekerkerten ist ebenfalls noch beinahe völlig unbekannt.

Zwei Aufgaben sind es vor allem, die der IRH augenblicklich gestellt sind: 1.) Durchgreifende und möglichst geregelte Unterstützung der vorhandenen Massen der Eingekerkerten und deren Hinterbliebenen. 2.) Schaffung einer derart starken Internationalen Roten Hilfsorganisation, dass bei grösseren Terrorwellen, wie z. B. der ungarischen, finnischen und italienischen, sofort eine grosszügige Hilfsaktion durchgeführt werden kann. Die „RH“ vom Ek unterstützt, ist übrigens selbständig.

4. Kooperativ-Sektion.

Die Kooperativ-Sektion leitet die Kampffaktion zur Eroberung der Genossenschaften. Sie organisiert die Teilnahme der Genossenschaften an den Kampagnen der Komintern und Profintern. Die kommunistische Genossenschaftsarbeit ist am besten entwickelt in Deutschland, Tschechoslowakei, Frankreich, Italien, Bulgarien und den Skandinavischen Ländern. Der Kooperativ-Sektion gehören Vertreter der wichtigsten Länder an.

5. Exekutive der Sportinternationale.

Die RSI wurde gegründet während des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Ihr Zweck ist: die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, sowie alle mit ihr verwandten Arbeiterorganisationen unter Ablehnung aller Spaltungstendenzen und strenger Einhaltung der Eroberungstaktik aus dem Sumpf des Sozialpatriotismus, in welchen sie hineingeraten sind, zum Klassenkampf zurückzuführen und aus diesem Grunde vor allem ein revolutionäres Gegengewicht gegen die Luzerner-Sport-Internationale, den reaktionärsten Flügel der II. Internationale, zu bilden. Im August 1922 fand in Berlin der zweite Weltkongress der RSI statt, der zum Ausgangspunkt der eigentlichen praktischen Arbeit wurde und ein enges Bündnis mit der KI, der KJI und der RGI beschloss.

Die Exekutive der KI hat u. a. auf dem 4. Kongress der Sportintern gegenüber folgende Beschlüsse angenommen: Einen Vertreter der Exekutive der KI in die Zentrale der RSI zu delegieren und ihr die Abhaltung einer Sitzung ihrer Erweiterten Zentrale zu ermöglichen. Auch die Sportintern findet Unterstützung der KI und ist sonst selbständig.

IV. Die Exekutive der Komintern und die Sektionen.

KP Russlands.

I.

Eine Reihe Tatsachen des verflossenen Halbjahres—5. Jahreswende der proletarischen Diktatur, das Jubiläum des 25. jährigen Bestehens der Partei, ihr 12. Parteitag, die Maifeier ds. Js., endlich das geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse und ihrer Partei angesichts des erneuten Angriffsversuchs der Weltreaktion—charakterisieren im allgemeinen zur Genüge die Lage der Partei im Lande und ihren inneren Zustand.

Die dauernd zunehmende Stärkung und Gesundung des Landes wirkte merkbar auch auf die Arbeiterklasse zurück. Dem parallel geht der Prozess der fortschreitenden Entwicklung und Festigung des Parteiorganismus.

Der zahlenmäßige Stand. Die Partei hatte zur Zeit des 11. Parteitages über 400.000 Mitglieder. In diesem Jahre hat eine weitere Abnahme der Mitgliederzahl stattgefunden. Der Mitgliederstand zur Zeit des 12. Parteitages weist im Vergleich zum vorjährigen eine Verminderung um einige Zehntausend auf. Gegenwärtig zählt die Partei etwas unter 400.000 Mitglieder. Dass diese Abnahme lediglich das Ergebnis einer gesunden Abstossung mit der Partei innerlich nicht verbundener Elemente darstellt, ist augenscheinlich und gelangt in der Tatsache zum Ausdruck, dass in der Partei in bezug auf die soziale Zusammensetzung derselben eine bedeutende Verschiebung zugunsten der Zahl der Arbeiter stattgefunden hat. Die frühere Tendenz eines Anwachsens nichtproletarischer Elemente in der Partei auf Kosten proletarischer ist erloschen. Im letzten Jahre ist eine entschiedene Wandlung in der Richtung einer Zunahme des Prozentsatzes proletarischer Elemente bemerkbar. (Besonders stark bekundete sich das Streben der Arbeiter zum Eintritt in die Partei während der letzten Monate.) Der 12. Parteitag hat beschlossen, diese gesunde Entwicklungstendenz zu fördern, die Möglichkeit des Eindringens nichtproletarischer Elemente in die Partei weiter einzuengen, um ein entschiedenes Uebergewicht proletarischer Elemente zu erzielen.

Ein anderes zweifelloses Zeichen der Festigung der Parteiorganisation bietet der Fortschritt, der in der Entwicklung der Gouvernements-

komitees gemacht wurde. Der Organisationsbericht des Zentralkomitees zum 12. Parteitag hebt hervor, dass „die Gouvernementskomitees ihren Aufgaben gegenüber gewachsen sind, sich eingearbeitet haben, sich den Anforderungen des Aufbaues des Landes unmittelbar widmen und wirklich das gesamte wirtschaftliche und politische Leben ihrer Gouvernements leiten“. Das stellt einen gewaltigen Fortschritt dar, der der Partei die Beherrschung des Staatsapparates sichert. Die nächste Aufgabe der Partei besteht nun in der Festigung der Kreisorganisationen, womit dann die Partei sich im Staatsapparat auf der ganzen Linie verankert haben wird.

Von nicht geringerer Bedeutung für die Partei, gleichzeitig aber auch nicht minder charakteristisch für ihre innere Konsolidierung, ist das Erstarren jener Bande und Institutionen, die sie mit der Arbeiterklasse verbinden. Hierbei kommen in erster Reihe die Gewerkschaften in Frage. Auch hier war, wie in der Partei zur Zeit des 11. Parteitages, die Gesamtzahl der Mitglieder grösser als in diesem Jahre. Doch auch in den Gewerkschaften stellte die grössere Mitgliederzahl, verglichen mit der heutigen Zahl, in Wirklichkeit keine bessere Lage dar. Die 4.800.000 Mitglieder, die die Gewerkschaften zur Zeit des diesjährigen Parteitages zählten, entsprechen der wirklichen Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Gleichzeitig ist in den Gewerkschaften der Einfluss der Partei gewachsen. Vom Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrat und den Zentralausschüssen der Verbände ganz zu schweigen, ist dieser Einfluss auch in den Gouvernementskartellen gewachsen, in deren leitenden Organen der Prozentsatz von Kommunisten der Vorrevolutionszeit laut Bericht des ZK von 26 im vorigen Jahre auf 57 heute gestiegen ist.

Auch in den Genossenschaften sind die Kommunisten stärker geworden. Der Prozentsatz der Kommunisten ist in den leitenden Organen der Konsumgenossenschaften der Gouvernements seit dem vorigen Jahre von 3—5 sprunghaft auf 50 gestiegen. Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften selbst hat um 300.000 zugenommen und beträgt gegenwärtig 3.300.000. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die zum erheblichen Teil die Dorfarmut umfassen, schliessen 4.000.000 Bauernwirtschaften gegen 1.700.000 im vorigen Jahre in sich, wobei der Prozentsatz der Kommunisten in den Gouvernementsorganen der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht unter 50 Prozent beträgt.

Der Jugendverband hat seit dem letzten Jahre eine bedeutende Wandlung durchgemacht. Seine Mitgliederzahl fiel von 400.000 auf 200.000. Seit ungefähr Herbst letzten Jahres jedoch weisen die Jugendverbände wieder ein ausserordentliches Wachstum auf, das ihren Mitgliederstand auf die frühere Höhe gebracht hat. Hierbei ist der Umstand besonders zu betonen, dass die neuen Mitglieder sich vorzüglich aus Arbeiterelementen, und zwar vor allem aus solchen der entwickeltesten Industriegebiete rekrutieren. Gestiegen ist auch die Zahl der Lehrlingsschulen, deren es im Januar ds. Js. über 700 mit einer Schülerzahl von 50.000 gegeben hat, gegen 500 Schulen mit 44.000 Zöglingen im verflossenen Jahre.

Charakteristisch sind auch die Zahlenangaben über die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung. Die dem Parteitag unterbreiteten, 57 Gouvernements und 3 Landesgebiete betreffenden Berichte zeigen

ein Anwachsen der Gesamtzahl der Frauendelegierten (auf den Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen) im Laufe dieses Jahres von 16.000 auf 52.000, wobei das frühere geringe Ueberwiegen der Zahl der Arbeiterinnen unter den Frauendelegierten in diesem Jahre einem zahlenmässig ausgesprochenen Uebergewicht gewichen ist. Von der Gesamtzahl von 52.000 Frauendelegierten entfallen nämlich auf Arbeiterinnen nicht weniger als 33.000.

Ein weiteres Zeichen der Festigung der Partei innerhalb der Massenorganisationen ist das Wachsen der Zahl der Kommunisten in der Armee. Zur Illustration folgende Zahlen: Der Prozentsatz der Kommunisten in der Armee betrug zur Zeit des 11. Parteitages $7\frac{1}{2}$, während er gegenwärtig $10\frac{1}{2}$ beträgt. Für die Kommandeure, von den oberen bis herab zu den Kompagnieführern sind die entsprechenden Zahlen 16 und 24.

Einige weitere Zahlenangaben:

Die Zahl der Schüler der politischen Schulen und der kommunistischen Universitäten ist seit dem vorigen Jahre von 22.000 auf 33.000 gestiegen. Die Zahl der Schulen selbst ist um 400 gewachsen und beträgt zur Zeit 6.400.

Zeitungen gab es im vorigen Jahre 380, in diesem Jahre 528. Die Auflage entspricht 2.800.000 und stellt im Vergleich zum Zeitpunkt des 11. Parteitages mit $2\frac{1}{2}$ Millionen einen gewissen Rückgang dar, was jedoch durchaus nicht verwunderlich erscheint, wenn man berücksichtigt, dass die Presse seitdem auf eigene Füße gestellt wurde und ihre Auflagezahl, die unmittelbar nach Einstellung der Subsidien auf 900.000 im Sommer 1922 gefallen war, nun wieder zu heben hatte.

Bezüglich der Beherrschung des Staatsapparates sind besonders augenscheinliche Erfolge auf dem Gebiete der Verwaltung der Industrie zu verzeichnen. Die entsprechenden statistischen Angaben sind zwar erst teilweise verarbeitet, bieten jedoch auch in der unfertigen Form schon bedeutendes Interesse. Dem Zentralkomitee lag das Material über 1.300 Leiter von Staatsindustriebetrieben vor. Unter diesen sind 29% Kommunisten, 70% Parteilose. Die Angaben gewinnen eine besondere Bedeutung, wenn das Verhältnis der Kommunisten zu den Nichtkommunisten in den grundlegenden Betrieben berücksichtigt wird. Es ergibt sich nämlich, dass die 29% Kommunisten gerade die grossen Betriebe, die insgesamt über 800.000 Arbeiter umfassen, leiten, während die 70% Parteilosen auf die übrigen Betriebe mit einer Gesamtzahl von 250.000 Arbeitern entfallen. Bei der Untersuchung der Eignung der Direktoren für ihren Posten ergab sich, dass unter den kommunistischen Direktoren die Anzahl für ihren Posten Geeigneter grösser war, als unter den Parteilosen, was sich aus einer besonders gründlichen Auswahl und sorgfältigen Berücksichtigung aller praktischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten der Kommunisten bei ihrer Verteilung auf die Posten als Leiter der Fabriken und Betriebe erklärt.

II.

Die Erklärung für die zunehmenden Erfolge wie die Festigung der Organisation der Partei ist natürlich in der Tatsache zu suchen, dass es der Partei bisher gelang, die grundlegenden Fragen der proletarischen

Diktatur richtig zu lösen und in jeder Periode auf ihre innere Festigung hinzuarbeiten.

Die Neue Oekonomische Politik stellte während der letzten Jahre gerade eine solche Lösung der Grundaufgabe der Diktatur des Proletariats dar und hat sich in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung vollauf bewährt. Die Partei, die auf Grund einer richtigen marxistischen Analyse der Klassenverhältnisse den Weg der Neuen Oekonomischen Politik eingeschlagen hat, hat es verstanden, für die Entwicklung des Landes Verhältnisse zu schaffen, die es ihr ermöglichten und erleichterten, ihre Kräfte wieder zu sammeln und den Weg ununterbrochener Aufwärtsentwicklung zu betreten. Das letzte Jahr (1922—23) wird die Geschichte als die Periode der endgültigen Befestigung und Verankerung der Sowjetmacht vermerken. Selbst die eingefleischtesten Feinde der Sowjetmacht sehen sich genötigt, die Unerschütterlichkeit der Sowjets zu konstatieren. In den Tagen der Jubiläumsfeiern der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei war das ganze Land Zeuge der Aeusserungen einmütigen Vertrauens breiter Massen zur Sowjetmacht und Partei, eines Vertrauens, das sich in den mannigfaltigsten und unzweideutigsten Formen äusserte. Insbesondere bewiesen während der Tage der Feier des 25-jährigen Jubiläums der KPR die parteilosen proletarischen Massen der gesamten Sowjetrepublik auf's unwiderleglichste, dass sie mit der KPR durch aufrichtigstes Vertrauen und wärmste Sympathie verbunden sind.

In diesen Tagen traten in Moskau allein 2.495 neue Mitglieder, die hauptsächlich dem Arbeiterstande angehörten, der Partei bei. Diese Tatsache erklärt sich natürlich letzten Endes durch die allgemeine Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Arbeitslohn der Arbeiter stieg ununterbrochen und erreichte in manchen Industriezweigen ein erhebliches Niveau. Es kann z. B. behauptet werden, dass die Metallarbeiter der Hauptstädte heute auf Grund ihres Arbeitslohnes besser leben können als die Metallarbeiter Mitteleuropas. Das Steigen des Arbeitslohnes erstreckte sich weiter auch auf die Transportarbeiter, Sowjetangestellten u. a. Kategorien. Auf der anderen Seite führte die Neue Oekonomische Politik dazu, auch die andere grundlegende Klasse des Bundes der Sowjetrepubliken, die Bauernschaft, fester an die Sowjetmacht zu binden. Schon die Einführung der Naturalsteuer liess der Bauernschaft das freie Verfügungsrecht über den Ueberschuss ihrer Produktion. Im Verlauf der weiteren Entwicklung der neuen Wirtschaftspolitik haben sich die Bauernmassen beruhigt, die Hauptursachen ihrer Unzufriedenheit sind beseitigt somit auch die Möglichkeit feindseliger Aktionen derselben.

Demnach wären die Klassenbeziehungen, die uns ein Bild der sicheren Lage der herrschenden Klasse bieten, als durchaus zufriedenstellend zu betrachten. Wenn dessenungeachtet die Partei auf ihrem letzten Parteitag eine Reihe diesbezüglicher Fragen erörtern musste, so findet das seine Erklärung in dem Umstande, dass die neue Periode, in die die Partei eingetreten ist, die Notwendigkeit weiterer Vervollkommnung in der Politik der Partei ergab, deren Zweck die Befestigung der Diktatur der Arbeiterklasse sein soll.

Wie immer hat auch diesmal der während einiger Monate der Parteiarbeit entrissene Genosse Lenin in zwei Artikeln die entsprechenden Fragen mit der ihm eigenen Schärfe und Klarheit entwickelt und die

Partei auf die Perspektiven der ihrer harrenden Aufgaben hingewiesen. Lenin hob scharf zwei Momente heraus, die in der gegenwärtigen Uebergangsperiode die Grundlage der Diktatur des Proletariats bilden und die Erhaltung der Sowjetmacht sicherstellen:

1. die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und Festigung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft und

2. die Notwendigkeit, das Zutrauen der früher national unterdrückten und rechtlosen Völker im Interesse des Aufbaues der Sowjetmacht zu gewinnen.

Der Grund, der Lenin veranlasste, den ersten Punkt besonders zu betonen, liegt darin, dass das Bündnis von Stadt und Dorf, das während zwei Jahren stark schien, anfang, Zeichen der Erschlaffung zu zeigen. Die Bauernschaft liess erkennen, dass sie unter der Höhe und der Art der Erhebung der Naturalsteuer leide. Die Geldwirtschaft, zu der seit der neuen Wirtschaftspolitik der Staat übergegangen ist, brachte die Erhebung auch einer ganzen Reihe von Geldsteuern mit sich. Die Vielheit der Steuern und Verschiedenartigkeit der Organe, die diese Steuern erheben, versetzte die Bauernschaft in eine drückende Lage. Die Partei beschloss daher mit der ihr eigenen Weitsicht nach Mitteln zu suchen, die diese Anomalie, die dem Streben nach weiterer Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern zuwiderläuft, beseitigt. Solche Mittel sind vor allem Vereinheitlichung der Steuern und Uebergang von der Natural- zur Geldsteuer. Mit der Frage der Lage der Bauernschaft auf's engste verknüpft ist die Frage der Getreidepreise. Der unverhältnismässig niedrige Stand der Getreidepreise macht es den Bauern unmöglich Abnehmer städtischer Produkte zu sein und behindert damit die Entwicklung der städtischen Industrie. Gleichzeitig führt der niedrige Stand der Getreidepreise zu einer Verminderung des Interesses des Bauern an der Vergrößerung der Aussaatfläche, was seinerseits die Entwicklung der Landwirtschaft beeinträchtigt. Die Partei hat daher dem Bauer in dieser Notlage zu helfen, um das Bündnis mit ihm zu befestigen, und muss daher zur Getreideausfuhr nach den Auslandsmärkten schreiten und sich solche Märkte zu sichern suchen.

Die Bauernfrage hat noch eine andere Seite. Sie betrifft die Verbesserung unseres Staatsapparates. Unser Staatsapparat weist noch viele alte negative Züge auf, die es mit sich bringen, dass er in der Praxis den Interessen der werktätigen Massen nicht immer vollen Ausdruck zu verleihen vermag. Diese Mängel empfand die Bauernschaft als besonders drückend, da sie täglich in Verbindung mit den für sie brennendsten Fragen ihres Daseins mit ihm in Berührung kommt. Hinzu kommt, dass dieser Apparat dem Staate sehr teuer zu stehen kommt. Genosse Lenin betonte die Notwendigkeit der Verbesserung des Staatsapparates in der entschiedensten Form: «Nur durch eine maximale Säuberung unseres Apparates»—sagt Lenin in seinem Artikel—«durch eine Entfernung all dessen, wessen er nicht unbedingt bedarf, werden wir in der Lage sein, unsere Macht bestimmt aufrecht zu erhalten».

Bei aller Wichtigkeit der die Bauernschaft betreffenden Fragen ist jedoch die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Periode die Wieder-

herstellung der Industrie. Die Lage in der Industrie ist aber gegenwärtig eine solche, dass sie nur 25% ihrer Vorkriegsproduktion erzeugt, während die Landwirtschaft bereits auf 75% der Vorkriegsproduktion gestiegen ist. Für die Partei ergibt sich somit die dringende Notwendigkeit, die Erhöhung des Prozentsatzes der industriellen Produktion selbst unter den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen, da der Industrie nur die schwachen Mittel zur Verfügung stehen, die dem Staate zufließen, zu erreichen. Das zwingt die Partei auf's sorgfältigste darauf zu achten, dass die Industrie mit der grössten Oekonomie und (wie auch der Handel) unter Anwendung der rationellsten Methoden die Hebung der Volkswirtschaft erstrebe. Die Partei muss daher die gesamte Erfahrung der verflossenen Periode der neuen Wirtschaftspolitik voll ausnützen und eine planmässige und zielklare Wirtschaftstätigkeit organisieren.

Beide Fragen, die Frage der Industrie sowohl wie die des Bündnisses mit der Bauernschaft, einschliesslich der den Staatsapparat betreffenden, wurden auch in den beiden letzten in dem dem 12. Parteitag voraufgegangenen Monate abgehaltenen Plenarsitzungen des Zentralkomitees erörtert. Die dritte Frage, die das Plenum des Zentralkomitees, behandelte, war die nationale Frage.

Theoretisch gab es in der nationalen Frage für die KPR keinerlei Unklarheiten. Die Partei hat auf dem 8. und 10. Parteitag die ausserordentliche Bedeutung dieser Frage bereits hervorgehoben und ihr in dem auf dem 8. Parteitage angenommenen Programm eine entsprechende Formulierung gegeben, somit die Stellung der Kommunisten zur selben deutlich präzisiert. In der Praxis jedoch stiess das Zentralkomitee immer wieder auf diese Frage. Der Zarismus hat durch seine Politik nationaler Unterdrückung bei den von ihm unterdrückten Völkern nationalistische Gefühle und ein nationalistisches Misstrauen gegenüber Grossrussland grossgezogen. Dieser Umstand bildete stets einen Stützpunkt der Konterrevolution in ihrem Kampfe gegen die Sowjetmacht.

Das Proletariat hat solchen Ueberresten nationaler Gefühle gegenüber äusserste Vorsicht walten zu lassen. Es hat allen unterdrückten Völkern und Kolonien des Ostens zu beweisen, dass das Sowjetsystem für sie die einzig annehmbare Staatsform ist, und ihnen die Vorzüge der Sowjetmacht jeder anderen Herrschaft gegenüber klar vor Augen zu führen. Für das russische Proletariat bedeutet das praktisch, die Notwendigkeit der Zusammenfassung der einzelnen Sowjetrepubliken zu einer allgemeinen Föderation mit der gleichzeitigen Wahrung der Unabhängigkeit der nationalen Republiken in Einklang zu bringen. Das bedeutet praktisch die Notwendigkeit der Ausrottung jeder Aeusserung von Nationalismus und Chauvinismus seitens der vorherrschenden Nationalität. Bei dem bestehenden Misstrauen gegenüber jeder fremdländischen Macht ist somit eine der Hauptaufgaben unserer Politik in den nationalen Sowjetrepubliken die Heranziehung eingeborener Elemente zur Teilnahme an der Ausübung der Staatsmacht.

Der 12. Parteitag bekundete in der Lösung all dieser Fragen eine noch nie dagewesene Einmütigkeit und acceptierte vollkommen die Vorschläge des Zentralkomitees. So bildete der 12. Parteitag einen würdigen Abschluss der von der Partei in der letzten Zeit entfalten Tätigkeit.

KP Deutschlands.

Um die Zeit des IV. Weltkongresses fand in Deutschland die Bewegung der Betriebsräte und Kontrollausschüsse auf dem im November stattfindenden Reichsbetriebsrätekongress zeitweilig einen Höhepunkt. Die Bewegung der Betriebsräte und Kontrollausschüsse war zu dieser Zeit in der Hauptsache eine proletarische Abwehrbewegung gegen die sprunghaft steigende Teuerungswelle und den damit verbundenen masselosen Wucher. Die KPD sieht ihre Aufgabe darin, die Betriebsrätebewegung zu politisieren, ihren Kampf gegen Teuerung und Wucher zu verbinden mit dem Kampf gegen den Steuerraub der Regierung, gegen den Abbau des Achtstundentages, gegen die Bedrohung des Streikrechts usw. Das durch den Reichsbetriebsrätekongress beschlossene Programm für die Arbeiterregierung ist die Plattform für den weiteren Kampf gegen Reaktion und Verelendung und dient der breitesten Verankerung der Betriebsräte und Kontrollausschüsse in den Massen. Die Bewegung findet ihre Zusammenfassung im Reichsausschuss der Betriebsräte.

Infolge einer vorübergehenden Stagnation der Teuerung flutete die Bewegung nach dem Reichsbetriebsrätekongress zunächst zurück, um seit Januar infolge der neu einsetzenden Teuerungswelle, des raschen Vormarsches des Faschismus und der Besetzung des Ruhrgebietes neues Leben zu gewinnen. Neben die Schaffung von Kontrollausschüssen gegen Teuerung und Wucher tritt die Aufgabe der Bildung der proletarischen Abwehrorgane (Hundertschaften) gegen die Angriffe des Faschismus und der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen Poincaré und Cuno.

Am Vorabend der Ruhrbesetzung traten die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Hollands, Italiens und der Tschechoslovakei mit den Vertretern der revolutionären Gewerkschaften zur Essener Konferenz zusammen. Es wurde ein Aktionskomitee der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs gebildet und eine scharfe agitatorische Kampagne in allen Ländern, vor allem aber unter den Ruhrarbeitern und Besatzungstruppen eingeleitet. Die Essener Konferenz zeigte den arbeitenden Massen mit handgreiflicher Klarheit, dass nur die Kommunistische Internationale imstande ist, aus der Verelendung und imperialistischen Kriegsgefahr einen Ausweg zu zeigen. Die grossen internationalen Meetings, die der Konferenz folgten, waren für die KPD ein bedeutender Erfolg.

Die Ruhrbesetzung stellte die KPD vor komplizierte Aufgaben. Sie musste dem nationalistischen Einheitsrummel der Bourgeoisie, der von der VSPD und den reformistischen Gewerkschaftsführern unterstützt wurde, entgegentreten und gleichzeitig den französischen Imperialismus auf's schärfste bekämpfen. Um dies zu erreichen, gab die Partei die Losung heraus: „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!“ Sie musste den Massen klar machen, dass ein erfolgreicher Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus nur möglich ist, wenn die deutsche Arbeiterklasse gleichzeitig die eigene bürgerliche Regierung stürzt und die Arbeiterregierung an ihre Stelle setzt. Demgemäss wandte sich die Partei auf's schärfste gegen jedes Zusammengehen der Arbeiter mit den

Unternehmern, sei es in der „Ruhrhilfe“, sei es in der Protestbewegung gegen die Verhaftung von Bergwerksdirektoren und Regierungsbeamten. Wo die Arbeiterschaft gegenüber den Uebergriffen der französischen Besatzungsbehörde (Militärische Besetzung von Betrieben) in Abwehrstreiks eintrat, ergänzte die KPD den Kampf gegen den französischen Imperialismus durch soziale Kampflosungen gegen die deutschen Unternehmer und die deutsche Regierung. Gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Uebergriffe der Besatzungsbehörde organisierte die Partei die revolutionäre Agitation unter den Besatzungstruppen, mit dem Ziele der Verbrüderung der deutschen Arbeiter mit den französischen Soldaten. Gegenüber den Provokationen der Faschisten, die den nationalen Chauvinismus zur Niederwerfung der revolutionären Arbeiter zu entfesseln suchten, wurde die Bildung von Abwehrorganisationen in den Betrieben in den Vordergrund gerückt. Angesichts des Bergarbeiterstreiks im Saargebiet und in Frankreich wurde die Solidaritätsaktion der deutschen Bergarbeiter und Eisenbahner propagiert. Gegenüber der Stundung der Kohlensteuer für die Bergherrn durch die Regierung wurde die Verweigerung des 10^o -igen Steuerabzugs und die Abwälzung der Reparationslasten durch die Sachwerterfassung gefordert.

Es gelang der KPD verhältnismässig leicht, den nationalistischen Einheitsrummel vor den arbeitenden Massen zu entlarven, zumal der Verständigungswille der deutschen Bourgeoisie mit den französischen Imperialisten auf Kosten der deutschen Arbeiter immer deutlicher zutage trat. Um so schwieriger war es, die Massen in einen aktiven Kampf sowohl gegen die deutschen Unternehmer wie gegen die französische Besatzungsbehörde zu bringen. Sowohl die deutsche Bourgeoisie wie die französische Generalität versuchten, die Arbeitermassen für ihre Zwecke einzufangen, die deutschen Unternehmer durch Lohnerhöhungen, Preisverbilligung, Arbeitslosenunterstützung, die französische Generalität durch weitgehende Schonung der Arbeiter, mit Ausnahme der Eisenbahner, und die Erklärung, dass ihr Kampf nicht den deutschen Arbeitern gelte. Die KPD sah sich deshalb einer starken Welle der Passivität gegenüber, die teilweise bis in die Organisationen der Partei eindrang.

Unter Führung der KPD ergriffen im März die revolutionären Betriebsräte im Ruhrrevier die Initiative zur Einberufung einer zweiten internationalen Konferenz mit dem Ziele, konkrete Massnahmen zu beraten im gemeinsamen Kampf aller revolutionären Organisationen gegen den französischen Imperialismus, den internationalen Faschismus und die Bourgeoisierregierung der einzelnen Länder. Die Frankfurter Konferenz, zu der vom Präsidium des EKKI ausführlich Stellung genommen wurde, bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront und vor allem der praktischen Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien und revolutionären Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs.

In Sachsen wurde die Lipinski-Regierung Ende Januar von der KPD gestürzt. Nach einer achtwöchigen Regierungskrise wurde eine neue Linksozialdemokratische Regierung gebildet, die von der KPD unterstützt wird. Die KPD hatte während der Regierungskrise eine scharfe Kampagne für Bildung der Arbeiterregierung geführt. Ihrer planmässigen Anwendung der Taktik der Einheitsfront ist es gelungen, die sozial-

demokratischen Arbeitermassen in Sachsen in immer schärfere Opposition zu ihrer Parteiführung zu bringen. Die SPD-Massen forderten kategorisch anstelle der Koalition mit dem Bürgertum die Koalition mit der KPD. Unter ihrem Druck beschloss der Landesparteitag der sächsischen SPD die Ablehnung einer Koalitionsregierung mit dem Bürgertum, Einsetzung einer Siebener-Kommission und Verhandlungen mit der KPD. Die neue linkssozialdemokratische Regierung verpflichtete sich zur Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen, zur Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse, zu einer weitgehenden Amnestie und zur Schaffung einer Arbeitskammer. Da die Einberufung eines Betriebsrätekongresses, dem die Regierung verantwortlich sein sollte, abgelehnt wurde und die Massenbewegung weder in Sachsen noch im Reiche stark genug war, um diese Forderung durchzudrücken, kam ein Eintritt der Kommunisten in die Regierung nicht in Betracht. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es jetzt, den Kampf um die Arbeiterregierung im Reiche vorwärts zu treiben, die breiten Massen der SPD gegen die Sabotage der Vereinbarungen durch ihre Führer zu mobilisieren und die Verteidigung der proletarischen Hundertschaften und Kontrollausschüsse gegen jeden Versuch ihrer Unterdrückung im Reichsmaßstabe zu organisieren.

Die proletarische Selbstschutzbewegung hat ihre stärksten Positionen in Sachsen und Thüringen. Sie ist heute eine ausgesprochene Massenbewegung, die selbst die Führer der VSPD zuweilen zwingt, sich für den Selbstschutz zu erklären. Sie versuchen, den Sinn der proletarischen Hundertschaften dadurch zu fälschen, dass sie ihre Mitglieder auffordern, besondere sozialdemokratische Hundertschaften zu bilden. Die KPD fordert demgegenüber die Bildung der Hundertschaften auf der Grundlage der Betriebe und der gewerkschaftlichen Organisationen. In den meisten Fällen bilden die SPD-Arbeiter ohne Rücksicht auf die Weisung ihrer Führer gemeinsame Hundertschaften mit den Kommunisten. Die Regierung bereitet das Verbot der proletarischen Abwehrorganisationen vor, was für die KPD einen neuen Kampfabschnitt bedeutet.

Die seit dem III. Weltkongress in der KPD sich herausbildenden taktischen Gegensätze in der Partei erreichten infolge der Vorgänge im Ruhrrevier und in Sachsen eine bisher unerhörte Heftigkeit. Schon auf dem Leipziger Parteitag Ende Januar stehen sich Mehrheit und Minderheit in fast fraktionsmässiger Geschlossenheit gegenüber. Die Minderheit wirft der Zentrale vor: Revision der kommunistischen Staatstheorie, Liquidierung der Kommunistischen Partei. In der Frage des Ruhrkampfes fordert sie die Herausgabe der Losung der Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter und der Bildung von proletarischen Ortswehren dort, wo die Schupo von den Franzosen entwaffnet wird. In der sächsischen Frage kritisiert sie auf's schärfste die Vereinbarungen mit der linken Sozialdemokratie und die daraus resultierende Unterstützung der linkssozialdemokratischen Regierung, mit der Begründung, dass die KPD dadurch die Zersetzung in der SPD aufhalte und die demokratischen Illusionen in der Arbeiterschaft stärke. Sie sieht in der Bildung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitions-Regierung in Sachsen das kleinere Uebel.

Der taktische Meinungsstreit in der Partei droht im März zum offenen Parteikonflikt zu werden, nachdem die Linke Opposition auf dem Bezirksparteitag in Essen mitten im Brennpunkt der Aktion die Forderung der Betriebsbesetzung und der Ortswehren im Ruhrrevier erneut als Aufgabe der Stunde aufgestellt hatte. Ein offener Parteikonflikt hätte in diesem Moment die Rettung der in der Zersetzung befindenden Sozialdemokratie bedeutet und eine starke Lähmung der erfolgreich wachsenden Betriebsräte- und Hundertschaftenbewegung. Um die Einheit der Partei in der Aktion zu sichern, berief die Zentrale Anfang April eine Verständigungskonferenz mit den oppositionellen Bezirken und Gruppen ein, der es gelang, eine gemeinsame Plattform für die geschlossene Aktion der Partei zu finden. Die Exekutive hat nachher die Vertreter der Mehrheit und Minderheit zu einer Beratung nach Moskau berufen und nach ausführlichen Besprechungen eine vollkommene Aufklärung der taktischen Differenzen ermöglicht.

KP Frankreichs.

I. Innere Aktivität der Partei.

a) Einfluss der Resolutionen des 4. Weltkongresses.

In der Sitzung vom 16. Dezember erhält der Paragraph der Tagesordnung betreffs der Verpflichtung, die Resolutionen des 4. Kongresses durchzuführen, 15 von 19 Stimmen. Vier Genossen—Morizet, Cordon, Ledoux, Soutif—stimmen mit Vorbehalt. Die in der Parteipresse veröffentlichten Resolutionen hatten eine Protestbewegung zur Folge, die im Loiregebiet von Ferdinand Faure und Lafont geführt, in Paris dagegen in den zentralen Organen durch die Freunde Frossards unterstützt wurde. Soutif und Nadi—die Deputierten von Drome,—wurden wegen politischer Fehler aus der Partei ausgeschlossen. Am 2. Januar legte Frossard sein Amt nieder, nachdem er im Zentralkomitee sich den Resolutionen des 4. Kongresses unterworfen hatte. Sogleich nach der Verabschiedung einiger Genossen aus der Redaktion der «Humanité» erschien ein gegen die Beschlüsse des 4. Weltkongresses gerichteter Rebellionsartikel, der von Torrès, Méric, Cassier, Pioch u. a. unterzeichnet war. Am 10. Januar wird das Schutzkomitee in ein «Komitee der kommunistischen Einheit» umgewandelt, und am 17. wird es zu einer Partei der kommunistischen Unitarier. Frossard übernimmt die Leitung dieser Partei und verbindet sich mit den Anarcho-Syndikalisten des syndikalistischen Schutzkomitees. Sie geben ein Wochenblatt, die «Egalité», heraus.

b) Innere Tätigkeit des neuen Zentralkomitees.

Es bemüht sich, die Abtrünnigen zu ersetzen. Louis Sellier übernimmt gemeinsam mit Treint das Hauptsekretariat. Nach der Verhaftung von Treint wird Tommasi sein Nachfolger.

c) Der Boulogner Nationalkongress vom 21. Januar.

86 Föderationen sind vertreten. 160 Delegierte mit 2100 Mandaten sind anwesend. Ohne Debatte werden die Beschlüsse des 4. Kongresses bestätigt. Der Delegierte des Exekutivkomitees — Kolarow — ist anwesend.

d) Die Lage der Partei und ihrer Presse nach dem 4. Kongress.

Bis zum 21. Februar sind 41.500 Karten verteilt worden. Um 10.000 mehr, als nach der Spaltung von Tours und um 6.500 mehr als bis zum 2. Februar 1922. Gründung neuer Sektionen in den Industriezentren. Umsatz der «Humanité» von 170.000 bis zu 230.000 Exemplaren. Ein Zuwachs von 25.000 Abonnenten gegen das Vorjahr. Drei weitere Tageszeitungen — „Dépêche de L'Aube“, „Volkstribüne“ und „Neue Welt“ ferner 22 Wochenschriften, die „Voix Paysanne“ in 8 Ausgaben für die verschiedenen Föderationen, das „Kommunistische Bulletin“.

II. Aeussere Aktivität der Partei.

a) Gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Gründung eines zentralen Aktionskomitees in Paris und lokaler Komitees in der Provinz, die aus Vertretern der KP und der CGTU und in einigen Bezirken auch aus der ARAC bestehen. Die Partei verweigert der Kommunistischen Unitarierpartei Frossards den Beitritt. Zahlreiche Versammlungen in Paris und in ganz Frankreich. Man ist für eine Tätigkeit auf internationalem Gebiet; gemeinsam mit den deutschen Genossen werden Beschlüsse gefasst; internationale Versammlungen in Paris.

b) Die Konferenz in Essen.

Sogleich nach der Konferenz von Essen finden Verhaftungen der Delegierten und der Mitglieder des Aktionskomitees statt. 13 Genossen werden unter Anklage einer Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates verhaftet und in der Santé interniert.

c) Beteiligung an der Konferenz in Frankfurt am 18. März.

Um den Wunsch nach internationalem Vorgehen kundzutun, senden die KP und die CGTU eine zahlreiche Delegation nach Frankfurt.

d) Die Einheitsfront.

Die Partei versäumt keine Gelegenheit, den Dissidenten der SFIO die Einheitsfront anzutragen, um den französischen Imperialismus zu bekämpfen und die ökonomischen Probleme, die den Arbeitern am Herzen liegen, zu lösen. Diesbezügliches Schreiben an den Liller Kongress der SFIO vom 4. Februar. Bis jetzt waren mit Ausnahme einiger lokaler Fälle keine bedeutenderen Erfolge zu verzeichnen.

Antimilitaristische Tätigkeit. Die Jugend und die „Humanité“ führen eine ununterbrochene Kampagne durch, besonders um Befreiung der Klasse 21. Verfolgungen, Verhaftungen (Laporte, Péri, Fegu) und Haussuchungen.

e) Beziehungen zur CGTU.

Die Beziehungen haben sich gebessert. Gemeinsame Aktion mit der Kommunistischen Partei gegen den Imperialismus und für den Achtstundentag, die Löhne usw. Die Tendenzen Monmousseau und der Kommunisten sind vorherrschend. Die Anarcho-Syndikalisten führen gemeinsam mit der Kommunistischen Unitarierpartei eine Kampagne durch, die gegen die Unterordnung unter die Partei und Moskau gerichtet ist. Die CGT verwirft den Vorschlag, eine Einheitsfront zu bilden. Einige teilweise Erfolge: Postverbände und Munizipalarbeiter.

f) Die Arbeiter erwachen und werden aktiv.

Grubenarbeiterstreik in Mosselle. 25.000 Arbeiter sind in den Ausstand getreten; Streikdauer: 2 Monate. Generalstreik der Grubenarbeiter auf Anstiften der Unitarierföderation gegen die der CGT angeschlossene Föderation. Teilweiser Erfolg. Die Streiks um Lohnerhöhung mehren sich.

III. Beziehungen der Internationale zur französischen Partei.

a) Delegierung eines Vertreters des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum Nationalkongress der Kommunistischen Partei Frankreichs in Boulogne am 21. und 23. Januar.

b) Das Präsidium macht der französischen Partei den Vorschlag, die Kolonialfrage auf die Tagesordnung des Nationalkongresses vom 21. Januar zu setzen. Die französische Partei beschliesst, diese Frage auf dem nächsten fälligen Nationalkongress zu erörtern.

c) Beiden Parteien, der Französischen und der Deutschen, wird der Vorschlag gemacht, den deutschen und den französischen Sozialdemokraten, sowie den Arbeiterföderationen in einem offenen Schreiben die Einheitsfront anzutragen. Man beschliesst, die Partei in einem Rundschreiben zu einer neuen Kampfmethode für die Einheitsfront aufzufordern. Vorschlag an die Französische und Deutsche Partei, eine „Woche für Propaganda und Agitation“ in Angriff zu nehmen.

KP Belgiens.

a) Gewerkschaftsarbeit.

Die Partei befasst sich mit Zellentätigkeit. Die Kommunisten haben mit dem Widerstand der Sozialdemokraten zu rechnen, denn diese verlangen die Ausweisung der revolutionären, aktiven Genossen aus gewissen

Gewerkschaftsverbänden, wie die Grubenarbeiterföderation und die Metallarbeiterföderation. Die Grubenarbeiter haben während des Streiks von Borinage den Ausschluss der Kommunisten verweigert.

b) Die Besetzung des Ruhrgebiets.

Die Kommunistische Partei Belgiens griff zur Losung des Generalstreiks und begann sogleich nach der Besetzung eine intensive Agitation. In Flandern und in Wallonien wurde in 100.000 Exemplaren ein Aufruf verbreitet und in 2.500 Exemplaren in Affischenform ausgehängt.

c) Der Grubenarbeiterstreik in Borinage.

Infolge des rasenden Emporschnellens der Lebensunterhaltskosten traten in wenigen Tagen 30.000 Grubenarbeiter in den Ausstand, und gegen Ende Februar streikten bereits im ganzen Lande 50.000 Grubenarbeiter. Die reformistischen Führer boten alles auf, um die Bewegung zu unterdrücken. Die Kommunisten dagegen sorgten für ihre Ausbreitung in den übrigen Steinkohlengebieten. Die bürgerlichen Blätter beschuldigen die Kommunisten die Urheber des Streiks zu sein und im deutschen Interesse zu handeln.

d) Die Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates.

Am 8. März wurden 47 Mitglieder der Kommunistischen Partei, darunter auch Mitglieder des CD und des Exekutivbüros unter Anklage der Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates verhaftet. 18 von ihnen wurden eingekerkert, die übrigen vorläufig auf freien Fuss gesetzt. Späterhin wurden noch 3 von ihnen provisorisch freigelassen. Die Exekutive sendet anlässlich der Verhaftungen einen Aufruf an die belgischen Kommunisten.

KP Italiens.

Die italienische Kommunistische Partei musste während dieser kurzen Periode seit dem 4. Weltkongress bis zur erweiterten Exekutive im Mai ausserordentlich viel durchmachen. Es war eine Periode vielleicht der schwersten Heimsuchungen, die aber die Partei mit Ehren bestanden hat, wenn auch ihre Reihen dabei gelichtet wurden. Die faszistische Reaktion, die auf der KP vom Anfang ihrer Bildung an lastete, stürzte sich bei der Machtergreifung im November 1922 mit voller Kraft auf sie, und seitdem hat die systematische und „legale“ Verfolgung der KPI und alles dessen, was mit ihr verbunden ist, nicht aufgehört. Vor allem fiel die faszistische Regierung über die kommunistische Presse her, um die Stimme der Kommunisten im Lande zu ersticken. In den allerersten Tagen der Machtergreifung wurde das in Rom erscheinende Zentralorgan der KPI „Il Comunista“ von den Faszi- sten zerstört und sein Neuerscheinen unmöglich gemacht. Vom gleichen Schicksal wurde auch die andere, sehr verbreitete Tageszeitung der KPI,

„L'Ordine Nuovo“ erreicht. Die Druckerei wurde von der Polizei besetzt und ein Teil der Mitarbeiter wurde verhaftet. Der „L'Ordine Nuovo“ erschien trotzdem an einem andern Orte und in verkleinertem Format wieder, aber auch die neue Druckerei ist durch eine neue Expedition der Faschisten zerstört worden und ein dritter Versuch zur Wiederausgabe der Zeitung endete bald mit einer neuen Zerstörung. Schliesslich wurde bei einer der späteren Strafexpeditionen der Faschisten, bei der die Turiner Arbeitsbörse zerstört und niedergebrannt wurde, auch die Hauptdruckerei des „L'Ordine Nuovo“, die die ganze Zeit hindurch von der Polizei besetzt war, den Flammen und der Zerstörung übergeben. Nachher war das Erscheinen einer legalen Zeitung in Turin unmöglich. Glücklicher war die 3. Tageszeitung der KPI, der „Lavoratore“ in Triest; sie wurde materiell nicht zertrümmert, dagegen aber von der Polizei vielfach verboten und ihre Mitarbeiter wurden ebenfalls vielfach verhaftet. Trotzdem ist sie aber mit kurzen Pausen stets erschienen und wurde unter den Arbeitern in ganz Venezia-Gulia verbreitet. Gleichzeitig setzten Massenverhaftungen ein, kommunistische Tätigkeit wurde für eine die Zerstörung des Staates bezweckende, verbrecherische Tätigkeit erklärt und unter dem Vorwande verschiedener „Komplote“ wurden die tätigsten kommunistischen Genossen, denen es bisher gelungen war den Händen der Polizei zu entkommen, verhaftet. Der Aufruf des EKKI gegen den Faschismus, der die faschistische Regierung erschreckte, wurde von allen Unterdrückten Italiens gierig gelesen. Auch der an das italienische Proletariat bezüglich der Vereinigung der KPI und der SPI gerichtete, von den Delegierten beider Parteien unterschriebene Aufruf diente dem Faschismus als Vorwand für neue Repressalien. Die Frage der Vereinigung der KPI und der SPI war der Mittelpunkt, auf den sich während dieser Periode die Aufmerksamkeit der Komintern und auch der faschistischen Regierung konzentrierte. Infolge der immer schwerer und drohender werdenden faschistischen Reaktion wurde die Zusammenfassung der revolutionären Kräfte in Italien zur elementaren und unbedingten Notwendigkeit für eine erfolgreiche Entwicklung der Arbeiterbewegung unter solchen ausserordentlichen Umständen. Die auf dem Kongress in Rom (Oktober 1922) vollzogene Vertreibung der Reformisten aus der SPI und der Beschluss des Kongresses über die Rückkehr zur Komintern hat diese Aufgabe erleichtert. Auf dem 4. Weltkongress wurde dieser Frage sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet, wobei der Kongress einen andern Standpunkt einnahm als die Mehrheit der Delegation der KPI, die sich entschieden gegen eine Vereinigung mit der SPI erklärte. Die Kommunistische Internationale hat die KPI auf diesen irrthümlichen Standpunkt bezüglich der Bildung der KPI und der Zersetzung der SPI schon auf dem 3. Weltkongress aufmerksam gemacht; die führenden Genossen der KPI verteidigten aber trotz der neuen Umstände, die die Richtigkeit des Standpunktes der KI in dieser Frage offensichtlich machten, hartnäckig ihren früheren Standpunkt. Der 4. Kongress erklärte sich nach Entgegennahme des Berichtes über die Tätigkeit der zur Untersuchung der italienischen Frage eingesetzten Kommission einstimmig für die Vereinigung beider Parteien, und die Mehrheit der Delegation der KPI, die bisher gegen die Vereinigung eintrat, erklärte dem Kongress, dass sie sich verpflicht-

tet, die Beschlüsse des Kongresses diszipliniert durchzuführen. Das Erreichen des erwünschten Resultates war aber nicht so leicht. Hierzu war nicht eine passive Unterwerfung der KPI unter die Beschlüsse des Kongresses, sondern eine aktive und mit Geschick geleitete Arbeit notwendig. Die Vorbereit. Kommiss., die die endgültigen Normen ausarbeiten sollte, blieb aus gewissen Gründen übermässig lange in Moskau und schritt in ihrer Arbeit nur allmählich vorwärts. Inzwischen setzte ein Häuflein Opportunisten und bewusster Antifusionisten, deren Ausschluss aus der vereinigten Partei durch den 4. Kongress schon beschlossen wurde, sich der feindseligen Stimmung und der Passivität der Kommunisten bedienend, mit voller Unterstützung Mussolinis, der das gleiche Ziel verfolgte, mit einer abscheulichen und verräterischen Kampagne gegen die Vereinigung ein. Dieses Häuflein Karrieristen arbeitete so geschickt und emsig und bediente sich so schamlos der ihm von der faschistischen Reaktion gewährten Vorteile, dass die Kommission, als sie nach Italien zurückkehrte, ein sehr schweres Tätigkeitsfeld vorfand. Serrati wurde sofort verhaftet und nach ihm auch alle übrigen aktivsten und besten fusionistischen Genossen. Unter solchen Umständen machte das EKKI der SPI den Vorschlag, den Kongress zu vertagen. Die Weisungen erfolgten sofort. Die Opportunisten wollten aber diese schwere Lage mit der Hilfe Mussolinis um jeden Preis für ihre privaten und verräterischen Zwecke ausnützen: der Kongress wurde einberufen und die Antifusionisten erhielten eine durch Trug und faschistischen Terror erzwungene unbedeutende Mehrheit. Mussolini erreichte vorläufig sein Ziel: Nenni, Redakteur des Avanti, und Vella und Ko. sitzen im ZK der SPI. Dieser Sieg der Opportunisten, der die Vereinigung der revolutionären Kräfte in Italien doch nicht aufhalten wird, muss immerhin als Lehre für viele Genossen dienen. Dieser neue Verrat innerhalb der SPI wird den Kampf zweifellos schwieriger machen; die fusionistischen Genossen verlieren aber ihren Mut nicht, weil sie wissen, dass alle Arbeiter mit ihnen sind und dass sie in der nächsten Zukunft, sobald die Arbeiter ihre Stimme werden erheben können, zweifellos die Mehrheit erreichen werden. Die allgemeine Lage der KPI ist nach 6 Monaten faschistischer Diktatur, nach 6 Monaten von Pogromen und Verfolgungen, doch nicht schlecht; gewiss hat sich die Mehrheit der Partei in die Illegalität zurückgezogen, aber die Arbeit der Organisation und des Selbstschutzes des Proletariats wird unaufhörlich geführt. Die Sympathien der Massen befinden sich bei der heroischen KPI, die es nicht versäumen wird, sich mit neuen Erfahrungen und neu gestählt, durch die besten revolutionären Elemente der Arbeiterklasse gestärkt, an die Spitze des Proletariats zum entscheidenden und endgültigen Kampf gegen den Faschismus zu stellen.

KP der Tschechoslovakei.

Auf dem 4. Weltkongress mussten wir uns mit den Differenzen, die nach der Gründung der KP Tsch. innerhalb der Partei entstanden sind, beschäftigen. Der Kongress konnte die sachliche Liquidierung der Opposition ermöglichen. Am 3. Febr. d. J. hat in Prag der Parteitag der KP Tsch. zu dem 4. Weltkongress Stellung genommen und dessen

Beschlüsse einstimmig gutgeheissen. Als Vertreter des EKKI haben die Genossen Kolarow und Gennari dem Kongress beigewohnt. Es zeigte sich, dass die Massnahmen, die das EKKI schon vor dem Weltkongress in der tschechoslovakischen Frage veranlasst hat, durchaus richtig und zweckmässig waren, obwohl sie zunächst den Widerspruch der Mehrheit des Parteivorstandes der KPTsch. auslösten. Auf dem oben erwähnten Parteitag zeigten sich neue und zwar nicht weniger gefährliche Gegensätze als die, mit denen sich der Weltkongress beschäftigen musste. Und zwar handelte es sich um Differenzen in der Beurteilung der Gewerkschaftstaktik. Die Gegensätze waren gross genug und kamen auf dem tschechoslovakischen Parteitag so klar zum Ausdruck, dass sich das EKKI gezwungen sah, sofort einzugreifen. Im Einvernehmen mit der Profintern wurde der Vollzugsausschuss der KPTsch. ersucht, eine Konferenz der massgebenden Vertrauenspersonen der Partei und der Gewerkschaft nach Prag einzuberufen. Zu dieser Konferenz, die am 12 März d. J. in Prag abgehalten wurde, wurde der Genosse Losowski delegiert. Tatsächlich ist es auf dieser Konferenz gelungen, eine durchaus befriedigende Verständigung zu ermöglichen.

Die Entwicklung der KPTsch. einerseits und die Zersetzung grosser bürgerlicher Parteien der Tschechoslowakei andererseits führten zu ausserordentlichen Massnahmen der Tschechoslovakischen Regierung gegen die kommunistische Bewegung. Im März hat die tschechoslovakische Nationalversammlung das Gesetz zum Schutz der Republik, d. h. ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei angenommen. Das EKKI hat sich mit einem besonderen Aufruf an die tschechoslovakische Arbeiterschaft gewendet. Nach der Annahme des Schutzgesetzes hat das ZK der KPTsch. auf den 1. April einen ausserordentlichen Kongress nach Prag einberufen. Auch an diesen ausserordentlichen Kongress hat sich das EKKI mit einem Aufruf gewendet.

Die gesamte wirtschaftliche und politische Situation hat sich in der Tschechoslowakei ausserordentlich verschärft. Das sogenannte Schutzgesetz konnte die Koalitionsregierung nur gegen den grossen Widerstand nicht nur der mit der Kommunistischen Partei sympathisierenden, sondern auch der Massen, die hinter anderen politischen Parteien stehen, durchsetzen. Für das Schutzgesetz, das die Mehrheit der Nationalversammlung schliesslich genehmigte, musste die Koalitionsregierung mit einem grossen Opfer zahlen: nämlich mit der schweren Erschütterung der Koalition. Die tschechische national-sozialistische Partei war nicht imstande, die Rebellion der Massen, die hinter ihr stehen, vollkommen zu unterdrücken. Einige Mitglieder der nationalsozialistischen Parlamentsfraktion stimmten im Plenum gegen das Schutzgesetz; die Partei wurde wenige Tage später gespalten. Die von den Führern der nationalsozialistischen Opposition neugegründete Partei hat bereits mit der KPTsch. Fühlung genommen und im Sinne unserer Grundsätze der proletarischen Einheitsfront gewisse Vereinbarungen getroffen. Die nationalsozialistische Partei hat revolutionäre Traditionen; hinter ihr standen wirklich noch grosse Massen. Der revolutionär wertvollere Teil dieser Partei steht hinter der Opposition und durch Vermittlung der Führer dieser Opposition sind diese Massen jetzt schon in Verbindung mit den von der KPTsch. geführten Arbeitern getreten.

Die wirtschaftliche Situation der Tschechoslovakei ist trostlos. Die Krise (über 500.000 Arbeitslose bei einer Bevölkerungszahl von etwa 13 Millionen) hat noch nicht einmal ihren Höhepunkt erreicht. Eine kleine Besserung, die sich vor kurzem ankündigte, wurde sofort wieder wettgemacht infolge der neuerlichen Steigerung der tschechischen Valuta. Der tschechoslovakische Export ist vernichtet. Das tschechoslovakische Wirtschaftsleben wird, wie in anderen kapitalistischen Staaten auch vom Finanzkapital beherrscht. Von den beiden bedeutendsten Bank-Konzernen, Zivnostenska Banka und Bohemiabank, hat das zweite vor einigen Wochen Bankrott gemacht. Der Bankrott dieser Bank hatte den Zusammenbruch von drei anderen Banken zur Folge. Die Einlegerschaft setzt sich zum grössten Teil aus kleinen Bauern und aus Leuten des Mittelstandes zusammen. Dieser Massen hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt; ihr Vertrauen zur gesamten tschechoslovakischen Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik und damit zur Regierung wurde schwer erschüttert. Die Zivnostenska Banka, die ihren grössten Konkurrenten, nämlich die Bohemiabank geschlagen hat, wird von den tschechischen Nationaldemokraten, das ist die reaktionärste Partei der Republik, geführt. Die Bohemiabank war gewissermassen die Bank der Agrarier; die Agrarpartei ist von dem Bankkrach auch politisch am schwersten bedroht. Diese Krise führte zu einem weiteren Riss in der Koalition, es verschärfte sich der Gegensatz zwischen der Agrarpartei und den Nationalsozialisten (natürlich ohne die Opposition) einerseits und den Nationaldemokraten andererseits. Masaryk und Benes fürchten die weitere Zersetzung der Koalition, sie erkennen die grossen Gefahren, die mit der ständigen Erschütterung des Wirtschaftslebens verknüpft sind. Diese beiden Repräsentanten des tschechoslovakischen Staates befinden sich in manchen entscheidenden politischen Fragen in vollstem Gegensatz zu der nationaldemokratischen Partei. Die wirtschaftliche Unsicherheit und die fast ununterbrochenen politischen Erschütterungen haben einige Kreise der tschechischen Intelligenz, die keineswegs auf das Denken breiter Massen kleiner Leute einflusslos sind, in Bewegung und in die Opposition gebracht. Ihre besten Vertreter sprechen sich, wenn auch nicht sehr klar und nicht sehr entschieden, sowohl für die Einheitsfront als auch für die Arbeiterregierung aus.

Die KPTsch. rechnet damit, dass die Regierung in der Tschechoslovakei in ihrer verzweifelten Lage vor allem den Versuch machen wird, im Kampfe gegen ihren grössten Feind, die kommunistische Bewegung, die Einigkeit der Koalitionsbrüder wieder herzustellen. Mit Hilfe des Schutzgesetzes kann die Regierung sehr bald diesen Kampf beginnen. Die KPTsch. steht also vermutlich vor grossen und entscheidungsvollen Kämpfen und diesen Kämpfen wird die Partei, infolge ihrer gegenwärtigen Geschlossenheit und der Sicherheit und Einheitlichkeit ihrer Führung gewachsen sein.

KP Englands.

Die wichtigsten Angelegenheiten, die das EK seit dem 4. Kongress behandelte, waren die folgenden:

Einheitsfront, Anschluss an die Labour Party und die parlamentarische Taktik der Partei.

Einheitsfront. Bezüglich dieser Taktik gab es ein gewisses Missverständnis, das besonders in der Diskussion in der Sitzung des Party Council (Zentralausschuss) hervortrat. Gestützt auf einige Informationen über diese Sache, hat das Präsidium an die Partei einen Brief gerichtet, in dem die Grundlinien dieser Taktik festgestellt wurden.

Anschluss an die Labour Party. Nach den Ergebnissen der allgemeinen Wahlen und dem Rücktritt der Kandidaten der Partei in den Bezirken, wo sie Kandidaten der Labour Party gegenüberstanden, wurde an die Labour Party von neuem das Ersuchen um Zulassung der KP gerichtet. Das EK war mehr als je der Ansicht, dass die Partei bestrebt sein müsse, in die Labour Party aufgenommen zu werden, da immer grössere Massen unter den Einfluss der Labour Party gelangen.

Parlamentarische Taktik. Die Wahl eines Kommunisten in das Unterhaus machte die Festsetzung einer klaren parlamentarischen Taktik notwendig und das Präsidium widmete der Frage viel Zeit. Eine kleine Kommission wurde eingesetzt, die schliesslich ein Projekt der Grundsätze dieser Taktik aufsetzte, das vom EK angenommen wurde.

Weitere Fragen, die das EK beschäftigte, waren die folgenden: Faschismus, verhaftete Kommunisten in der Türkei, Hinrichtungen in Indien, Irland.

Da das EK in einer früheren Sitzung beschlossen hatte, dass die wichtigeren englischen Angelegenheiten in der Erweiterten Exekutive einer gründlicheren Erörterung unterzogen werden sollen, wurden viele andere Fragen bis zur Erweiterten Exekutive vertagt.

KP I r l a n d s.

Nach dem Kongress wurde der Lage in Irland viel Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet. Das Problem des Verhaltens der Partei zu der republikanischen Bewegung hat zu gewissen Meinungsverschiedenheiten Anlass gegeben. Das Präsidium hat schliesslich ein Projekt taktischer Linien aufgesetzt, das später von der irischen Partei angenommen worden ist.

Es entstanden in der Partei gewisse persönliche Differenzen, mit denen sich das EK beschäftigen musste. Es ist möglich gewesen, alle diese Schwierigkeiten zu liquidieren. Auf Grund der Einflussnahme des Ekki herrscht jetzt in der KP Irlands volle Einstimmigkeit in der Beurteilung aller prinzipiellen Fragen.

KP Britisch-Indiens.

Nach dem ungewöhnlichen ökonomischen Aufschwunge, den Indien der Befreiung von der Bevormundung durch die Industrie des Mutterlandes während der Periode des Weltkrieges verdankte, durchlebt dieses Land in den letzten Jahren eine ökonomische Krise, die auf die europäische Depression, die beständigen Missernten im Lande und die inneren politischen Wirren zurückzuführen ist. Infolge der guten Ernte

des Jahres 1922 und dem zu erwartenden reichlichen Ertrage dieses Jahres macht sich gegenwärtig ein Abflauen der Krise bemerkbar.

Seit dem Jahre 1919 verfloß das politische Leben des Landes unter dem Zeichen nie endender Unruhen, die im Jahre 1921 ihren Höhepunkt erreichen. An den Unruhen beteiligten sich die wachsende indische Bourgeoisie, die 10 Millionen zählende Arbeiterklasse und die Bauernschaft. Der indische Nationalkongress, dessen Bestände die mittlere und kleine Bourgeoisie und die Intellektuellen angehören, fordert die Autonomie Indiens mit den Rechten eines Dominions. Als die Taktik des Boykots gegen alles Englische im Jahre 1922 mit einem Misserfolg endete, kam es im Kongresse zu einer Spaltung, worauf eine neue Gruppierung mit Daco an der Spitze zustande kam. Diese Gruppierung lehnte zwar den Boykott ab, forderte aber die Beteiligung an dem administrativen und gesetzgebenden Apparate, der unter der Aegide Englands allmählich in die Hände der indischen Grossbourgeoisie und der anglophilen Grossgrundbesitzer übergang. Die indische Bauernschaft steht der Leitung des Kongresses fern. Sie machte ihre Anwesenheit durch eine Reihe von Aufständen kund, unter denen der hartnäckigste und grausamste, für die Herrschaft der Engländer im Süden Indiens gefährlichste, der Aufstand der Moplas im Jahre 1920 bis 1921 war. Z. Zt. sind die Bauernaufstände überall, mit Ausnahme Nordindiens, des Pentschabs, unterdrückt.

Die Arbeiterklasse, die erst kürzlich zur Bildung von Gewerkschaften geschritten ist, steht der Politik fern, und ihre Kämpfe, die im Jahre 1921 schon einen ausserordentlichen und ernsten Umfang angenommen hatten, verfließen jetzt unter dem Zeichen der ökonomischen Bewegung. Die Führer sind Verräter und Gehilfen der Regierung und Bourgeoisie.

KP Aegyptens.

Die nationale Freiheitsbewegung bleibt trotz der furchtbaren Repressalien von seiten der englischen Regierung nach wie vor der bedeutendste Faktor im öffentlichen Leben Aegyptens. Der Versuch der Engländer, mit der Oberschicht der Agrarier und Grossbourgeoisie ein Abkommen zu treffen, führte nicht zu der erwarteten Beruhigung. Die Zentrumsparthei Waft-el-Missri (mit ihrem Führer Saglul-Pascha), der Treffpunkt der nationalen Bourgeoisie und der bürgerlichen Intellektuellen, setzt die englandfeindliche Kampagne in verstärktem Masse fort. Die „Unabhängigkeit“ Aegyptens befriedigt sie durchaus nicht. Die letzten Nachrichten lassen darauf schliessen, dass die Engländer zu einem Nachgeben dieser leitenden Partei gegenüber bereit sind. Die Engländer befreien nämlich Saglul-Pascha und planen ein Ministerium des „öffentlichen Zutrauens“.

Die Kleinbourgeoisie und die kleinbürgerlichen Intellektuellen sind in der grossen Partei Chisb-el-Watani vereinigt. Diese Partei stellt radikale nationale Losungen auf, wobei sie diese mit umgestalteten sozialen Wünschen durchsetzt. Unter dem Einflusse dieser Partei stehen bedeutende Arbeitermassen. Auch auf die Gewerkschaften dehnt sie ihren Einfluss aus. Das Verhalten dieser Partei zu unseren ägyptischen Genossen ist durchaus freundlich. Im Interesse des gemeinsamen natio-

nalen Freiheitskampfes machte sie einige Male den Versuch, mit der kommunistischen Partei einen Block zu bilden. Aber infolge der Bedenken der „Linken“ wies die Komm. Partei diese Vorschläge der Nationalisten zurück. Im Augenblicke des Zerfalls der nationalen revolutionären Bewegung (bei einem Abkommen zwischen Aegypten und England) ist unserer Partei der Zustrom der besten Elemente aus der Chisb-el-Watani sicher.

Die Komm. Partei Aegyptens hat die Krise während der Entfernung der kleinbürgerlichen und Kolonistenelemente gut überstanden. Während dieser Periode traten unter anderen einige Dutzend Advokaten und Journalisten aus der Partei aus, während in der Arbeitermasse das Ansehen der Partei wuchs. Den letzten Nachrichten zufolge zählt die Partei 1.500 Mitglieder. Auch der dauernd an Heftigkeit gewinnende Feldzug der bürgerlichen Presse aller Schattierungen bis zur radikalsten Zeitung gegen die Komm. Partei und die „Bolschewisten“ zeugt für den wachsenden Einfluss unserer Partei. In der letzten Zeit wurden einige Repressalien gegen unsere Partei ausgeübt, unter denen die Verhaftung der populärsten Genossen (ein Teil von ihnen wurde schon zu Zwangsarbeit verurteilt), die Schliessung der Parteiräume, die namhaftesten sind.

KP der Türkei.

Die nationale Revolution in der Türkei wurde eine vollzogene Tatsache. Jetzt durchlebt die junge Bourgeoisie von Anatolien ihren Frühling. Die Liquidierung des Sultanats, die Trennung der Kirche vom Staate und der Anfang der Befreiung der Frau sind einige revolutionäre Akte der türkischen Bourgeoisie.

Anatolien besitzt nur ein schwaches Proletariat. In Konstantinopel und einigen anderen grossen Zentren ist das Proletariat auf eine Unzahl kleinerer Unternehmungen verstreut. Eine elementare Arbeitergesetzgebung gibt es in der Türkei nicht. Darum muss der Kampf um diese Rechte die erste Aufgabe der türkischen Kommunistischen Partei sein. In Konstantinopel vereinigt die Kommunistische Partei nur einige hundert Mann. Sie besitzt ihr eigenes Organ und entfaltet z. Zt. eine gewaltige Tätigkeit auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens. Hier trifft sie aber auf den Widerstand der Bourgeoisie, die gegenwärtig gegen eine Kommunistengruppe in Angora einen politischen Prozess führt.

KP Chinas.

Seit dem Anbruche des Frühlings tritt der auf Chinas Boden wütende Bürgerkrieg in eine neue verschärfte Phase. Die Gruppierung der Dudzünen (Militärinspektoren) Zentralchinas, U-pei-fu und zao-Run, stellt sich gegen den Dreierblock Tschan-so-lin und Duan-Zi-tschuan im Norden und Sun-jat-Sen im Süden. Mit Ausnahme Sun-jat-Sen vertreten sämtliche Gruppen das reaktionäre Element des in der Zersetzung begriffenen Feudalismus. Sun-jat-Sen, das Haupt der Partei „Guo-min-dan“, proklamiert demokratisch-liberale Losungen und kämpft für die

Liquidierung der feudalen Ueberbleibsel, nämlich die Dezentralisierung des Landes, das Militärregime u. s. w. Diese subjektive Tendenz der Partei Guo-min-dan kommt aber objektiv in der Unterstützung der autonomen Bourgeoisie des Südens und in dem Block mit den reaktionärsten Militaristen des Nordens zum Ausdruck. Die breiten Schichten der nationalen Bourgeoisie Chinas treten der Partei Guo-min-dan nicht bei und verharren in der dieser Partei gegenüber eingenommenen feindlichen Stellung. Ob aber Guo-min-dan die Verbindung der nationalen Bourgeoisie Chinas und hiermit der Zusammenschluss zu einer nationalen revolutionären Kampfpartei glückt, wird die nächste Zukunft lehren. Auf diesen Weg will sie die Kommunistische Partei Chinas drängen.

In der verflossenen Periode macht die Arbeiterbewegung Chinas einen ersten Fortschritt. Die Streiks, die anfangs ökonomischer Natur waren, später aber einen politischen, ja sogar einen internationalen Charakter gewannen, zeugten von den ersten ernst zu nehmenden Erfolgen eines echten Klassenbewusstseins. Der letzte Streik von Peking-Honkou endete mit der Erschiessung von über 50 Arbeitern. Das war ein deutlicher Beweis, dass das chinesische Proletariat zum Kampfe für seine Klassenorganisationen fest entschlossen ist. Dieser von klassenbewussten Arbeitern geleitete Streik erweckte den lautesten Wiederhall im ganzen Lande und bezeichnete zweifellos für Chinas Proletariat den Wendepunkt zur Annahme einer deutlichen Position im politischen Leben des geknechteten Landes. Nach dem Streike von Peking-Honkou wurde ein furchtbarer Druck auf die Kommunistische Partei ausgeübt, sodass sie sich zu illegaler Tätigkeit gezwungen sieht.

K P J a p a n s .

Die ersten Monate 1923 brachten eine wesentliche Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Lage in Japan, und noch heute sind die Aussichten der Bourgeoisie, dass sich Handel und Industrie wieder beleben, sehr trübe. Um die antimilitaristische Stimmung der Volksmassen zu beschwichtigen, kürzte die Regierung ihr Militärbudget um lächerliche 6% dem Vorjahr gegenüber.

Die Arbeiter und Bauern wehren sich mit Heftigkeit gegen die Teuerung, indem sie Massendemonstrationen organisieren und durchführen. In dieser Lage hielt es die Regierung für besser, das im Vorjahre dem Parlament zur Beratung eingereichte «Soziale Kontrollgesetz» zurückzuziehen.

Die Kommunistische Partei arbeitet in engem Kontakt mit der CGT (Yuaikai), welche in den letzten Monaten unter dem Einflusse der Partei eine sehr klare, kommunistische Taktik eingehalten hat. Die «Pro Sowjetrußland»-Bewegung ergreift die breitesten Schichten der proletarischen Bevölkerung und umfasst sämtliche Arbeiterorganisationen. Anarchisten, Syndikalisten, Reformisten und Kommunisten realisieren in dieser und anderen Fragen die Taktik der Einheitsfront. In Tokyo demonstrierten Tausende von Arbeitern vor der französischen Gesandtschaft gegen die Ruhrbesetzung. Dem Komitee zur Verteidigung der eingekerkerten Arbeiter in den Vereinigten Staaten wurde eine Solida-

ritätsresolution übersandt, an die chinesische Regierung ein Protesturteil erlassen gegen die Ermordung streikender Arbeiter. Die Streikbewegung auf dem Lande gewinnt einen mehr und mehr revolutionär-politischen Charakter. Es bildete sich eine nationale Mieterunion, deren Hauptsektionen in Tokyo und Osaka je eine monatliche Zeitschrift herausgeben. Die Parteipresse und die Organe der CGT gewinnen eine wachsende Verbreitung. Die Regierung und die Öffentlichkeit im allgemeinen sehen sich gezwungen mit dem Einfluss der Kommunistischen Partei auf die Arbeiter und Bauern zu rechnen.

KP Australiens.

Sogleich nach dem 4. Kongress richtete die Exekutive ein grösseres Schreiben an die Zentrale der erst kürzlich entstandenen Vereinigten Kommunistischen Partei. In ausführlicher Weise behandelte der Brief die von der Partei einzuschlagende Taktik in den Fragen der Einheitsfront, des Anschlusses an die Labour Party, der Arbeiterregierung und der Ausgestaltung der Parteipresse.

Differenzen zwischen der Zentrale und einigen Mitgliedern der Sektion Sydney führten zur Abspaltung einer kleinen Gruppe; es ist jedoch anzunehmen, dass die Verständigung mit dieser Gruppe möglich ist

KP der Vereinigten Staaten.

Nach der Rückkehr der Delegierten zum IV. Kongress unternahm die Partei alle erforderlichen Massnahmen zur Umstellung der illegalen Arbeit in eine offene Parteitätigkeit. Die Funktionen der Zentrale wurden dem Zentral-Comite Workers Party übergeben. Der im April tagende Parteikongress liquidierte die illegale Partei und erklärte die Workers Party als die Sektion der Kommunistischen Internationale in den Vereinigten Staaten.

Die Exekutive der Komintern wies hin auf die grosse Bedeutung der Kampagne zur Schaffung einer Labour Party und fordert die amerikanische Sektion der Komintern auf, diese Kampagne mit aller Kraft und mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie bildet zugleich eine Basis, auf welcher die Durchführung der Taktik der Einheitsfront und die praktische Arbeit mit und innerhalb der organisierten Massen möglich ist.

Es entstanden einige Schwierigkeiten mit den leitenden Genossen der «Technischen Hilfe» (eine unter Parteikontrolle stehende Organisation zur Bildung landwirtschaftlicher und industrieller Kommunen in Sowjetrussland). Die verschiedene Auslegung der Beschlüsse des IV. Weltkongresses in der Einwanderungsfrage nach Russland führte zu Differenzen mit einigen Genossen der Technischen Hilfe. Die Exekutive überwies den Konflikt einer Kommission, welche eine Verständigung herbeiführte und so die Liquidierung des Streites ermöglichte.

KP Kanadas.

Die Exekutive der KI richtet an den 2. Parteitag der «Workers Party» eine Begrüßungsadresse, welche die Partei ermutigte, auf dem Wege zur Gewinnung der Arbeitermassen vorwärts zu schreiten. Sie richtete die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit einer systematischen Arbeit in den Gewerkschaften, der Ausgestaltung der Parteipresse und wies sie vor allem hin auf die konkrete Durchführung der Taktik der Einheitsfront.

Zentral – und Südamerika.

Nach dem 4. Kongress richtete die erste Erweiterte Exekutive einen Aufruf an die Zentral- und südamerikanischen Länder. Die kommunistische Internationale fordert den Zusammenschluss aller revolutionären Kräfte der nord-, mittel- und südamerikanischen Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten.

Die ökonomische und politische Durchdringung der lateinisch-amerikanischen Länder seitens der Vereinigten Staaten schreitet in immer rascherem Tempo vorwärts. Amerikanisches Kapital verdrängt überall den europäischen und vor allem den britischen Konkurrenten. Am heftigsten geht der Kampf um den Besitz der mexikanischen Petrolquellen.

Mit dem ökonomischen Einfluss wächst die politische Aktivität Nordamerikas in den südlich liegenden Ländern. Diese Aktivität richtet sich gegen jeden Versuch der Bildung einer Union aller lateinisch-amerikanischen Länder und im Zusammenhang damit gegen alle Rüstungsbestrebungen einzelner südamerikanischer Nationen. Im Dezember 1922 wurde in Washington eine Konferenz der zentralamerikanischen Republiken abgehalten. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung behandelte die Frage der Abrüstung. Ueber das für die Bevölkerung dieser Gebiete wichtigste Problem der zentralamerikanischen Union lautete die angenommene Resolution: Das Studium der Vereinigung der zentralamerikanischen Republiken wird auf die Tagesordnung der nächsten, im Jahre 1926 einzuberufenden Konferenz gestellt werden.

Während Zentralamerika in völliger Abhängigkeit der Vereinigten Staaten steht, versuchen die Länder Südamerikas sich gegen das Vordringen der nordamerikanischen Herrschaft zu wehren.

Ende März d. J. wurde in Chile die fünfte panamerikanische Konferenz eröffnet. Auch hier sollte als erste Diskussionsfrage die Frage der Abrüstungen behandelt werden. Die amerikanische und brasilianische Delegation weigerten sich jedoch, das von der chilenischen Vertretung ausgearbeitete Abrüstungsprogramm als Diskussionsbasis anzunehmen. Mexiko wies die Teilnahme an der Konferenz zurück, solange seine Regierung von den Vereinigten Staaten nicht offiziell anerkannt sei. Panama applaudiert die Haltung der mexikanischen Regierung und sendet nach Washington eine Note, in welcher darauf hingewiesen wird, dass die Zone des Panamakanals keineswegs amerikanisches Territorium sei, wie man dies in den Vereinigten Staaten zu glauben scheine.

Die Arbeiterbewegung.

In den Jahren 1920 und 21 gab es nur in den wichtigsten Ländern des lateinischen Amerika eine organisierte Arbeiterbewegung. Im Verlaufe des letzten Jahres haben sich nun in bereits allen diesen Ländern Gewerkschaften und politische Gruppen gebildet, um die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Langsam vollzieht sich die Zerbröckelung der Gomper'schen Macht. Bemerkenswert ist andererseits die Zersetzung der anarchistischen Führung in den grossen Gewerkschaftsverbänden. Die Massen verlieren das Zutrauen zu den Anarchisten. Jedoch befindet sich die Arbeiterbewegung im allgemeinen noch ausserordentlich stark unter dem Einfluss der anarcho-syndikalistischen Ideologie. Die antiparlamentarischen Tendenzen innerhalb des besten Teils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter überwiegen noch immer den Einfluss der Kommunisten. Die Arbeiterschaft drängt jedoch zum Anschluss an die Rote Gewerkschaftsinternationale. Die kommunistischen Parteien erobern langsam aber stetig das Vertrauen der Massen.

KP Argentinien's.

Im Mai 1922 wird von der Parteizentrale eine kleine Oppositionsgruppe, welche der Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der Einheitsfront entgegenarbeitet, ausgeschlossen. Beide Parteien senden Ende des Jahres Delegierte nach Moskau. Die Exekutive der KI bestätigt die Haltung der Parteizentrale. Den proletarischen Elementen aus der Gruppe der Ausgeschlossenen wird der Wiedereintritt in die Partei ermöglicht.

In den Wahlen zum Stadtparlament von Buenos-Aires im Jahre 1922 gewannen die Kommunisten mit 5.600 Stimmen einen Sitz. Im März d. J. erhielt die Kommunistische Partei nur noch 3.824 Stimmen und verlor ihren Vertreter

KP Uruguays.

Zum erstenmal seit dem Bestehen der Partei beteiligt sie sich im Februar ds. Js. an den nationalen Munizipalwahlen. Die Partei gewinnt einen Deputierten in die Nationalversammlung und vier Abgeordnete in den Stadtrat von Montevideo. Nach dem 4. Kongress bildet sich unter dem Einfluss der Kommunisten ein Aktionskomitee zur Durchführung der Einheitsfront. Ebenfalls zu diesem Zwecke ist für Ende April ein nationaler, allgemeiner Arbeiterkongress einberufen.

KP Chile's.

Nach dem 4. Kongress entfaltete die KP eine erfolgreiche Propaganda auf dem Gebiete der Realisierung der Einheitsfront. Zahlreiche Organisationen verlangen nun die Einberufung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses.

Die KP besitzt einen Deputierten im Parlament und zahlreiche Vertreter in kleinen kommunalen Behörden. Besonders hat die KP ihre Propaganda unter den in den Salpeterfeldern arbeitenden Indianern verstärkt. Es gelang trotz dem heftigsten Widerstande der Industriellen die Salpeterarbeiter in einer gemeinsamen Union zu organisieren.

KP Brasiliens.

Am 4. Kongress ersuchte die KP Brasiliens um Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Nach reiflicher Prüfung durch eine spezielle Kommission wurde die KP Brasiliens als sympathisierendes Mitglied in die KI aufgenommen. Nach dem Kongress konzentrierte die Partei ihre Arbeit in den Gewerkschaften. Als Folge des Beschlusses des Weltkongresses zeigte sich eine teilweise Stärkung der syndikalistischen Elemente. Die Partei selbst versucht jedoch mit bestem Willen die Forderungen, welche die KI an ihre angegliederten Sektionen stellt, zu erfüllen.

KP Mexikos.

Die Exekutive richtet nach dem IV. Kongress gemeinsam mit der Profintern an die KP Mexikos die Aufforderung, ihre antiparlamentarische Haltung aufzugeben und ein Aktionskomitee zu bilden, welches die Arbeit zur Einigung der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung zu leiten hat. Diese Frage des Parlamentarismus wird auf dem 11. Parteitag der KPM, welcher im Verlaufe des Monats Mai stattfinden wird, entschieden werden. Der Generalstreik im Monat Februar endete mit der Niederlage der Arbeiter und der Zersplitterung der anarchistischen CGT. Der im März 1922 eingeleitete Mieterstreik, an welchem sich im Verlaufe des Jahres über 150.000 Mieter beteiligten, endet im Februar 1923 mit der Ueberweisung eines Mieterschutzgesetzes an das Parlament.

In den nachfolgenden Ländern existieren noch keine Kommunistischen Parteien. Doch sind mit der KI sympathisierende Gruppen und für den Anschluss an die Rote Gewerkschaftsinternationale kämpfende Gewerkschaften vorhanden.

Peru: Infolge des Sinkens der Peruanischen Valuta wird die Teuerung für die Arbeiterschaft unerträglich. Die Eisenbahner leiteten Ende letzten Jahres den Generalstreik ein. Bevor er aber noch durchgeführt werden kann, werden die Führer der Bewegung erschossen.

Panama: Im Januar 1923 wird in Panama der I. nationale Arbeiterkongress abgehalten. Die Einberufung erfolgt seitens der «Federacion Obrera de Panama», welche sich in den Händen der Gompers-Leute befindet. 14 Organisationen sandten Delegierte.

Cuba: Noch immer befinden sich zahlreiche vom weissen Terror des amerikanischen Kapitalismus verfolgte Arbeiter in den Kasematten Cubas. Im Sommer 1922 war es jedoch möglich, den ersten Kongress der lokalen Gewerkschafts-Union der Hauptstadt, La Havana, abzuhalten. Die Tagung beschloss, im Jahre 1923 den I. Landeskongress aller Ge-

werkschaften Cuba's einzuberufen. Die Frage des Anschlusses an die Rote Gewerkschaftsinternationale soll auf die Tagesordnung des Kongresses gestellt werden.

Guatemala: Die Syndikalistischen Gewerkschaften um die Gruppe «Unificacion Obrera Socialista» fordern einen Landeskongress aller Gewerkschaften, mit der Absicht die Allgemeine Gewerkschafts-Union von Gompers loszulösen.

KP Norwegens.

Der IV. Kongress der KI beschäftigte sich eingehend mit der Norwegischen Arbeiterpartei. Die vom Kongress angenommene Resolution zur norwegischen Frage legte nochmals das Verhältnis der Parteinstanzen zur Parteizentrale und das Verhältnis der Partei zur KI klar, es wurde weiter in ihr die Reorganisierung der Partei auf der Basis der individuellen Mitgliedschaft gefordert, Stellung genommen zum Inhalt und zur Benennung der Parteipresse, Anweisungen gegeben zur politischen Taktik gegenüber dem Grosskapital, dem Agrarbesitz und dem Bauerntum und die Disziplin der kommunistischen Akademikergruppe „Mit Dag“ fest umrissen.

Trotzdem die Resolution die Zustimmung der norwegischen Delegation erhalten hatte, setzten sich die Auseinandersetzungen in der Partei fort. Das ZK behandelte in mehreren Sitzungen die Beschlüsse des Weltkongresses und die Entscheidung in der norwegischen Frage. Am 21. 12. 22 lehnte die Mehrheit des ZK's die Forderungen der KI ab und motivierte ihre Stellungnahme in einer längeren Erklärung. Diese wendet sich gegen die Verschärfung des Zentralismus in der KI, die in den Beschlüssen zum Ausdruck gekommen sei, es sei dies ein Uebergang vom demokratischen zum absoluten Zentralismus, was einen Bruch mit den Entscheidungen früherer Weltkongresse zu den Organisationsfragen darstellt und schliesslich sei die verlangte Unterordnung der Gewerkschaften unter Partei und Internationale eine Schwächung der Arbeiterbewegung. Da die Partei die Souveränität in inneren Fragen verloren habe, meint die Mehrheit der Parteizentrale, dass die Partei nicht länger organisationsmässig der Internationale angeschlossen werden kann. Jedoch wird die dritte Internationale als einzige politische Arbeiterinternationale anerkannt, mit der die NAP zusammen arbeiten will. Die Hauptprinzipien der Internationale: Massenaktion, Sowjetsystem und Diktatur der Arbeiterklasse sollen auch weiterhin die Richtschnur der Partei sein.

Die Minderheit (3 : 7) reservierte sich in einer Gegenerklärung im Sinne der Kongressbeschlüsse gegen die Resolution der Mehrheit.

Im Zentralorgan der Partei „Social-Demokraten“ beginnt nun eine heftige Fehde gegen die Minderheit und gegen die Beschlüsse des Weltkongresses. Sie wird in erster Linie geführt von den Genossen Bull und Tranmael. Die provinzielle Presse ist jedoch zumeist auf Seiten der Minderheit.

In den ersten Januartagen fand die Sitzung des Erweiterten Landesvorstandes statt, an der Genosse Radek als Vertreter des EKKI teilnahm. Die von der Mehrheit vorgelegte Resolution wird vom Gen.

Radek als Bruch mit der Internationale bezeichnet. Es ist jedoch gelungen, eine Einigung auf der Basis folgender Punkte zu erzielen: Die NAP verbleibt als selbständige Sektion in der KI, sie erkennt die Beschlüsse und Abmachungen der int. Kongresse und des EKKI's an und führt diese Beschlüsse selbständig aus. Das EKKI hat das Recht, die Ausführung der Beschlüsse zu überwachen. Es wird ein Komitee eingesetzt, welches sofort den Plan der Durchführung der Kongressbeschlüsse ausarbeitet. Die hier skizzierte Resolution gewann einstimmige Annahme, was in der Partei allgemeine Zufriedenheit hervorrief. Kurz darauf aber macht sich ein Gefühl der Niederlage bei der Richtung Tranmael bemerkbar, das seinen Ausdruck findet in einer Reihe von Artikeln des Genossen Bull, die in sehr aggressiver Form gegen eine vermeintliche östliche Orientierung der Internationale für die westeuropäischen und skandinavischen Verhältnisse gegen die Internationale Stellung nehmen. Der Parteistreit flammt auf's neue auf.

Zur gleichen Zeit wird im gewerkschaftlichen Lager die Diskussion über die Umlegung der Verbände nach industriellen Linien geführt. Die Sektion in der Hauptstadt, als stärkste und bedeutendste der Partei, stand in überwiegender Mehrheit auf Seiten der Tranmael-Fraktion. Auf ihrer Vertretersitzung wird eine Resolution angenommen, die den Parteistreit noch mehr verschärft. Diese sogenannte Christiania-Resolution macht sich später der Parteitag zu eigen. Sie besagt: 1. dass für die Befreiung der Arbeiter das Schwergewicht der Tätigkeit in der Organisation der Arbeiter für diese Aufgabe und auf die Bildung entsprechender Kampforganisationen gelegt werden muss. Durch die Massenaktionen und durch die eigenen Organisationen müssen sich die Arbeiter selbst in den Besitz der gesellschaftlichen Macht bringen. 2. Wichtiger als die Erreichung positiver parlamentarischer Resultate ist die Kampftüchtigkeit der Organisationen; die parlamentarische Arbeit, in erster Linie agitatorisch, soll die ausserparlamentarischen Aktionen der Arbeiter stärken. Durch eine feste und gradlinige parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktion soll die Grenzlinie zu den arbeiterfeindlichen bürgerlichen Parteien scharf gezogen werden. 3. Das Bestimmungsrecht liegt bei den Mitgliedern, Kontrolle und Rückberufungsrecht in Bezug auf die Funktionäre der Partei. Die Leitung soll immer bei den Mitgliedern selbst, nicht aber bei Intellektuellen und Halbintellektuellen liegen. Die Zentrale soll stark sein, jedoch grössten Kontakt mit den Mitgliedern haben, deren Abteilungen weiterhin ihre Selbständigkeit bewahren, soweit es mit der Einheit vereinbar ist. Es muss ein Vertrauens- und nicht „Gehorsamkeits“-Verhältnis zwischen den verschiedenen Instanzen geschaffen werden. Deshalb auch ist man gegen die zunehmende Tendenz der Sammlung der Macht in den Händen Weniger, sowohl in nationalem, wie auch internationalem Verhältnis. 4. Bewahrung der grösstmöglichen Selbständigkeit der nationalen Sektionen in allen inneren Angelegenheiten. Deswegen soll für eine Aenderung der organisationsgemässen Praxis der Internationale eingetreten werden. In Fragen internationaler Art und solchen, die den nationalen Rahmen übersteigen, wird die absolute Befugnis der Internationale anerkannt. Die Vertreter zum EKKI sollen durch die Parteien gewählt werden. 5. Die intime Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften soll beibehalten werden, des

weiteren auch die „Anerkennung der gegenseitigen Organisations — und aktionsgemässen Unabhängigkeit und Souveränität“. Die Partei soll sich nicht als „Uebergeordnete betrachten“, sondern den rev. Interessen der Gewerkschaften dienen.

Die Resolution wird umstrittenes Kampfobjekt der beiden Fraktionen. Auf ihrer Grundlage werden die Anhänger Tranmaels zum Parteitag gewählt. Die Gruppe „Met Dag“ ignoriert die getroffenen Vereinbarungen und bekämpft die Richtung des Genossen Scheflo. Der Jugendverband erklärt sich für die Einheit der Partei und die Beibehaltung der Mitgliedschaft in der Internationale. In der Provinz überwiegen die Anhänger der Richtung Scheflo. Doch kann von einem tiefen Eindringen der Konflikte in die Mitgliedermassen nicht gesprochen werden.

Vom 24. bis 28. Februar fand der Kongress der Partei statt. Die KI hatte die Gen. Bucharin und Kolarow dorthin entsandt. Mit 24 zu 22 Stimmen wurde die Christiania-Resolution angenommen. Der Kongress hat ferner einstimmig erklärt, die Beschlüsse der Weltkongresse anzuerkennen und durchzuführen, und ausgesprochen, dass die Partei auf eine loyale und vertrauensvolle Weise den Direktiven nachkommen wird, die von der Internationale kommen. Demzufolge wurden die Instanzen der Partei in ihrer entschiedenen Mehrheit durch Anhänger der Tranmael-Bull-Gruppe besetzt. Der Parteistreit wurde als beendet erklärt, die endgültige Regelung der „Mot-Dag“-Angelegenheit dem neuen Parteivorstand überwiesen. Zur Organisationsfrage wurde das Projekt des Landesvorstandes, an dem Gen. Radek mitgearbeitet hatte, angenommen. Es sieht die Umlegung zur individuellen Mitgliedschaft unter Beibehaltung des Massencharakters der Partei vor. Diese Umlegung soll möglichst innerhalb eines Jahres durch Befragen aller jetzigen Mitglieder beendet sein. Die sozialdemokratischen Namen der Parteizeitungen sollen abgeändert werden, was indessen bei fast allen Organen am 1. 4. erfolgte.

Der Parteistreit ebte nun stark ab. Die positive Organisationsarbeit setzte ein und auch auf dem gewerkschaftlichen Gebiete hatte der kurz darauf stattgefundene Bundeskongress Veränderungen getroffen. Der Austritt aus der Amsterdamer Internationale wurde perfekt, die Umlegung der Verbände nach industriellen und Klassenkampflinien war beschlossen und über den Eintritt in die RGI sollen Erhebungen angestellt werden.

Auf dem Arbeitsmarkt drohten grosse wirtschaftliche Kämpfe, die auch inzwischen eingesetzt haben (als erste Gruppe sind die Buchdrucker ausgesperrt worden). Wegen der Handelstraktate mit den Süsswein produzierenden Südländern kam es Mitte Februar zum Sturze der liberalen Regierung und Bildung eines konservativen Kabinettes. Das Kapital wird von der neuen Regierung jede Unterstützung in seinem Anfallskampf gegen die Arbeiterschaft bekommen, doch ist der Kampfgeist bei der Arbeiterschaft und auch den andern Berufsgruppen, selbst bei den Staatsarbeitern sehr gut. Die nächsten Aussperrungen werden die Eisenindustrie betreffen.

KP Schwedens.

Die Frage des absoluten Zentralismus wurde auch in Schweden scharf in den ZK-Sitzungen, in der erweiterten Landesvorstandssit-

zung und auch in der Presse gestellt, doch wurden die Beschlüsse des IV. Kongresses gebilligt. In den Reihen des Jugendverbandes gab es Stimmen, die in der Tätigkeit der Parteileitung teilweise eine nicht richtige Anwendung der Kongressbeschlüsse der KI sahen, wodurch Gen. Hoeglung veranlasst wurde, im Zentralorgan der Partei gegen diese—und auch gegen einen Beschluss des erweiterten Landesvorstands—in einem Artikel „Massenpartei oder heilige Gemeinschaft“ Stellung zu nehmen.

Eine organisatorische Festigung der Partei ist wahrzunehmen; bei den allgemeinen Kommunalwahlen konnte sie grosse Erfolge buchen, auch griff sie tätig in die internationale Aktion zur Ruhrbesetzung—wie dies auch die norwegische Partei tat—ein.

Die allgemeine Lage Schwedens ist gekennzeichnet in einer brutalen Unternehmeroffensive, die durch die reformistischen Gewerkschaften nur schwach begegnet wird. Die Löhne sind überall und sehr bedeutend reduziert worden. Vom wiedererlangten Kraftbewusstsein des Bürgertums zeugt der kürzlich erfolgte Sturz der sozialdemokratischen Regierung Brantings, an deren Stelle ein konservatives Kabinett getreten ist.

Die kleine linkssozialistische Partei hat beschlossen in der grossen sozialdemokratischen aufzugehen.

KP Dänemarks.

Der IV. Kongress anerkannte u. a. auch die sogen. Neue Partei als Sektion der Kommunistischen Internationale, wodurch der achtmonatliche Kampf der bestehenden zwei Richtungen entschieden war. Es wurde ihr auferlegt, durch zielbewusste Arbeit in die gewerkschaftlichen Organisationen einzudringen und auch die kommunistischen Elemente der sog. Alten Partei zu sich heranzuziehen. Nach anfänglichen Erfolgen brach indessen wieder ein Parteistreit aus. Zehn, zum Teil alte bewährte Genossen, wurden aus nicht völlig geklärten Gründen aus der Partei ausgeschlossen. Zwar zog der Parteitag die meisten Ausschlüsse zurück und milderte die übrigen, doch war die Rückwirkung dieser Auseinandersetzung von lähmender Wirkung auf die Parteiorganisation. Diese sieht sich einer übermächtigen, straff zentralisierten, Sozialdemokratischen Partei und einem, beinahe alle Arbeiter umfassenden, reformistischen Gewerkschaftsbund gegenüber.

Die Wirtschaftskrise hatte auch Dänemark erfasst, die Arbeitslosigkeit war sehr gross und grosse Bankfalissemments folgten einander. Der Lebensstandard der Arbeiterklasse ist auch hier stark herabgedrückt worden. In letzter Zeit sind Anzeichen einer besseren Konjunktur wahrzunehmen.

KP Islands.

Anschliessend an den IV. Kongress behandelte eine Kommission des EKKI auch die Lage auf Island. Dort existiert eine relativ starke „Partei der Unterklassen“, in der auch eine Gruppe von Kommunisten,

etwa 400 Mann stark, organisiert ist. Die Kommission billigte das Weiterverbleiben der kommunistischen Organisation in dieser Partei. Sie verlangte jedoch, dass sich die Partei volle Agitationsfreiheit sichern soll.

KP Hollands.

Anfang 1923. wurde ein Landeskongress veranstaltet. Die Opposition kritisiert die Art der Ausführung der Beschlüsse des IV. Weltkongresses seitens der Zentrale, Passivität in der Gewerkschaftsfrage und unklare Direktiven in der Frage der Einheitsfront. Die Mitgliederzahl der Partei ist von 1850 auf 1480 gesunken. Trotz der ungünstigen Lage erhielten die Kommunisten in den Parlamentswahlen Ende 1922—54.000 Stimmen.

KP Holländisch-Indiens.

Die Bevölkerung Indonesiens zählt bis 70 Millionen. Ihre eigenartige geschichtliche Entwicklung brachte es mit sich, dass die einheimische Bourgeoisie äusserst schwach ist. Um so stärker ist die holländische, amerikanische, englische und japanische Bourgeoisie. Die Industrialisierung zeitigte nennenswerte Erfolge und schuf ein zahlreiches Proletariat. Durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft wuchs die Zahl der Tagelöhner und Pächter gewaltig an. Diese Verhältnisse nähern daher die Linie des nationalen Kampfes gegen die Imperialisten-Annexionisten der Linie des Klassenkampfes gegen die Fabrikanten und ausländischen Plantagenbesitzer. So trugen diese Verhältnisse auf Java zu der Gründung der riesigen, 1½ Millionen zählenden revolutionären Volkspartei „Sarikat-Islam“ bei. Unsere Kommunistische Partei zählt ungefähr 13.000 Mitglieder und erfreut sich eines ziemlichen Einflusses innerhalb „Sarikat-Islam“. Die Gewerkschaftsbewegung, die 90.000 Mann erfasste, steht ebenfalls unter dem Einflusse der Kommunisten.

KP Oesterreichs.

Zu den Beschlüssen des 4. Weltkongresses hat die KP Oe. auf ihrem Parteitag am 3. März Stellung genommen und seine Uebereinstimmung mit ihnen einhellig zum Ausdruck gebracht. Im übrigen stand der Oesterreichische Parteitag unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen mit der Parteioption. Das EKKI sah sich veranlasst, sich vor dem Parteitag mit diesen Differenzen zu beschäftigen. Im wesentlichen handelte es sich um Missverständnisse bezüglich der Beurteilung der Gewerkschaftstaktik und um ziemlich verschiedene Ansichten über die Grundsätze des demokratischen Zentralismus. Da es nicht möglich war, vor dem Parteitag eine Verständigung der Opposition mit der Mehrheit des Parteivorstandes herbeizuführen, musste das EKKI einen Vertreter zum Wiener Kongress delegieren. Das EKKI wendete sich mit einem ausführlichen Brief an den Parteivorstand der KP Oe., in welchem zu den Differenzen, namentlich aber zur Gewerkschaftstaktik und zu der Frage des demokratischen Zentralismus Stellung genommen wurde. An den Parteitag der KP Oe. wendete sich das EKKI mit einem besonderen Aufruf.

KP Ungarns.

Die Horthy-Regierung, die ungarischen industriellen Ausbeuter und die agrarischen Blutsauger müssen sich allmählich davon überzeugen, dass die revolutionäre Entwicklung in Ungarn mit allen Mitteln der Gewalt, der blutigen Unterdrückung und Verfolgungen nicht aufzuhalten ist. Die jüngsten Ereignisse in Horthyungarn, die Streik- und Absper-
rungsbewegung im März zeigen, dass sich der klassenbewusste Teil des ungarischen Proletariats wieder zu rühren beginnt, ja den Kampf bereits wieder aufgenommen hat. Anlässlich der Streikbewegung im März hat sich das EKKI mit einem besonderen Aufruf an das ungarische Proletariat gewendet.

KP der Schweiz.

In der KPS entstanden Differenzen in der Beurteilung der Gewerkschaftstaktik. Die KPS hat nach der Meinung des EKKI nicht ganz im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses bezüglich der proletarischen Einheitsfront gehandelt. Auch in der Frage des demokratischen Zentralismus entwickelten sich in der KPS Meinungsdivergenzen. Die Exekutive sah sich daher genötigt, in einem ausführlichen Brief zu den Schwierigkeiten Stellung zu nehmen, mit denen sich die KPS zu beschäftigen hatte.

Balkanföderation.

Im engen Kontakt mit der Exekutive der Komintern gelingt es der Exekutive der Balkanföderation immer mehr, die Führung der kommunistischen Parteien in den Balkanländern einheitlich zu gestalten und ein zweckmässiges Zusammenarbeiten in allen wichtigen gemeinsamen politischen und organisatorischen Fragen zu ermöglichen. Die Stellungnahme des EKKI zu den Aufgaben der KP der Balkanländer geschieht im Einvernehmen mit der Exekutive der Balkanföderation.

KP Bulgariens.

Die Entwicklung und Erstarkung der KPB dauert an. Ihr Einfluss auf die werktätigen Massen breitet sich ununterbrochen aus. Bemerkenswert ist ihr Erstarken in den Dörfern, wo sie mit Erfolg gegen die Demagogie des Agrarbundes der Regierung und der alten bürgerlichen Parteien kämpft. Das bewiesen die am 14. Januar d. J. stattgefundenen allgemeinen Administrativen (Kreis-) Wahlen. Das Proletariat der Privatunternehmungen und seine Organisationen befinden sich unter dem unbestreitbaren Einfluss der KPB. Das geht aus der Tatsache hervor, dass alle Streikbewegungen in der Privatindustrie, ausschliesslich durch den Allgemeinen Arbeiterbund geleitet wurden, der in engster Verbindung mit der KPB steht. Die Versuche der Sozialdemokratie zur

Schaffung «freier» gewerkschaftlicher Organisationen sind völlig erfolglos geblieben. Aber auch unter den Staatsangestellten und Lehrern befindet sich der Einfluss der Kommunisten im Ergebnisse der Einheitsfronttaktik im schnellen Aufstieg. Allgemeine «Aktionsausschüsse» wurden geschaffen, die unmittelbar durch die Angestellten verschiedener Dienstzweige gewählt wurden und von Kommunisten geführt werden. Der kommunistische Jugendverband Bulgariens macht mit voller Unterstützung der Partei erfreuliche Fortschritte und baut in den Dörfern ein Netz seiner Organisationen aus. Auch die kommunistische Tätigkeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen wurde nicht unbeachtet gelassen.

Am 22. April fanden bei einem selbst für die Balkanverhältnisse beispiellosen Terror der Agrarregierung, der natürlich hauptsächlich gegen ihren Hauptfeind, die KPB, gerichtet war, Neuwahlen in die Nationalversammlung statt. Trotzdem ist es unserer Partei, die bei den vergangenen Parlamentswahlen 182.000 Stimmen hatte, gelungen, ihre Stimmenzahl auf 210.000 zu erhöhen. Die Zahl der Mandate ist hingegen von 50 auf 17 zurückgegangen, was aber ausschliesslich durch das neue Wahlsystem zu erklären ist.

Die Parole, mit der die KPB die Wahlkampagne führte, war die Forderung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Diese Parole fand nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den landarmen Bauern begeisterten Wiederhall. Dieser letztere Umstand, wie auch die Verpflichtungen, die die Regierung Stambolinskis den Ententestaaten gegenüber für ihre «Zugeständnisse» in der Reparationsfrage eingegangen ist, erklärt die ausserordentlichen und scharfen Massnahmen der Regierung gegen die KPB, die sie nach den Wahlen unter Mitwirkung der bürgerlichen Parteien noch mehr verschärfen kann. In einer nahen Zukunft wird die KPB unter den Bedingungen eines ausschliesslich gegen die Kommunisten gerichteten Regimes ihren Kampf führen müssen.

Das EKKI richtete an die KPB und den Vollzugsausschuss der Kommunistischen Balkanföderation einen besonderen Brief, in welchem es ihre Aufgaben im Zusammenhange mit den revolutionären Ereignissen in Griechenland bezeichnete.

Die unmittelbaren Aufgaben der Kommunistischen Partei Bulgariens sind: Kampf gegen die erstarkende Reaktion und die Kriegsgefahr; Schaffung einer breiten Einheitsfront der Arbeiter und Bauern; Propaganda der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung; Ausarbeitung einer konkreten Stellungnahme zur nationalen Frage und Stärkung des Bandes zwischen den Kommunistischen Parteien des Balkans.

KP Rumäniens.

Die KPR hat gleichfalls unter den rücksichtslosen Verfolgungen der herrschenden Partei zu leiden, obwohl sie noch nicht in die Illegalität gedrängt ist. Die rumänische Partei hat mit fast den gleichen Schwierigkeiten und Problemen zu tun wie die jugoslawische Partei. Die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation in Rumänien ist der Entwicklung einer gutgeführten KP ausserordentlich günstig. Die grossen Massen der revolutionär gestimmten Kleinbauern werden von der rumä-

nischen Bauernpartei geführt; der Einfluss der KPR auf diese Massen ist noch gering. Das EKKI kam auf Grund sehr genauer Untersuchung zu dem Schluss, dass auch die KPR noch nicht vollkommen im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses zu arbeiten vermochte. Die Exekutive hat sich daher in einem ausführlichen Schreiben an die KPR bzw. an die Balkanföderation gewendet, in welchem zu den Aufgaben der Partei Stellung genommen wird. Die soziale und wirtschaftliche Basis der rumänischen Regierung ist ausserordentlich schwach. Sie hat dem Parlament den Entwurf einer neuen reaktionären Verfassung vorgelegt. In erster Linie gegen den Kampf der rumänischen Bauernpartei, die gleichfalls sehr starke revolutionäre Tendenzen aufzuweisen hat, konnte die Regierung den Verfassungsentwurf durchbringen. Jetzt wird sie vermutlich den Kampf vor allem gegen die nationale Bewegung in den neuen Gebieten und gegen die KP aufnehmen. Das EKKI hat daher der KPR im Einvernehmen mit der Balkanföderation einige Vorschläge wegen der entsprechenden Vorbereitungen der sich ankündigenden grossen Kämpfe gemacht.

KP Jugoslaviens.

Die Versuche der vom 4. Weltkongress eingesetzten jugoslawischen Kommission, die Differenzen innerhalb der KPJ auszugleichen und die Voraussetzungen für eine sachliche und fruchtbringende Arbeit des ZK der KPJ zu schaffen, sind nicht erfolglos geblieben. Und auf die Tatsache, dass die Opposition zeitweise wenig Lust zeigte mitzuarbeiten und dass es andererseits dem ZK der KPJ nicht gelungen ist, eine praktische Verständigung mit der Opposition zu ermöglichen, ist es zurückzuführen, dass sich die Partei den gegenwärtigen grossen, politischen Aufgaben in Jugoslawien nicht ganz gewachsen zeigte. Die KPJ ist einer rücksichtslosen Unterdrückung und Verfolgung seitens der jugoslawischen Machthaber ausgesetzt. Da sich die Partei Jugoslaviens nur illegal betätigen kann, müssen wir uns im schriftlichen Bericht mit allgemeinen Bemerkungen begnügen.

In Slovenien ist es den Autonomisten gelungen, und zwar mit Hilfe einiger früherer Vertrauenspersonen der KPJ, die Arbeiterbewegung Sloveniens in den Dienst der autonomistischen Bestrebungen zu stellen. Es wurde die sogenannte „Partei der Werktätigen“ geschaffen, deren Führung vollständig in den Händen der Autonomisten liegt. Einige kommunistische Vertrauenspersonen, die diesen Verrat an der Arbeiterklasse mitmachten, haben sich hierbei auf die Beschlüsse des 4. Kongresses bezüglich der Grundsätze der proletarischen Einheitsfront berufen! Wie wir auf Grund der letzten Nachrichten feststellen können, hat das slovenische Proletariat das Spiel der Autonomisten durchschaut und die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Nach einer Konferenz, die vor einigen Wochen in Slovenien veranstaltet wurde, haben sich die Arbeitervertreter einstimmig gegen die Vereinigung mit den Autonomisten und gegen die zwei ehemaligen kommunistischen Führer energisch ausgesprochen, die in verräterischer Weise das Proletariat in das

Lager seiner Gegner führen wollten. Der Beschluss dieser Konferenz zeigt, dass die Partei trotz aller Schwierigkeiten, mit denen sie in Jugoslawien zu rechnen hat, doch imstande ist, die Arbeiterklasse den richtigen Weg zu führen und sie vor Irrwegen zu schützen.

Wie die letzten Wahlen in Jugoslawien zeigen, hat die kroatische Bauernpartei (Radic-Partei) die grössten Erfolge erzielen können. Diese Partei oder vielmehr deren Führerschaft, versteht es ausgezeichnet, das revolutionäre Empfinden grosser Schichten des Landproletariats auszunützen. In der Agitation bedient sich diese Partei einer revolutionären, antimonarchistischen Terminologie.

Im übrigen hat es das slovenische sowohl wie das kroatische Bürgertum verstanden, auch das nationale Empfinden der arbeitenden Massen geschickt auszunützen.

Die Exekutive hat der Bewegung in Jugoslawien eine grosse Aufmerksamkeit gewidmet; sie ist zur Ueberzeugung gelangt, dass die Partei aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können, nicht vollkommen imstande war, eine zweckmässige Verbindung vor allem mit den agrarischen Massen herzustellen, dem industriellen Proletariat die wirkliche Bedeutung der proletarischen Einheitsfront klarzumachen, zu den schwierigen nationalen Fragen Stellung zu nehmen und die notwendigen Losungen und Parolen zu formulieren.

Aus allen diesen Gründen hat sich das EKKI mit einem ausführlichen Brief an das ZK der KPJ gewendet, in welchem zu den hier erwähnten Problemen Stellung genommen wird. Zur jugoslawischen Konferenz hat das EKKI einen eigenen Vertreter delegiert.

Im übrigen ist es dem ZK der KPJ trotz aller Schwierigkeiten gelungen, einige Erfolge auf dem Gebiete der Gewerkschaftstätigkeit zu erringen. Ferner hat die Partei auf die Wahlbewegung Einfluss zu nehmen gesucht. Besondere Erfolge konnte sie in dieser Beziehung nicht erringen; das ist vor allem auf den ungeheuren Terror, mit dem in Jugoslawien die revolutionäre Bewegung rechnen muss, und zum andern Teil auf die oben angedeuteten Schwierigkeiten zurückzuführen.

KP Griechenlands.

Nach dem Zusammenbruch der militärischen Abenteuer Griechenlands haben die zur Macht gelangten Schichten vor allem den Kampf gegen den «inneren Feind», gegen die KPG aufgenommen. Wie in den übrigen Balkanländern auch, sind sich die ausbeutenden Klassen Griechenlands im Kampfe gegen die Kommunistische Bewegung einig. Auch zu den Aufgaben, mit denen die KPG zu tun hat, hat das EKKI in Verbindung mit der Exekutive der Balkanföderation Stellung genommen.

KP Polens.

Die Beschlüsse des 4. Weltkongresses sind von der Partei mit Befriedigung aufgenommen worden, was auf allen Bezirkskonferenzen zum Ausdruck kam. Die sogenannte „linke Opposition“, die früher ziemlich stark war, kam fast nicht mehr zum Vorschein. Zur Klärung

der Streitfragen (Einheitsfront und Agrarfrage) hat der Brief der Exekutive an die polnischen Genossen in hohem Masse beigetragen.

In Polen kam nach den Parlamentswahlen im November ein linksbürgerlicher Regierungsblock zustande (Bauernparteien, PPS, nationale Minderheiten) der aber dem sich immer offener organisierenden Faschismus und der chauvinistischen Hetze gegenüber die vollste Passivität bekundete. Dieses Verhalten bedeutet aber nur ein unverhülltes Kompromiss des rechten Bauernflügels mit der extremen Reaktion. Polen steht vor der Uebernahme der Gewalt durch eine Regierung Korfanty-Witos, die den Faschismus und extremen Nationalismus offen begünstigen wird.

Der erste Ansturm der Faschisten im Dezember hatte die Hege-
monie der polnischen Nation im Staate zur Losung. Die zweite Welle, die während der letzten Wochen über das Land ging, wendet sich hauptsächlich gegen Sowjetrussland und die Kommunistische Partei, den Fall Cieplak-Budkiewicz zum Ausgangspunkt nehmend. Die Faschistendemonstrationen arten in Judenpogromen aus.

Die Offensive des Kapitals wendete sich besonders gegen den achtstündigen Arbeitstag, das Koalitions- und Streikrecht, gegen die Rechte der nationalen Minderheiten; ihr Ziel ist die endgültige Liquidierung der „demagogischen“ Agrarreform.

Die wirtschaftliche Lage Polens wird durch das Wachsen des Staatshaushaltsdefizits als Folge der steigenden Militärlasten, Industriekrisen, durch eine seit Februar wachsende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Die Hauptaktionen der Partei sind: 1) Kampf gegen die Teuerung. Losungen: Erfassung der Sachwerte, Kornkontingentierung der Junker und Grossbauern zur Verteilung durch die Arbeiterorganisation. 2) Kampf gegen Kriegsgefahr und Militarismus. Losungen: Aufhebung des Bündnisses mit Frankreich und Rumänien, Handelsbeziehungen mit Sowjetrussland. Erfolgreiche Anwendung der Einheitsfront. Bildung eines allgemeinen Jugendarbeiterkomitees gegen Militarismus. 3) Organisation der Arbeitslosenaktion. 4) Aktion für die politischen Gefangenen. 5) Wahlaktionen: Krankenkassen- und Munizipalwahlen. 6) Kampf gegen den Faschismus und die Spaltungsmethoden der Amsterdamer. Losungen: Landtag der Betriebskomitees, Bildung von Arbeiterkomitees des Selbstschutzes, Gewerkschaftsdemokratie.

Zum bevorstehenden Parteitag sind Resolutions-Projekte vorbereitet worden. Die Losungen in der Agrarfrage: Der Boden für die Bauern. In der Nationalfrage: die Forderung des Selbstbestimmungsrechts.

Nach dem Kongress ist mit dem Beistand der Exekutive die Vereinigung mit der Dissidenten-Organisation Ostgaliziens und mit dem Kombund durchgeführt worden.

Die Verfolgungen waren stärker denn je: Schliessung von mehreren roten Gewerkschaften, gegen 30 politische Prozesse binnen 4 Monaten in 20 Städten. Von 290 wegen politischer Delikte Angeklagten wurden 120 zu 410 Jahren Gefängnis verurteilt.

KP Finnlands.

Die bürgerliche Diktatur in Finnland hat eher zu als abgenommen. Die Regierung ist zwar nicht direkt in Händen der Grosskapitalisten, sondern in den Händen der kleinbürgerlich-bäuerlichen Zentrumskoalition, die sich zum grossen Teil auch auf die sozialdemokratische Partei stützt. Tatsächlich führt diese Koalition aber im allgemeinen die von den Grosskapitalisten und Faschisten diktierte Politik aus. Trotzdem wird durch die Faschisten die Uebernahme der Diktatur in die eigenen Hände vorbereitet. Zu diesem Zwecke wurde im letzten Februar ein Faschistenbund gegründet, der die in sozialer Hinsicht etwas bunt zusammengesetzten «Metzgergarden» führen soll.

Für die Zentrumskoalition, die da erklärt, die Demokratie und die bürgerlichen Rechte zu vertreten, ist es bezeichnend, dass man immer noch über 800 Revolutionskämpfer aus dem Jahre 1918 und weitere 400 wegen kommunistischer Propaganda später Verurteilter gefangen hält, und dass neue Verhaftungen ohne Unterbrechung vorgenommen werden. Den Vertrauensleuten der gewerkschaftlichen Organisationen, der «Sozialistischen Arbeiterpartei», den Redakteuren, sogar den Reichstagsmitgliedern werden mehrere Jahre Zuchthausstrafen auferlegt, z. B., weil sie die Arbeiter in einem Arbeitskonflikt vertreten, zur Einheitsfront aufgefordert — das gilt in Finnland vor Gericht als «Hochverrat» —, zur Unterstützung der Hungernden in Russland beigetragen haben usw. Anfang April wurde der Jugendverband der revolutionären Arbeiter (mit 12.000 Mitgliedern) aufgelöst.

Eine entsprechende Offensive wurde auf ökonomischem Gebiete geführt. Die Löhne wurden gesenkt oder es wurde ihr Steigen mit dem Niveau der Kosten des Lebensunterhalts verhindert. Man versuchte, das Streikrecht zu begrenzen, die Streikbrecherorganisationen zu beschützen, den Achtstundentag abzuschaffen usw.

Gegenüber der ökonomischen und politischen Offensive des Kapitals war unter den Arbeitermassen eine allgemeine Tendenz zur Einheitsfront bemerkbar. Aus diesem Grunde machte die mit dem Kommunismus sympathisierende Sozialistische Arbeiter-Partei schon im Sommer 1921 Vorschläge zur Einheitsfront und wiederholte diese im Januar 1922. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei weigerte sich mitzumachen. Dennoch aber stellten sich viele sozialdemokratische Arbeiter zum Einheitsfrontgedanken sehr sympathisch. Im Januar d. J. musste die Parteileitung der Sozialdemokraten deshalb das erneute Angebot der Sozialistischen Arbeiterpartei zur Einheitsfront für die Befreiung der politischen Gefangenen annehmen. Es kam eine gemeinsame Demonstration zustande mit grossem Zulauf von seiten der Arbeitermassen, die in hohem Grade das Bürgertum nervös machte und zur gesteigerten Verfolgung führte. Als die Arbeiterpartei im Februar als Fortsetzung dieser Aktion den Sozialdemokraten den gemeinsamen Kampf gegen die politischen Verfolgungen und gegen die Faschistenbewegung vorschlug, lehnte die noskeitische Parteileitung dieses Anerbieten ab.

Die Reichstagsfraktion der Arbeiterpartei (27 Mitglieder von 200) setzt sich, bis auf einen, aus Handarbeitern zusammen. Sie vertra-

ten im Reichstage die Gedanken der revolutionären Arbeiterklasse in ihrer eigenen Sprache. Deshalb wurde offen unter dem Bürgertum die Austreibung dieser Fraktion aus dem Reichstage gefordert. Die Fraktion trat auch kühn gegen die sozialdemokratischen Verräter auf. Sie verstand auch, sich die Zerklüftung des bürgerlichen Lagers zunutze zu machen. Es war z. B. eine Ueberraschung für die Bourgeoisie, dass die Fraktion für die Bodenreform der Zentrumskoalition stimmte, womit sie die Kluft zwischen Grossgrundbesitzern und Kleinbauern vergrösserte.

Die Landesorganisation der Gewerkschaften hatte im Jahre 1921 den Beschluss gefasst, aus der Amsterdamer Internationale auszutreten und sich 1922 durch eine Urabstimmung im Prinzip für die Profintern erklärt. Jetzt drohen die Sozialdemokraten mit der Sprengung der Landesorganisationen und der Bildung einer eigenen Organisation und trafen praktisch schon die Massnahmen hierfür. Das Bürgertum unterstützt auf mancherlei Art diese Spaltungstendenzen, so zuletzt, indem der Arbeitgeberverband sich weigerte, bei Arbeitskonflikten mit «kommunistischen» Gewerkschaftsfunktionären zu verhandeln. Es ist zu hoffen, dass diese Einheitsfront des Bürgertums und der Sozialdemokraten keine Erfolge für diesen Block zeitigen wird, sondern dass im Gegenteil der im Mai stattfindende Kongress der Landesorganisation weiterhin die Einheit der Organisation und die proletarische Einheitsfront stärken wird.

Obenstehend wurde nur die legale Bewegung berührt. Eine kommunistische Bewegung wird in Finnland nicht legal zugelassen. Die Tätigkeit der finnischen kommunistischen Partei war deshalb ganz und gar illegal und muss hierbei unberücksichtigt bleiben.

KP Lettlands, Litauens, Estlands.

Die allgemeinen Verhältnisse, in denen die Komparteien der sog. Randstaaten zu wirken haben, weisen mehr oder weniger dieselben charakteristischen Merkmale auf. Die hier das Staatsruder haltenden Parteien des Grossbauerntums sowie Kleinbürgertums verfolgen mit ungewöhnlicher Barbarei und Wut die Kombewegung und zielen darauf hin, sie der mit der allergrössten Not und Aufopferung eroberten legalen Posten in der Arbeiterbewegung zu berauben.

Lettland. Nach den letzten Wahlen (November 1922), in denen die Sozialdemokraten 38% der Stimmen erhielten, kam die Bildung der sogenannten „grossen Koalition“, d. h. des Blocks der Rechten und Linken (reaktionären Bauernbundes und Sozialdemokraten) zustande. Kandidaturen der Arbeiterlinken wurden einfach liquidiert, ca. 800 Arbeiter verhaftet, die Kompartei völlig zur unterirdischen Tätigkeit verdrängt, ihr Mitgliederbestand unahaftsam durch Verfolgungen gemindert. Anfangs 1923 fand nach vier Jahren der erste Parteitag statt. Er beschloss, alle Beschlüsse des IV. Kongresses der Komintern zu bestätigen und sich ihnen unterzuordnen. Die Resolution über die Taktik hebt als wichtigste Richtlinie hervor: Kampf um die Einheitsfront, Arbeiterregierung, Einheit der Gewerkschaften sowie Kampf um die Eroberung der legalen

Posten. Die Resolution, die Agrarfrage betreffend, verlangt Uebergabe von Grund und Boden an die armen Bauern und unterstreicht die Notwendigkeit der Revolutionierung des Bauerntums. Der Parteitag bildete eine Kommission zwecks Bearbeitung des neuen Parteiprogramms bis zum nächsten Kongress der Komintern.

Litauen. Nach den Wahlen im Oktober 1922 und nachdem Polen und Juden sich aus dem Landtag zurückgezogen haben, haben die kleinkalen grossbäuerlichen Elemente, späterhin durch Nationale und SD verstärkt, die Regierung an sich gerissen. Kommunisten sind im Landtag durch 5 Abgeordnete vertreten. Die Faschisten, im Verein „Jäger“ (sauliai) organisiert, haben der bürgerlichen Demokratie den Kampf erklärt und drängen zur Diktatur. Die christliche Jugend veranstaltet Judenhetzen. Der Aufstand in Memel wurde mit Hilfe der Faschisten durchgeführt. Die Lage der Arbeiterklasse wurde durch Einführung neuer Valuta wesentlich verschlimmert. Die Kompartei entwickelt ihre Tätigkeit auf dem Boden der Einheitsfront, sie bemüht sich, ihren Einfluss in den Gewerkschaften, Genossenschaften und unter den Landarbeitern zu verstärken. Die Partei versucht ferner, die breiten Arbeiterkreise auf dem Boden des Kampfes gegen den Faschismus zu vereinen.

Estland. In Estland herrscht der gewaltsame Terror gegen die Kommunisten. Von den 154 Kandidaten während der Landtagswahlen 1921 und 6 Abgeordneten befinden sich nunmehr bloss 2 Komabgeordnete in Freiheit in Estland, die übrigen sind entweder geflüchtet oder verhaftet. Anlässlich der Wahlen im März wurden alle Zeitungen der Arbeiterlinken unterdrückt. Die in 10 Wahlbezirken von der Kompartei aufgestellten Kandidatenlisten wurden in ausgesprochenen Arbeiterbezirken wie Reval, Fellin und Wesenberg disqualifiziert. Da man keinen gesetzlichen Grund fand für die Unterdrückung des Arbeiterkandidaten Kreuks, wurde er ebenso wie vor einigen Wochen Kingissep meuchelmörderisch getötet.

Fortwährend finden Prozesse gegen Kommunisten statt, die mit harten Freiheitsstrafen oder Todesurteilen enden, wobei Kommunisten wie gemeine Verbrecher behandelt werden.

KP Spaniens.

Noch im Frühjahr und Sommer 1922 wütete in ganz Spanien die schwärzeste Reaktion. Erst gegen Ende des Jahres konnte die Arbeiterschaft etwas freier atmen.

Im November wurde der Nationalkongress der „Union General de Trabajaderes“ (Amsterdamer) abgehalten. Die Kommunisten besaßen eine kleine Minderheit. Als dieselbe versuchte, in einigen Fragen zu intervenieren, wurde ihr dies Recht verweigert. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen.

Die Confederacion Nacional del Trabajo (Syndikalisten) wird im Sommer dieses Jahres ihren Landeskongress abhalten. Sie zählt heute trotz des weissen Terrors über 250.000 Mitglieder. Die KP besitzt nicht unbedeutenden Einfluss. 40 der CNT angeschlossene Ge-

werkschaften erklärten ihre Uebereinstimmung mit dem Anschluss an die ISR.

Ein beträchtliches Hindernis für die politische Aktion der Partei bildet die anarcho-syndikalistische Tendenz eines grossen Teiles der revolutionären Arbeiterschaft. Innerhalb der Partei selbst ist die prinzipielle antiparlamentarische Strömung liquidiert, doch widersetzen sich manche Genossen der Teilnahme an den nächsten Parlamentswahlen, da die Partei ihrer Ansicht nach für den Wahlkampf noch zu schwach und nicht genügend organisiert sei. Dessen ungeachtet beschloss die Mehrheit, sich an den Wahlen zu beteiligen. Einige ausserhalb der Partei, aber zur weissen Herrschaft der Regierung in scharfer Opposition stehende Elemente stellten zu diesen kommenden Wahlen eine Liste auf mit ausschliesslich vom weissen Terror verfolgten Genossen als Kandidaten. Die KP wandte sich an die Exekutive der KI. Dürfte die KP einen Kandidatenposten in einer nicht von der Partei aufgestellten Liste annehmen? Die Exekutive antwortete in bejahendem Sinne, mit der Bedingung, dass der Kandidat offen als Kandidat der KP auftreten und für das Programm seiner Partei kämpfen kann.

KP Portugals.

Die KP Portugals bildete sich Ende 1920 aus Mitgliedern der „Federation de grupos Maximalistas“ und einigen mit der Russischen Revolution sympathisierenden anarcho-syndikalistischen Elementen. Noch mehr als in Spanien befindet sich die portugiesische Gewerkschaftsbewegung in den Händen der Anarchisten. Es werden jedoch in letzter Zeit Symptome eines Zersetzungsprozesses in den Reihen der Anarchisten bemerkbar. An dem im Oktober abgehaltenen Nationalen Arbeiterkongress wurde der Antrag zum Anschluss an die RGI mit 55 gegen 22 Stimmen bei 68 Enthaltungen zurückgewiesen.

Die KP besitzt heute 12 Sektionen mit zusammen 3.000 Mitgliedern. Die organisierte Arbeiterschaft in Portugal beträgt nur etwas über 100.000. Die Partei delegierte zum 4. Weltkongress. Im Mai 1923 soll ein Parteitag abgehalten werden.

V. Aus den politischen Briefen des Ekki.

Seit dem 4. Weltkongress hat die Komintern wiederholt zu den wichtigsten Problemen der Arbeiterbewegung Stellung genommen; in einer grossen Anzahl Briefe hat sie sich mit den taktischen Massnahmen verschiedener Sektionen beschäftigt. Die Ansichten, die die Exekutive der Komintern auf Grund ihrer bedeutenden Erfahrungen zu den wichtigsten politischen und organisatorischen Fragen äusserte, sind unseres Erachtens so lehrreich, dass sie allen Sektionen der Komintern vermittelt werden sollen. Aus diesem Grunde haben wir aus den politischen Briefen alle wichtigen Stellen herausgenommen und sie nach denjenigen Fragen geordnet, auf die sie sich beziehen. Da es sich in der Mehrzahl der Fälle um kritische Bemerkungen des EKKI handelt, haben wir die Namen der Genossen, die in den Briefen genannt sind, sowie die Namen der Sektionen, an die sie gerichtet sind, nicht abgedruckt.

Die Internationale und ihr Verhältnis zu den Sektionen.

«Das Proletariat kann nicht siegen ohne sich als Weltpartei organisiert und ohne eine Taktik entwickelt zu haben, die dem allgemeinen Charakter der Epoche entspricht. Um darüber zu wachen, dass keine der Parteien, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen sind, die nationalen Aufgaben über die internationalen stelle, dass in keiner die Besonderheiten der Lage über die allgemeinen Interessen siege, muss die Kommunistische Internationale in der Person ihres demokratischen Kongresses und ihrer demokratisch gewählten Exekutive das Recht besitzen, die Fehler einzelner Parteien zu korrigieren. Aber gleichzeitig ist es klar, dass das Proletariat keines Landes siegen kann, ohne sich selbst die kommunistischen Ideen und die kommunistische Taktik zu erarbeiten, ohne selbständig mit seinem Hirne die Fragen der Internationale und seiner Landespolitik zu durchdenken. Nicht auf Kadavergehorsam den Beschlüssen der Internationale gegenüber soll die Politik der einzelnen Parteien gegründet sein, sondern auf das durch Tatsachen geschaffene Vertrauen, dass die Vertretung aller proletarischen Parteien mehr Erfahrung und mehr Weitblick hat, als jede Partei besonders genommen.

Dass die Kommunistische Internationale auf dieses Vertrauen Anspruch haben kann, ergibt sich aus den einfachen Tatsachen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung der letzten fünf Jahre. Die Kommunistische Internationale ist entstanden aus den Elementen, die in allen Ländern die Folgen des Weltkrieges vorgesehen und das Proletariat schon während des Krieges für den revolutionären Kampf gewappnet haben. Ist es ein Kadavergehorsam oder ist es ein auf Erfahrung gegründetes Vertrauen, wenn die französische Partei mit Cachin an der Spitze, wenn die tschechische Partei mit dem Gen. Smeral an der Spitze, einsieht, dass nicht sie im Rechte waren, als sie im Lager des Sozialpatriotismus standen, als sie behaupteten, dass, wer auch siegen mag, das Proletariat aus dem Kriege besiegt herausgehen wird. Ist es ein Kadavergehorsam oder ein auf Erfahrung gegründetes Vertrauen, wenn die gesamte Internationale behauptet, die Kommunistische Partei Russlands habe im fünfjährigen Kampfe um die Erhaltung der Sowjetrepublik am meisten revolutionäre Erfahrungen gesammelt? Ist es ein Kadavergehorsam oder ein auf Tatsachen gestütztes Vertrauen, wenn die deutschen kommunistischen Arbeiter sich sagen, dass die Kommunistische Internationale ihnen geholfen hat, gleichsam die Gefahren des übereilten Losstürmens der revolutionären Minderheit, wie sie in der Märzaktion zutage getreten sind, zu verstehen, wie die Gefahren zu würdigen, die daraus entstanden sind, dass eine Anzahl von Parteiführern, wie Levi, die ersten Niederlagen der Revolution zum Anlass nahmen, um die Flinte ins Korn zu werfen und zu den Feinden des Proletariats, zu den Sozialdemokraten, überzugehen. Ist das ein Kadavergehorsam oder ein auf bittere Erfahrungen gegründetes Vertrauen, wenn Genosse Serrati seine Partei der Kommunistischen Internationale zurückführt, nachdem er sich überzeugt hat, wie sehr die Exekutive im Recht war, als sie ihm und seiner Partei sagte, dass man keinen revolutionären Kampf führen kann, wenn man nicht mit den Reformisten, den Turati, Treves und D'Arragonas bricht.

Nicht auf Grund der Kooptierung, wie Genosse B. behauptet, wird die Exekutive der Komintern gewählt, sondern auf Grund der praktischen Auslese, auf Grund der Erfahrungen, die die Komintern in allen Ländern sammelt. Die Behauptung, der Kongress kenne nicht die Führer der einzelnen Parteien, die er wählt, er folge blind den Vorschlägen der Exekutive, ist eine Beleidigung der gewählten Vertreter aller Kommunistischen Parteien, die sich auf dem Kongress versammeln. Wenn die Delegationen der Kommunistischen Parteien, die Auslese dieser Parteien, nicht so weit sind um zu wissen, welche Führer des internationalen Proletariats die besten sind,—wie kann man überhaupt von der internationalen Politik des Proletariats sprechen? Natürlich können in der Wahl einzelner Genossen Fehler gemacht werden, aber es ist klar, dass, wenn die internationale Arbeiterbewegung eine internationale Leitung haben soll, diese Leitung als Ganzes das Vertrauen des Kongresses besitzen und von ihm gewählt werden muss.

Die Exekutive ist natürlich nicht unfehlbar. Im Bewusstsein dessen hat sie immer die Fehler zugestanden, wenn einzelne ihrer Schritte sich als solche erwiesen haben. Aber indem sie sich den Versuchen einer sehr energischen Minderheit entgegengesetzt hat, die den Austritt

aus den Gewerkschaften propagierte, indem sie schon am Anfang des Jahres 1921 entgegen energischen Minderheiten eingesehen hat, dass die erste Welle der Revolution in Westeuropa vorüber ist, dass es vorerst gilt, die Proletarier zu sammeln zur Abwehr der Offensive des Kapitals, hat die Kommunistische Internationale bewiesen, wie lächerlich die Behauptung ist, als ob ihr die Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes des westeuropäischen Proletariats fehle. Natürlich gilt es, die Verbindungen der Exekutive mit den einzelnen Parteien zu verstärken, natürlich müssen die einzelnen Parteien sie dauernd an die Besonderheiten der Lage in ihrem Lande aufmerksam machen. Nur auf diesem Wege kann sie fähig sein, das ganze Kampffeld zu übersehen. Aber diese Aufgaben werden erfüllt nicht durch eine Lockerung, sondern durch eine Festigung des Bandes zwischen den einzelnen Parteien der Internationale und ihren führenden Organen. Nicht absoluter Zentralismus und nicht Föderalismus, sondern die Autonomie der einzelnen Parteien in dem Rahmen und auf dem Boden der Internationale, die wir zur Weltpartei des Proletariats ausbauen wollen. Dieses Ziel haben wir uns gestellt seit dem ersten Tage des Bestehens der Kommunistischen Internationale. Es ist noch nicht erreicht. Es wird erst erreicht, wenn das Weltproletariat gemeinsam in Massenaktionen gegen den gemeinsamen kapitalistischen Feind aufmarschiert. Nur im Feuer des revolutionären internationalen Kampfes wird es sich zu einer wirklichen einheitlichen Armee zusammenschweissen. Wer aber will, dass es in diesen Kampf möglichst einheitlich eintritt, der muss in jedem Augenblick versuchen, die höchste erreichbare Einheitlichkeit der Kampfweise und der Organisation des Proletariats zu erreichen.

«...Die Kommunistische Internationale muss eine feste, einheitliche Weltorganisation werden, um siegen zu können. Die II. Internationale war eine lose Parteigruppierung und ist das auch jetzt noch. Sie ist ein Freihafen für den föderalistischen Selbstdünkel jeder Partei und jeder Gruppe. Die Kommunistische Internationale hat eine ernste Aufgabe. Ihre Leitung muss hie und da auch in innere Angelegenheiten der einzelnen Parteien eingreifen, und es dürfen—wie der letzte Weltkongress erklärte—keinerlei Zweifel darüber statthaben, ob das ihr Recht ist. Die nationalen Sektionen ihrerseits sollen durch ihre Vertreter auf den Kongressen der KI und in den Sitzungen der Erweiterten Exekutive die Beschlüsse fassen. Darauf sollen aber die gefassten Beschlüsse der Internationale von ihren Organisationen strikte ausgeführt werden. Eine andere Art führt die Bewegung nur zu internationaler und nationaler Dësorganisation und Ohnmacht».

Die nationale Frage.

„Die Parole: „Selbstbestimmungsrecht aller Nationen“ war auch ein Programmpunkt der 2. Internationale. Die Kommunistische Internationale hat aber diese Frage ganz anders behandelt, als das z. B. im Erfurter Programm der Fall war. Für uns Kommunisten handelte es sich dabei nicht um ein blutleeres, seichtes Wort. Wir sind uns bewusst, das sogenannte Prinzip „Gleichberechtigung der Nationen“ bei den

Sozialdemokraten und der 2. Internationale sehr oft zu einer frommen, leeren Phrase wurde und deshalb stellte der 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale diese Frage ganz anders.

Schon vor der Oktober-Revolution 1917 stellten die Bolschewiki die Frage „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ folgendermassen. Die Bourgeoisie und der Adel der sogenannten vorherrschenden grossrussischen Nation unterdrückten nicht nur ihr „eigenes“ Volk, sondern ganz besonders auch alle übrigen nicht grossrussischen Nationen. Die letzteren also, d. h. die unterdrückten Nationen, seufzen unter einem doppelten Joche: 1. werden sie von ihrer einheimischen Bourgeoisie und dem Adel unterdrückt und 2. werden sie unterdrückt von der privilegierten Klasse der vorherrschenden Nation. Ein solcher Zustand währte in Russland nicht nur jahrzehnte-, sondern jahrhundertlang. Es ist klar, dass sich in dieser Zeit eine grosse Unzufriedenheit und unendlicher Hass gegen die vorherrschende Nation bei den unterdrückten Völkern angesammelt hat. Es ist weiterhin klar, dass die Bourgeoisie und der Adel der unterdrückten Nationen mit allen Mitteln versuchen, den Klassenhass der Arbeiter und Bauern dieser Nationen von sich ab- und auf die vorherrschende Nation zu lenken. Welche Aufgaben haben dabei die revolutionären Proletarier, die Kommunisten? Selbstverständlich sind wir in erster Linie Internationalisten. Wir wissen, dass die Bourgeoisie der vorherrschenden Nation ebenso wie die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen unsere Klassenfeinde sind. Wir wollen einen Proletarierstaat errichten, in dem es keine nationale Feindschaft geben wird. Wir wollen nicht eine Anzahl kleiner, hilfloser Proletarierstaaten, sondern einen grossen, einheitlichen Proletarierstaat schaffen. Aber der Weg zu diesem Ziel ist lang. Die erste Voraussetzung für den Sieg auf diesem Wege ist die Beseitigung des nationalen Misstrauens unter den Arbeitern und Bauern selbst. Dabei haben die Proletarier, die zur sogenannten vorherrschenden Nation gehören, eine besondere Aufgabe. Sie müssen den Proletariern und besonders den Bauern der unterdrückten Nationen zeigen und durch Tatsachen beweisen, dass sie ernstlich gewillt sind mit der bürgerlichen Tradition der nationalen Unterdrückung zu brechen. Das einzige Mittel, dies zu erreichen, besteht darin, dass wir den Arbeitern und Bauern der unterdrückten Nationen im Namen unserer Partei erklären: Falls wir, die Proletarier, gesiegt haben, werden wir keine einzige Nation zwingen, in unserem—wenn auch proletarischen—Staate zu verbleiben, sondern wir werden jeder Nation die volle Möglichkeit geben, das Selbstbestimmungsrecht wirklich auszuüben, d. h. wenn sie es wünscht, sich vom gemeinsamen Staate zu trennen und sich als selbständiger Staat zu konstituieren. Daher die Parole der bolschewistischen Partei: Selbstbestimmungsrecht der Nationen sogar bis zur Bildung eines selbständigen Staates.

Die russischen Menschewiki, von der russischen Bourgeoisie schon gar nicht zu sprechen, schrien gegen die Bolschewiki, dass sie durch diese Parole den „Zerfall“ Russlands als Staat vorbereiten. Die Bolschewiki haben sich jedoch durch dieses Geschrei nicht einschüchtern lassen. Sie haben planmässig jahrelang diese Parole verteidigt und erreicht, dass noch vor der Oktober-Revolution breite Massen der unterdrückten Nationen sich gegen die nationalistische Kerenski-Regierung gewandt und

die Bolschewiki unterstützt haben. Es ist durch die Praxis einer grossen Revolution bewiesen, dass durch eine derartige Stellungnahme einer siegreichen proletarischen Partei kein Zerfall des Staates eintritt, sondern umgekehrt: dass durch eine solche gradlinige Politik das nationale Misstrauen beseitigt wird und an dessen Stelle wirkliches Vertrauen breiter Massen verschiedener Nationen zueinander tritt“.

Partei und Gewerkschaft.

A. Zur Frage der organisatorischen Selbständigkeit.

«Die Gewerkschaften können in keinem Lande eine besondere selbständige Arbeiterpartei ersetzen. Die Rolle der Gewerkschaften im proletarischen Klassenkampf ist eine andere, als die der Partei. Die Rolle der Gewerkschaften setzt voraus, dass sie eine Organisation aller Arbeiter ist, die überhaupt organisationstüchtig sind. Die Partei dagegen, soweit sie eine revolutionäre Arbeiterpartei sein soll, vereinigt in sich nur die zum klaren Klassenbewusstsein erwachten Proletarier, die ausserdem politisch aktiv genug sind, um an der kommunistischen Parteiarbeit regelmässig teilzunehmen. Die Partei soll eine politisch-leitende Organisation des Proletariats sein, seine festgefügte Avantgarde im revolutionären Klassenkampf. Die notwendige organisatorische Verselbständigung der Partei soll natürlich nicht die Trennung der Parteimitglieder von den Gewerkschaften, den Austritt aus diesen oder das Aufgeben der Gewerkschaftsarbeit veranlassen. Die feste Verbindung der Parteimitglieder bei ihrer revolutionären Arbeit mit den grossen Massen der gewerkschaftlichen Organisationen ist bei Euch eine starke Seite bei dem im übrigen unentwickelten Zustande Eurer Parteiorganisation gewesen. Diese tatsächliche innige Verbindung soll keineswegs abgeschafft werden. Euere Parteimitglieder sollen auch weiterhin Mitglieder der Gewerkschaften bleiben und sogar noch allgemeiner und noch energischer als bisher in der gewerkschaftlichen Bewegung arbeiten. Sie sollen aber in dieser wie in all ihrer übrigen Tätigkeit nach den Beschlüssen der Parteiorganisationen und Parteiorgane handeln, sich von diesen, nicht von den gewerkschaftlichen Organisationen leiten lassen, natürlich ohne jedoch die gewerkschaftliche Disziplin zu verletzen. Sonst ist es der Partei unmöglich, sich als eine wirkliche Avantgarde des revolutionären Klassenkampfes zu bestätigen.

B. Die individuelle Parteimitgliedschaft.

«Manche Genossen befürchten, dass der Uebergang der Partei zur individuellen Parteimitgliedschaft die Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften schwächen wird. Andere befürchten umgekehrt, dass die Partei mechanisch die Gewerkschaften zu leithammeln versuchen wird und dass daraus grosse Gefahren entstehen können. Die erste der genannten Gefahren wird bestehen, wenn die Partei ohne agitatorische Vorbereitungen, ohne organisatorische Uebergangsstufe an einem Tage

den Uebergang von dem kollektiven zum persönlichen Mitgliedschaftsprinzip übergehen würde. Niemand will das. Die Komintern schlägt es nicht vor. Besteht aber die zweite Gefahr? Sie könnte nur in einer Partei entstehen, deren Führer mit den Gewerkschaften nicht verbunden wären, deren Führer nicht imstande wären, die Auffassungen der Komintern über das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu den Gewerkschaften in der Praxis anzuwenden. Eine mechanische Leithammelei der Gewerkschaften ist nicht nur unvernünftig, sondern sie ist unmöglich. Warum sollten sich die Gewerkschaften leithammeln lassen? Sie werden den Kommunisten folgen, wenn die Kommunisten die besten Kämpfer auf dem Gebiete des ökonomischen Kampfes sind, wenn sie die besten gewerkschaftlichen Organisatoren sind, wenn sie durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beweisen, dass die Gewerkschaften am besten unter ihrer Leitung fahren. Ist das aber der Fall—und ist es in . . . der Fall, sonst würden doch die Gewerkschaften damit nicht einverstanden sein, die Grundlage der Arbeiterpartei zu bilden—so ist der Boden gegeben zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit der Kommunistischen Partei mit den Gewerkschaften.

Die Partei kann nicht isoliert von den Gewerkschaften leben. Eine «aktionsmässige Unabhängigkeit» der beiden Zweige der Arbeiterbewegung kann nicht die Losung der revolutionären Arbeiterbewegung sein. Sie ist seit langem in verschiedenen Ländern die Losung der Reformisten, die nur parlamentarische Reformpolitik als die Aufgabe der Arbeiterpartei und eine eng-gewerkschaftliche Reformarbeit als die Aufgabe der Gewerkschaften anerkennen. Die revolutionären Massenaktionen des Proletariats wollen diese Leute aus der Welt schaffen. In diesen Massenaktionen gilt es aber als erste Vorbedingung jeden Erfolges, dass die Partei und die Gewerkschaften zusammen, im engen Bündnis, vollkommen einheitlich auftreten, denn jede Lücke an der Front des Proletariats würde von seinen Klassenfeinden ausgenützt werden. Soll dieses Bündnis zwischen der Partei und der Gewerkschaftsbewegung etwas mehr als eine leere Phrase sein, so bedeutet es eine tatsächliche, und zwar eine gegenseitige und enge Zusammenarbeit, nicht eine Unabhängigkeit.

Organisatorisch sollen die politische wie die gewerkschaftliche Bewegung durchaus selbständig und formal soll jede ganz frei in ihren Beschlüssen sein; faktisch sollen sie aber mit einander intim verbunden sein. In der Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung wird diese intime Verbindung dadurch aufrecht erhalten, dass die Parteimitglieder gleichzeitig den Gewerkschaften angehören und dort nach den Direktiven der Partei im Rahmen der Gewerkschaftstatuten wirken. Dieser kommunistische Brauch scheint dem . . . nicht zu gefallen. Aber was denn? Unsere Parteimitglieder sollen ja doch nicht wider die Parteibeschlüsse in den Gewerkschaften handeln. Oder sollte die Partei überhaupt dem Recht entsagen, ihren Mitgliedern Direktiven für ihre gewerkschaftliche Arbeit zu geben? Das ist in der Tat die Forderung der Reformisten, die die gewerkschaftliche Arbeit künstlich von der Parteiarbeit trennen und die Souveränität der Gewerkschaftsbürokratie bewahren wollen. Den Kommunisten aber gilt die gewerkschaftliche Arbeit nur als ein besonderer Zweig des Klassenkampfes, als nichts Fremderes oder weiter Abliedendes als die Arbeit in den Wahlkampagnen oder im

Parlament, als die Arbeit in den Reihen des Militärs oder als irgend eine andere revolutionäre Arbeit. Es ist deshalb durchaus verständlich, dass die Kommunistische Partei auch die gewerkschaftliche Arbeit ihrer Mitglieder verfolgt und ihnen zur Anleitung Richtlinien für diese Arbeit zeichnet, natürlich mit Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse und der eigenen Beschlüsse der Gewerkschaftsbewegung. Nach diesen Richtlinien handelnd, erkennen die Kommunisten den Gewerkschaften vollständig das Recht der freien Beschlussfassung zu und unterwerfen sich der gewerkschaftlichen Disziplin. Sie versuchen aber, in jeder einzelnen Frage, die Gewerkschaften dazubringen, den kommunistischen Standpunkt anzunehmen.

Es ist vollkommen klar, dass es sich hier um keine Ueberordnung oder Unterordnung handelt, sondern um etwas mehr: um den tatsächlichen ständigen Einfluss der KP in der Gewerkschaftsbewegung auf Grund der Zahl der Mitglieder, auf Grund ihrer Autorität und ihrer Ueberzeugungskraft, auf Grund der Richtigkeit ihrer jeweiligen Stellungnahme und der Tüchtigkeit ihrer revolutionären Arbeit. Nur durch diesen lebendigen Einfluss wird die einheitliche Leitung des revolutionären, proletarischen Klassenkampfes sicher gestellt.

„...Euere Parteileitung hat sich nicht prinzipiell gegen die Einführung der individuellen Mitgliedschaft ausgesprochen. Sie hat nur die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung und sorgfältigen Durchführung dieser Reorganisation betont und aus diesem Grunde ihre Durchführung immer weiter verschoben. Das EKKI verleugnet durchaus nicht die Wichtigkeit einer zweckmässigen Vorbereitung dieser Reform. Euer Parteivorstand hat aber bisher zu dieser Vorbereitung äusserst wenig, beinahe gar nichts getan. Einige örtliche Organisationen der Partei haben sich zwar aus eigener Initiative entweder schon umgebildet oder tatsächliche Vorbereitungen zu diesem Zweck getroffen. Euer Parteivorstand hat sich aber zu dieser Frage schon zwei Jahre lang in einem Grade passiv verhalten, dass, in diesem Tempo fortgesetzt, die Neuorganisation überhaupt nicht in absehbarer Zeit zum Resultat gelangen würde. Die KI verlangt auch jetzt nicht, dass diese Aufgabe von Euch ohne Vorbereitungen und ohne Vorsicht ausgeführt werden soll. Würdet Ihr diese wichtige Aufgabe so überstürzt erledigen, dass Euere Partei schon in zwei, drei Monaten zwar überall nur individuell angeschlossene Mitglieder haben würde, aber gleichzeitig vielleicht vier Fünftel ihrer gegenwärtigen Mitgliederzahl verloren hätte, so wäre es offensichtlich, dass Ihr die vom Weltkongress Euch erteilte Aufgabe verfehlt und ungeschickt ausgeführt hättet.

Verfehlt wäre es, sich zu begnügen mit der Bildung kommunistischer Arbeitsgruppen in den Gewerkschaften und teilweise auf den Arbeitsplätzen. Diese Arbeitsgruppen sollten nach der Meinung Eueres Parteivorstandes die Grundlage eines zukünftigen, auf der individuellen Mitgliedschaft aufgebauten Parteivereines am Orte bilden; der Uebergang zur neuen Organisationsform würde erst dann erfolgen, wenn die Arbeitsgruppen eine genügende Festigkeit erreicht hätten.

Dieser Plan Eueres Zentralvorstandes hat erstens einen organischen Fehler. Die kommunistischen Arbeitsgruppen oder Fraktionen in den Gewerkschaften sind zwar geeignet, nützliche Arbeitsorgane der Partei auf

dem Gebiete der intensiven gewerkschaftlichen Tätigkeit zu werden; solche Gruppen soll man gewiss auf diesem Gebiet wie auch auf anderen Gebieten unserer Parteitätigkeit mit allem Eifer organisieren. Sie sind aber nicht geeignet, zur Grundlage oder zu Bestandteilen der allgemeinen Parteistruktur zu werden. Eine Parteiabteilung soll nicht an eine einzelne Gewerkschaft oder an einen einzigen Zweig der Parteiarbeit gebunden sein, sondern die verschiedensten Aufgaben zusammenfassen. Sie soll die allgemeine Organisation der Kommunisten im Orte (in einer Stadt oder in einem Stadtteil, in einer ländlichen Gemeinde oder in einem Dorf) sein. Diese örtliche Parteiabteilung („Ortsgruppe“ in Deutschland, „Kommune“ in Schweden usw.) kann unter Umständen aus noch kleineren Bestandteilen bestehen, in letzter Linie aus den Parteiabteilungen der einzelnen Betriebe („Zellen“ in Russland). Auch jede einzelne dieser kleinsten Parteiabteilungen soll sich mit all den verschiedenen Seiten der kommunistischen Parteitätigkeit beschäftigen, nicht nur mit einer speziellen Seite, wie eine Arbeitsgruppe.

In dem Plane Eueres Zentralvorstandes steckt ein ganz richtiger Gedanke, nämlich der, dass der Uebergang zur individuellen Mitgliedschaft durch die Heranziehung der Parteimitglieder zur aktiven Parteitätigkeit vorbereitet werden muss. Die Steigerung der Aktivität der Parteimitglieder ist aber keine formale Organisationsaufgabe, die durch die blosse Bildung der Arbeitsgruppen zu lösen wäre. Die dauernde Tätigkeit der Arbeitsgruppen setzt schon—ausser der regelmässigen Erteilung konkreter Arbeitsaufgaben an die Mitglieder durch die Leitung—einen relativ hohen Grad der Aktivität und Gewöhnung der Mitglieder an regelmässige Leistung der Parteiarbeit voraus. Diese Angewöhnung soll in den meisten Fällen zuerst durch ihre wiederholte Heranziehung zur Ausführung mehr gelegentlicher Arbeitsaufgaben erreicht werden. Solange die meisten der Mitglieder Euerer Partei sich in erster Linie und unmittelbar als Gewerkschaftsmitglieder und nur mittelbar sich als zugehörig zur Partei empfinden, solange sie in keiner eigentlichen Parteiorganisation organisiert sind, ist es utopisch, von ihnen eine allgemeine rege Teilnahme an der Parteiarbeit in den besonderen Arbeitsgruppen zu erwarten. Ein kleiner Teil kann ohne Zweifel sofort zur Tätigkeit in den Arbeitsgruppen herangezogen werden, nach einem Jahre vielleicht schon einige Tausende, wenn Euerer Parteileitung sehr energisch die Gruppentätigkeit organisiert. Aber bei der Durchführung der individuellen Mitgliedschaft habt Ihr eine viel breitere Aufgabe. Hier gilt es, nicht einige Tausende, sondern Zehntausende von Mitgliedern im Laufe eines Jahres in festgefügte örtliche politische Organisationen, in selbständige Ortsgruppen der Partei zu organisieren.

Um diese Aufgabe gut ausführen zu können, ist es nach der Meinung des EKKI zuerst notwendig, ohne Verzögerung eine allgemeine Parteiabteilung mit individueller Mitgliedschaft in jeder Stadt zu gründen, in der gegenwärtig keine derartige Organisation existiert. In kann es möglicherweise besser sein, schon von Anfang an verschiedene Parteiabteilungen für verschiedene Stadtviertel zu bilden. Je nach Bedarf soll man solche Organisationen auch auf flachem Lande sofort gründen. Diese örtlichen Parteiabteilungen können und sollen vorläufig neben den bisherigen gewerkschaftlichen Parteiabteilungen fungieren.

C. Zur Frage der Einheitsfront.

„Die Art, wie die Sektionen die Beschlüsse des IV. Kongresses durchführen, d. h. die Taktik unserer Sektionen kann verschieden sein, sie richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen der verschiedenen kapitalistischen Staaten, nach der Stärke der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien usw. Die erste entscheidende Aufgabe aller unserer Sektionen besteht darin, immer grösseren Einfluss auf die breiten Massen der arbeitenden Klassen zu gewinnen. Dieser grossen Aufgabe muss unsere Taktik angepasst sein, und zwar so, dass wir uns keine Verletzung der grundsätzlichen Beschlüsse des Weltkongresses der KI zuschulden kommen lassen. An die Massen können wir nur herankommen, wenn wir es verstehen, uns um ihre täglichen Sorgen zu kümmern und ihnen zu zeigen, dass wir nicht nur den guten Willen haben, sondern auch fähig sind, auf die Führung ihrer wirtschaftlichen Kämpfe entsprechenden und entscheidenden Einfluss zu nehmen. Einen solchen Einfluss können wir nur ausüben, wenn wir es verstehen, die besten Verbindungen mit den Gewerkschaften, diesen Massenorganisationen der Arbeitenden, herzustellen. Auf Grund sorgfältiger Studien der besonderen Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen sollen unsere Sektionen bzw. die Kreise oder Bezirksorganisationen die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften organisieren. Die Fraktionen, die in den Amsterdamer Verbänden tätig sind, sollen immer rechtzeitig und gründlich die Fragen vorbesprechen und durchberaten, die auf den Gewerkschaftsversammlungen (Kartellsitzungen u. dgl. m.) behandelt werden. Nur auf diese Weise können Abänderungsanträge oder sonstige Vorschläge unserer Fraktionen ernst genommen werden. Wenn unsere Anträge schlecht vorbereitet, wenig durchdacht sind, dann machen wir es den Amsterdamer Sekretären sehr leicht, gegen unsere Anträge Stellung zu nehmen, ja wir können es auch auf diese Weise jenen Gewerkschaftsvertrauensmännern, die mit uns sympathisieren, sehr schwer machen, sich für die Anträge der Kommunistischen Fraktion einzusetzen“.

«Euere Partei ist schon ein bedeutender Faktor in dem politischen Leben. Sie soll verstehen, sowohl zu kämpfen wie auch zu manövrieren. Sie soll nicht nur mit Worten Agitation treiben, sondern vor allem Massenaktionen leiten. Dass Genosse... durch die parlamentarische Tätigkeit die Interessengegensätze zwischen den Kapitalisten und den Grossgrundbesitzern einerseits und den bäuerlichen Schichten andererseits ausnützen wollte, wurde von einigen scheinbar «radikalen» Genossen als gefährlicher Opportunismus und Reformismus angesehen. Das war durchaus falsch. Der Gedanke des Gen... ist prinzipiell ganz richtig und marxistisch. Natürlich können bei der Anwendung dieser Taktik der Absplitterung der bürgerlichen Front sehr leicht auch unseren Führern Entgleisungen vom richtigen Wege passieren. Aber trotz dieser Gefahr ist es äusserst wichtig in der Führung des proletarischen Klassenkampfes sowohl im Parlament wie auch anderswo darauf hinzuzielen, dass die werktätigen Bauern und die halbproletarischen Schichten auf dem Lande sich einem Bündnis mit dem revolutionären Proletariat nähern. Solange die bäuerliche Bevölkerung noch blind dem Fahrwasser der kapitalistischen Parteien folgt und

in allerlei Organisationen der Arbeitermörder angeworben werden kann ist es unsicher, ob der Kampf des Proletariats um die Macht mit dem Sieg oder einstweilen mit einer Niederlage enden würde. Darum wurde auch in der Resolution des internationalen Kongresses die Wichtigkeit der Abspaltung der Bauern von der kleinbürgerlichen Front besonders betont. Die Kritiker dieses Standpunktes, die ihm gegenüber einen scheinbar «rein proletarischen Klassenkampf» befürworten, glauben vielleicht selbst, dass sie radikaler und revolutionärer sind. Das ist aber nur ein radikaler Irrtum, der schon durch die Erfahrung in mehreren Ländern objektiv als eine zur Vermeidung des revolutionären Kampfes und seiner ernstesten Vorbereitung dienende Maske erkannt worden ist. Das Proletariat wird und soll natürlich eine Hegemoniestellung in dem ganzen Prozess der bevorstehenden sozialen Revolution haben. Das Proletariat wird die Macht erobern, es wird seine Diktatur errichten und es wird eine neue Produktionsweise und ein neues Gesellschaftssystem aufbauen. Das alles wird aber das Proletariat im Bündnis mit den anderen Schichten der arbeitenden Bevölkerung vollziehen.“

Der demokratische Zentralismus.

„Die Freiheit der Meinungsäußerung bedeutet im Rahmen unserer Partei selbstverständlich nicht, dass jeder Genosse das Recht hat, in der Parteipresse ohne Rücksicht auf die bürgerliche und sozialdemokratische Presse über alles das zu schreiben, was ihm an der Tätigkeit der Partei oder ihrer Instanzen nicht entspricht. Was immer unsere Mitglieder und besonders unsere Funktionäre sprechen oder schreiben, muss diktiert sein von der Rücksicht auf das Ansehen unserer Partei und ihrer Arbeit“... „Taktische oder prinzipielle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei sollen aber in der Parteiöffentlichkeit nicht verschwiegen werden. Unsere Parteipresse muss für die sachliche Diskussion der Probleme der Arbeiterbewegung genügend Raum finden. Voraussetzung für diese erspriessliche Diskussion ist, dass sich alle, die sich an ihr beteiligen, ihrer Verantwortung als Vertrauensperson der KP bewusst bleiben“.

... „Der demokratische Zentralismus ist nicht als eine starre Formel im Sinne militärischer Disziplin aufzufassen. Die KP hat die für die Entwicklung der revolutionären Bewegung entscheidende Aufgabe zu erfüllen, auf die breiten Massen der Arbeitenden den grösstmöglichen Einfluss zu gewinnen. Um an die Massen heranzukommen, muss die KP die Bedingungen, unter denen sich in einem bestimmten Staate die Klassegegensätze und in Kämpfe entwickeln, berücksichtigen“...

Die Bedeutung der internationalen Konferenzen.

«Die vielen bürgerlichen Konferenzen der letzten Zeit, z. B. in Genua, im Haag, in Lausanne usw., ganz abgesehen davon, welches Ergebnis diese Konferenzen hatten, sind doch ein schlagender Beweis dafür, dass in der gegenwärtigen Zeit sich kein einziges mehr oder weni-

ger bedeutendes Problem im nationalen Masstabe lösen lässt. Das gesamte öffentliche Leben ist im noch nie dagewesenen Grade internationalisiert.

Wenn das für die bürgerliche Reaktion der Fall ist, so umso mehr für die proletarische Revolution. Alle kommunistischen Parteien haben längst die Notwendigkeit der Koordination ihrer Tätigkeit und ihrer politischen Kampagnen im internationalen Masstabe erkannt. Aber von den Worten bis zur Tat ist ein langer Weg. Diese internationale Koordination, wenn auch in ganz bescheidenem Umfange, praktisch durchzuführen, ist keine leichte Aufgabe. Gerade jetzt, wo der Prozess der Bildung der nationalen kommunistischen Sektionen (Parteien) fast vollendet ist, stehen wir als Internationale dicht vor der Lösung der Frage der internationalen Koordination. Wir müssen jetzt praktisch lernen, eine solche Koordination nicht auf dem Papier, sondern in der Tat zu verwirklichen, und das ist keine leichte Aufgabe. Es ist daher klar, dass unsere internationalen Beratungen und Konferenzen, die aus diesem oder jenem praktischen Anlass stattfinden, keinesfalls nur Konferenzen der Dekoration oder sogar Demonstration und internationalen Diplomatie werden dürfen. Die Aufgabe solcher internationalen Beratungen muss jetzt darin bestehen, zäh und systematisch dahin zu arbeiten, dass eine Einheitlichkeit der Methoden, der praktischen Schritte und der Vorbereitungen zu grösseren Kämpfen geschaffen wird. Die praktischen Resultate werden zunächst sehr bescheiden sein. Aber nur in der Praxis werden wir unsere Fähigkeiten, internationale Kampagnen zu führen, entwickeln.»

Resolution zu den taktischen Differenzen in der KPD.

Anmerkung.

Wir haben im allgemeinen den Grundsatz beobachtet, aus jenen Stellen, die wir den politischen Briefen der Komintern entnommen haben, die Namen der Parteien und der Genossen zu entfernen, die in den Briefen kritisiert werden. Diese Rücksicht braucht bezüglich der Resolution, die das Präsidium des EKKI in der deutschen Frage beschlossen hat, nicht geübt werden, da sie im vollen Wortlaut sowohl in der russischen als auch in der deutschen Presse abgedruckt wurde. Wir aber sind der Meinung, dass die in dieser Resolution enthaltenen Grundsätze für alle Sektionen der Komintern so wichtig sind, dass wir sie hier nochmals veröffentlichen und so den Funktionären nicht nur der deutschen und russischen Sektionen zugänglich machen.

I.

Die Exekutive der Komintern begrüsst es, dass die Zentrale der KPD die Verständigungskonferenz einberufen hat zum Zwecke der Liquidierung der seit längerer Zeit in der Partei bestehenden Hindernisse für eine einheitliche Arbeit aller Mitglieder der Partei. Das Exekutiv-Ko-

mitee stellt die Tatsache fest, dass die weitesten Kreise der kommunistischen Arbeiter Deutschlands erfüllt sind von dem Willen der Einigkeit der Partei, und dass sie die Aufgabe der Partei sehen in der Sammlung ihrer Kräfte gegen den Klassenfeind und seine Helfershelfer. In dieser Stimmung der proletarischen kommunistischen Massen sieht das EK die Gewähr, dass nach der Verständigungskonferenz, nach der Entscheidung der Exekutive und der endgültigen Stellungnahme des Zentralausschusses die Diskussion über die bisherigen Parteidifferenzen auf das Mindestmass eingeschränkt und in ruhiger, sachlicher, unpersönlicher Form geführt wird, um die Parteiarbeit nicht zu hemmen, sondern zu fördern.

II.

Die Differenzen in der Partei haben zur Grundlage den langsamen Gang der revolutionären Entwicklung in Deutschland und die durch ihn erzeugten objektiven Schwierigkeiten, die in der Partei rechte wie linke Abweichungen erzeugen.

Die rechten Abweichungen finden ihren Boden in den Schwierigkeiten, die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus dem Bann der reformistischen Gewerkschaftsführer zu reißen. Sie finden ihren Ausdruck in einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, die unter dem Druck der Massen unserer Partei beitreten, ohne bis zu Ende das kommunistische Programm und die Taktik angenommen und begriffen zu haben. Ein Teil dieser Gewerkschaftsfunktionäre verzichtet aus Furcht vor den dauernden scharfen Kämpfen mit der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie auf die klare Herausarbeitung und Verfechtung der kommunistischen Politik. Ein Teil unserer Vertreter in den Kommunen und Parlamenten, in denen wir noch schwach sind, findet nicht genügend Kraft, um klar und entschieden sich der Sozialdemokratie entgegenzustemmen. Diese Abweichung hatte die Exekutive und der IV. Weltkongress der Komintern im Auge, als sie von den Gefahren sprachen, die die Anwendung der Taktik der Einheitsfront in sich birgt. Die Taktik der Einheitsfront wurde von den genannten Elementen nicht als Mittel der Trennung der Arbeitermassen von der reformistischen Politik angewandt, sondern als Mittel der Anpassung der kommunistischen Partei an die reformistischen Führer.

Die Zentrale der KPD hat in ihrer im allgemeinen richtigen Politik nicht immer verstanden, diese Gefahren rechtzeitig zu bekämpfen. In einzelnen Wendungen, die die Zentrale gebrauchte, hat sie aus Nichtbeachtung dieser Gefahr den rechten Tendenzen Stützpunkte gegeben, so z. B. wenn die Zentrale in ihrer Resolution über die politische Lage und die nächsten Aufgaben des Proletariats, die dem Leipziger Parteitag vorgelegt wurde, die Wendungen gebraucht von der Notwendigkeit «der Anknüpfung an die Illusionen und Vorurteile und die Bedürfnisse der breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter»; oder, wenn sie in derselben Resolution sagt, die Arbeiterregierung werde «gestützt auf die vorhandenen Machtmittel des bürgerlichen Staates den Kampf führen». Diese Redewendungen sind zweifelsohne falsch. Die Kommunistische Partei knüpft an an die einfachsten Bedürfnisse der Arbeitermassen, sogar an ihren psychologischen Zustand,

aber mit dem Zwecke, die Illusionen der Arbeiterklasse im zähen, geduldigen Kampfe aus der Welt zu schaffen. Sie nimmt teil an den Kämpfen der breitesten Arbeitermassen trotz dieser Illusionen, die durch die Erfahrungen des Kampfes überwunden werden. Aber die Kommunistische Partei knüpft nicht an die Illusionen. Wenn die Kommunistische Partei gegen die Gefahren, die der bürgerlichen Republik seitens der Faschisten drohen, kämpft, obwohl sie die Partei der proletarischen Diktatur und nicht der bürgerlichen Demokratie ist, so bedeutet das keine Anknüpfung an demokratische Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern es ist die Verteidigung der direkten Interessen der Arbeiterklasse, die nicht befriedigt werden können von der Demokratie, um die es aber unter der weissen bürgerlichen Herrschaft noch schlechter bestellt wäre, als in der bürgerlichen Demokratie. Die Arbeiterregierung kann ausgehen von den bestehenden demokratischen Institutionen, die überwunden werden, wenn der Angriff der Bourgeoisie der Arbeiterklasse, in ihrer grossen Mehrheit auch den sozialdemokratischen Arbeitern, das Bewusstsein beibringt, dass die Demokratie ihr nicht die genügenden Mittel zum Kampfe um die proletarischen Interessen gibt. Aber in dem Moment, wo die Arbeiterregierung ihr Programm durchzuführen beginnt und sich wehren muss gegen die Bedrohung ihrer Existenz durch die Bourgeoisie, in diesem Moment muss sie die Machtmittel des bürgerlichen Staates zerbrechen und sich proletarische Machtmittel schaffen. Sogar für den Fall, dass sie scheinbar dieselben Formen benutzt wie der bürgerliche Staat—Polizei und Reichswehr—wird es nicht die jetzige Schutz- und Reichswehr in der augenblicklichen Zusammensetzung und Führung sein können. Es wird notwendig sein, organisierte, klassenbewusste Arbeiter unter eigener Führung als Machtmittel des Staates zu konstituieren.

Die genannten, falschen Wendungen in der Resolution der Zentrale entstammen ihrem Willen zum Eindringen in die breitesten noch nicht kommunistischen Massen des Proletariats, die die Zentrale weiterführen will zum Kampfe um die Diktatur des Proletariats. Nichts in der Tätigkeit der Zentrale gibt Anlass, bei ihr eine Politik der Anlehnung an das Bürgertum zu vermuten und zu befürchten. Durch solche falschen Wendungen hatte sie sich jedoch den Kampf gegen zweifellos bestehende rechte Tendenzen in der Partei erschwert, die ungeformt, nicht klar ausgebildet vorhanden sind. Durch solche Wendungen hat die Zentrale das Misstrauen der Kreise in der Partei genährt, die zu linken Abweichungen neigen.

In diesen Kreisen, die durch die Berliner und Hamburger Bezirksleitung repräsentiert werden, äussert sich die Unzufriedenheit tüchtiger proletarischer Elemente mit der Tatsache, dass die KP noch nicht imstande ist, jetzt den Kampf zu führen um die sofortige Eroberung der Macht; dass sie genötigt ist, Schritt für Schritt um die einfachsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu kämpfen. Diese proletarischen Kreise befürchten, dass, indem die Partei um die nächsten einfachsten Interessen der Arbeiterklasse kämpft, sie sich in eine reformistische Partei verwandelt. Diese Arbeiterkreise befürchten, dass die Einheitsfronttaktik der KI nur ein Mittel darstellt zur langsamen Anbahnung einer Verschmelzung mit der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinsa-

men Kampfes um die nächsten Arbeiterinteressen. Der Zustrom frischer proletarischer Elemente zur Partei, die jeder politischen Erfahrung bar, jetzt noch die Kinderkrankheiten durchmachen, die die Grundlage der KAPD in der Vergangenheit bildeten, muss in der Partei dauernd von neuen linken Abweichungen erzeugen. Diese linken Abweichungen mussten mit Recht von der Zentrale bekämpft werden, wenn sie uns, wie in der Ruhrfrage, in isolierte Kämpfe hätten führen können (z. B. die Forderung der Minderheit, die Betriebe im Ruhrgebiet unter den gegebenen Umständen zu besetzen), bei denen die Partei eine schwere Niederlage erleiden würde; oder wenn sie, wie in der sächsischen Frage, zur Isolierung der KPD von den proletarischen Massen, die sich auf dem Wege zu uns befinden, führen würden. Aber der Kampf gegen die linken Tendenzen konnte nur mit Erfolg geführt werden, wenn die Zentrale der KPD in erster Linie durch den Kampf gegen die rechten Elemente dem revolutionären Misstrauen der Linken den Grund unter den Füßen fortzog.

Die Exekutive stellt fest, dass die Vertreter der Opposition in ihrer gemeinsam mit der Zentrale unterzeichneten Erklärung der Einigungskonferenz anerkannt haben, dass «die bestehenden taktischen Differenzen nicht so gross sind, dass sie ein Zusammenarbeiten von Parteiminderheit und-Mehrheit hemmen könnten». Damit ist zugegeben, dass die positive Anklage gegen die Zentrale und die Mehrheit der Partei, ihre Politik führe zur Liquidation der Kommunistischen Partei und zur Liquidation der kommunistischen Staatstheorie, grundlos ist. Indem die Exekutive dieses feststellt, erklärt sie, dass jeder Versuch der Austragung der Parteidifferenzen seitens der Linken als des Kampfes gegen das Liquidatorentum der Zentrale ein unbegründetes, parteischädigendes Vorgehen wäre. Mag die KPD diese oder jene Fehler begangen haben, mögen sich in ihr diese oder jene opportunistischen Tendenzen gezeigt haben, sie ist eine revolutionäre proletarische Partei, ihre Führung ist eine revolutionäre proletarische Führung, die das Vertrauen und die Unterstützung der kommunistischen Arbeiter und der Kommunistischen Internationale in vollem Masse verdient.

III.

Zu den konkreten aktuellen Streitfragen der Politik der deutschen Parteizentrale hat die Exekutive folgendes zu sagen:

a) In der Ruhrfrage. Das deutsche Proletariat befindet sich an der Ruhr zwischen zwei Mühlsteinen: zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie. Solange keine revolutionäre Bewegung im unbesetzten Gebiet und in den Arbeitermassen Frankreichs zu verzeichnen ist, solange keine Anzeichen der massenhaften Zersetzung unter den französischen Besatzungstruppen vorhanden sind, würde der Versuch der Besetzung der Fabriken dazu führen, dass das Proletariat, angewiesen auf die französischen Besatzungsbehörden, ihnen die Kohlen

liefern müsste, worauf der französische Imperialismus, mit diesem Trumpf in der Hand, leichter ein Abkommen mit dem deutschen Imperialismus schliessen könnte. Die deutsche Bourgeoisie würde dann alle Skorpione des entfesselten Nationalismus auf die kommunistische Arbeiterschaft niedersausen lassen. In dieser Situation würde jede Propaganda der Besetzung der Fabriken zu Versuchen der praktischen Besetzung führen und mit der Niederlage der Partei enden. Angesichts dieser Tatsache kann die KPD erst dann zu der Propaganda der Besetzung der Fabriken schreiten, wenn sich die Anzeichen mehren, dass die Situation in Deutschland und Frankreich sich allgemein revolutionär zuspitzt. Bis zu dieser Zeit besteht ihre Aufgabe in dem scharfen Kampfe gegen jeden Versuch, die deutsche Arbeiterklasse in das Bündnis mit der deutschen Bourgeoisie hineinzulocken, sowie gegen jeden Versuch, sie dem französischen Imperialismus botmässig zu machen. Die revolutionären Möglichkeiten an der Ruhr im Auge behaltend muss die deutsche Partei sich gleichzeitig darauf vorbereiten, dass in absehbarer Zeit ein Kompromiss zwischen der französischen und deutschen Bourgeoisie auf dem Rücken des deutschen Proletariats geschlossen wird, wobei die weissen Gardien der Faschisten als Anführer dieses Kompromisses sich auf die Arbeiterklasse werfen werden, um sie unter die Füsse der Loucheur und Stinnes zu beugen. Die Verbindung mit den breitesten Massen der Arbeiterklasse zur Abwehr dieser Gefahr, die Bildung proletarischer Hundertschaften, ihre Bewaffnung, das sind die Aufgaben, die mit Leidenschaft und Energie von der Partei demnächst gelöst werden müssen.

b) In der sächsischen Frage hat es die KPD verstanden, durch richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der Schädlichkeit der Koalition mit der Bourgeoisie zu überzeugen. Leider verstand sie es nicht, von vornherein den Kampf um die sächsische Arbeiterregierung in dem Rahmen des Kampfes um die Reichsarbeiterregierung zu führen. Sie war nicht stark genug, um die Arbeiterklasse in Sachsen so weit in Bewegung zu bringen, dass aus ihrem revolutionären Kampfe eine revolutionäre Koalitionsregierung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter entstehen könnte, die den Namen der Arbeiterregierung verdienen würde. Die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung auf Grund konkreter Bedingungen, die einen Schritt vorwärts bedeuten, war damit das einzige Mittel, das 1. uns die Verbindung mit den sich in Gärung befindenden sozialdemokratischen Massen garantierte und 2. gleichzeitig uns nicht die volle Verantwortung für die sozialdemokratische Regierung auferlegte. Die Lage der jetzigen sozialdemokratischen Regierung ist eine ausserordentlich gefährliche. Bekämpft von dem rechten Flügel der Sozialdemokratie, der den Parteiapparat in Händen hat, bedroht von den Reichsbehörden, kann sie sich in ihrer jetzigen Politik nicht völlig auf die revolutionären Arbeiter stützen, denen sie zu wenig bietet. Deshalb wird sie entweder nach rechts schwenken, was unsere Partei zwingen wird, mit ihr zu brechen und die Frage der Bildung einer revolutionären Arbeiterregierung von neuem vor die Massen zu stellen, oder sie

wird genötigt sein, die Massen in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, was wiederum die KPD vor grosse Aufgaben stellt. Damit gelangt auch die KPD in eine Gefahrenzone.

Die Gefahr besteht darin, dass die Partei durch das Bestreben, die Kämpfe hinauszuschieben, sich mit der Verantwortung für die Politik der Sozialdemokratie belastet, falls diese die Interessen der Arbeiterklasse im Stiche lässt. Die Gefahr besteht auch darin, dass sie nicht imstande ist, im ganzen Reiche genügend Massen zu mobilisieren für die Unterstützung des Kampfes des sächsischen Proletariats gegen die Reichsexekutive, falls die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter ihre Partei zwingen, zusammen mit den Kommunisten wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben. Ohne die Wichtigkeit der Landesregierung zu unterschätzen, ohne die Möglichkeit aus dem Auge zu lassen, dass angesichts des Wütens des Faschismus die Landesregierung in den Zentren, wo das Proletariat schon jetzt auf demokratischem Wege die Mehrheit in den Parlamentsvertretungen hat (Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Hamburg), zu Wellenbrechern der konterrevolutionären Gefahr und zum Ausgangspunkt neuer Kämpfe werden können, richtet die Exekutive die Aufmerksamkeit der KPD darauf, dass die Frage der Arbeiterregierung im Rahmen einzelner Länder nicht befriedigend gelöst, dass umgekehrt die Gefahr droht, dass die Lösung der Arbeiterregierung einzelner Länder kompromittiert werden kann. Deshalb ist es eine Lebensaufgabe der Partei, schon jetzt die Drohung mit der Reichsexekutive gegen die sozialdemokratische sächsische Regierung und die Gefahr des Faschismus im ganzen Reiche auszunützen zu einer breiten energischen Kampagne für die Reichsarbeiterregierung. Nur indem die breitesten Arbeitermassen im ganzen Reiche sich zusammenschliessen zum Kampfe gegen die bürgerliche Reichsregierung für die Bildung der Arbeiterregierung, werden sie auch den Willen finden, die Anschläge der Konterrevolution gegen die Kampfpositionen der Arbeiterschaft abzuwehren, die bereits in einzelnen Ländern bezogen werden konnten.

c) Die Partei wird diese Aufgabe nur erfüllen können wenn sie über die Arbeiterklasse hinaus Stützpunkte in der Bauernschaft und in dem proletarisierten Kleinbürgertum findet. Die wachsende Teuerung aller industriellen Produkte, die auf den Bauernmassen ausserordentlich schwer lastet, müsste es der Partei ermöglichen, die ärmsten und mittleren Bauernschichten für den Kampf gegen das bürgerliche Regime zu gewinnen. Zu diesem Zweck muss sich die KPD von den Ueberresten der Ideologie der Sozialdemokratie befreien, die, statt gegen die Bourgeoisie für die Erfassung der Sachwerte zu kämpfen, den Gegensatz zwischen Arbeitern und Bauern vergrössert und so die Bauern auf die Seite der Stinnes und Kompanie drängt.

d) Die Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege hat die Bedingungen geschaffen für die Eroberung breiter Kreise der geistigen Arbeiter, der technischen Angestellten, wenn nicht direkt für die Ideen des Kommunismus, so jedenfalls für einen gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus. Die

dauernde Verschlechterung der Lage dieser Schichten, ihr Heruntersinken unter das Niveau der Lebenslage des Proletariats, erfolgt nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern unter der Herrschaft der Bourgeoisie, schafft darum in diesen Schichten starke, wenn auch unklare antikapitalistische Stimmungen und Strömungen. Einstweilen sehen diese Schichten die Ursache ihres Niederganges nur in dem Sieg des Ententekapitals und darum äussert sich ihre Opposition in scharfen nationalistischen Formen.

Die deutsche Bourgeoisie, geschlagen im Kriege, ist genötigt, einen Kampf gegen das siegreiche Ententekapital zu führen, ist genötigt, immer wieder an den Fesseln des Versailler Friedens zu rütteln und zu schütteln. Selbst auf die Erhaltung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse bedacht, zu diesem Zwecke selbst konterrevolutionäre Politik treibend, spielt sie durch ihre Lage dem Ententekapital gegenüber eine revolutionierende zersetzende Rolle. Bereit, jeden Tag zum Kettenhund des internationalen Kapitals zu werden, falls die Ententebourgeoisie geneigt wäre, dem deutschen Kapital die Voraussetzungen zu seiner Wiederherstellung zu gewähren, ist die deutsche Bourgeoisie angesichts der Aussichtslosigkeit ihrer Kompromissbestrebungen genötigt, die geschilderte revolutionäre Politik zu treiben, aber unfähig, sich im Kampfe gegen die Entente auf die Volksmassen zu stützen, umgekehrt, sie ist von der Geschichte dazu verurteilt, diese Volksmassen abzustossen. Die deutsche Bourgeoisie kann nicht mehr der Fahnenträger des nationalen Befreiungskampfes in Deutschland sein, sie ist weder fähig, gegen die Entente wirklich und siegreich zu kämpfen, noch ist sie dazu im Ernste bereit. Deshalb müssen auch die von ihr entfesselten nationalen und nationalistischen Stimmungen sich letzten Endes gegen sie wenden. Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands ist es, den breiten kleinbürgerlichen und intellektuellen nationalistischen Massen die Augen darüber zu öffnen, dass nur die Arbeiterklasse, nachdem sie gesiegt hat, imstande sein wird, den deutschen Boden, die Schätze der deutschen Kultur und die Zukunft der deutschen Nation zu verteidigen. Nur die deutsche Arbeiterklasse, an die Macht gelangt, wird imstande sein, die Sympathien der Volksmassen in anderen Ländern zu erobern, die den imperialistischen Mächten erschweren werden, ihre Vernichtungspolitik gegen die deutsche Nation zu Ende zu führen. Nur die deutsche Arbeiterklasse wird imstande sein, falls sie vorübergehend genötigt sein sollte, der einstweilen noch bestehenden siegreichen Entente Tribute zu zahlen, Kräfte zu finden zum Wiederaufbau Deutschlands. Nur die Arbeiterklasse kann durch ihren Sieg einen Zusammenschluss mit dem immer mehr erstarkenden Sowjetrußland herbeiführen und so den Boden schaffen für einen neuen Aufstieg des deutschen Volkes.

IV.

Die Beschlüsse der Verständigungskonferenz geben bei sorgfältiger Berücksichtigung der oben niedergelegten Direktiven der Exekutive den Boden für ein gedeihliches einheitliches Zusammenwirken aller Kräfte der Partei. Aus diesem Grunde besteht die Exekutive darauf, dass keine

Organe gebildet und keine Massnahmen getroffen werden, die die noch nicht völlig aus der Welt geschaffenen Differenzen nur vergrössern würden.

Die Exekutive empfiehlt deshalb der Berliner Organisation von der Forderung auf Bewilligung eines besonderen Diskussionsorgans abzusehen, und sie empfiehlt der Zentrale, eine Diskussionsbeilage zur „Roten Fahne“ zu schaffen, in der zweimal monatlich für die ganze Partei neuauftauchende Fragen kritisch beleuchtet werden. Die Exekutive nimmt als selbstverständlich an, dass die Zentrale in dieser Beilage abweichenden Meinungen vollen Raum gewähren wird, wobei natürlich die Zentrale bestimmen muss, ob eine Frage in dem gegebenen Moment diskutiert werden kann; es ist selbstverständlich, dass, wenn in einer Aktion die Zentrale nach Anhören aller Auffassungen die taktische Linie festgelegt hat, diese taktische Linie während der Aktion keiner Kritik unterzogen werden darf.

Den Vorschlag der Opposition betr. Vorbereitung eines Konzentrationsparteitages, der die bestehenden Parteidifferenzen aus der Welt schaffen sollte, sieht sich die Zentrale genötigt, abzulehnen. Die bestehenden Differenzen können nur durch die einheitliche Praxis überwunden werden. Die Einberufung eines Parteitages zu ihrer Schlichtung würde nur einen Kampf der Richtungen in allen Organisationen entfesseln, der die Schlagkraft der Partei in den kommenden bedeutungsvollen Monaten lähmen würde. Sollten die politischen Ereignisse von der Partei in absehbarer Zeit neue wichtige Entscheidungen erfordern, für die es notwendig wäre, einen Parteitag einzuberufen, so wird es Aufgabe der Partei sein, diesen Antrag an die Exekutive zu stellen. Die Exekutive fordert die Vertreter der Berliner und Hamburger Organisation auf, auf die Arbeit in anderen Bezirken zu verzichten. Eine einheitliche Politik der Partei ist unmöglich, wenn gleichzeitig zwei politische Zentren der Partei bestehen. Die in der Partei bestehenden Differenzen waren klargelegt in den verschiedenen Resolutionen des Parteitages, sie werden diskutiert in dem Zentralausschuss der Partei. Die Partei kennt die Differenzen, und die lokalen Organisationen der Partei sind imstande, auch ohne Hinzuziehung der Vertreter des Hamburger und Berliner Bezirks sich über die Streitfragen zu orientieren.

Indem die Exekutive alle Schritte zur Vertiefung der noch bestehenden Differenzen ablehnt, ersucht sie die Zentrale, zur Vervollständigung der Arbeit der Einigungskonferenz, zur intimeren Verbindung mit so wichtigen proletarischen Zentren, wie Berlin, Hamburg und Essen, die Vertreter der Opposition in der Zentrale durch je einen neuen Vertreter von den genannten Organisationen zu verstärken, der von den betreffenden Organisationen des Zentralausschusses vorgeschlagen wird. Die drei Vertreter der Opposition, die auf dem Leipziger Parteitag in die Zentrale gewählt worden sind, haben durch ihre Arbeit bewiesen, dass sie sich nicht als Vertreter einer Sondergruppe, sondern als Vertreter der Gesamtpartei fühlen und zum Wohle der Gesamtpartei wirken. Die Verstärkung der Verbindung mit den oppositionellen Bezirken wird die Schlagkraft der Gesamtpartei erhöhen und helfen, das Werk der Verständigungskonferenz zu krönen: die KPD zu einer einheitlichen, geschlossenen, revolutionären, kommunistischen Partei zu gestalten.

V.

Die Exekutive appelliert an die Massen der Mitglieder der KPD darüber zu wachen, dass die Partei ihre eigene Aktionskraft in den nächsten Monaten verstärkt. Die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Führer der Sozialdemokratie haben die deutsche Arbeiterklasse in eine Lage gebracht, die die Partei vor grosse Kampfesaufgaben stellen kann. Was fehlt, das ist eine solche innere Festigkeit und Schlagkraft der Partei, die es erlauben, dass die wachsende Sympathie breiter proletarischer Massen sich in festes Vertrauen zur KPD verwandelt. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter, es ist die Aufgabe der KPD, dieses Vertrauen zu fordern durch einheitliche Aktionen, die durch Fraktionskämpfe nur gestört und durchkreuzt werden können.

Das Exekutivkomitee der Komintern.

VI. Allgemeine Aktionen.

Zum 25. Jahrestag der Gründung der KPR.

Die RKP nimmt in der Kommunistischen Internationale eine besondere Stellung ein; das ist historisch begründet. Die RKP hat nicht erst seit der russischen Novemberrevolution eine grosse und überragende Bedeutung innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung. Mit der Arroganz, die die Theoretiker der 2. Internationale wie Hilferding, Bauer, Vandervelde usw. auszeichnet, hat man nach der Gründung der RKP diese Partei gewöhnlich als eine Sekte bezeichnet, die durchaus nicht begreifen wollte, dass nur die «Massenpartei» imstande ist, den Befreiungskampf des Proletariats zu organisieren. Alle übrigen Sektionen der 2. Internationale haben ihre Arme weit ausgebreitet und alles herzlich empfangen, was sich bereit zeigte, in die Sozialdemokratische Partei zu gehen. Im August 1914 wurde die erste Probe auf die Leistungsfähigkeit dieser «Massenpartei» gemacht; wie sie ausgefallen ist, darüber braucht man heute kein Wort mehr zu schreiben.

Die RKP, das war die festorganisierte, disziplinierte Avantgarde der arbeitenden Massen Russlands. Es war die festgefügte Organisation jener Klassenkämpfer, die es sehr gut verstanden, in der schwierigsten Zeit die enge Verbindung mit den Massen auf dem flachen Lande sowohl, wie in den Industriezentren zu knüpfen. Und an der Spitze dieser Partei standen nicht marxistische Talmudisten, sogenannte orthodoxe Marxgelehrte, die keine Fühlung mit den Massen hatten, — die bolschewistischen Führer und Theoretiker haben es jederzeit verstanden, im engsten Kontakt mit der Arbeiterbewegung, also auf dem Boden der ökonomischen und politischen Tatsachen, die Grundsätze des Marxismus in Anwendung zu bringen. Was Marx und Engels in einer bestimmten historischen Situation und unter ganz bestimmten Verhältnissen sagten, darauf schwören die reformistischen Theoretiker der 2. Internationale gelegentlich Stein und Bein; aber ihre Anpassungsfähigkeit erlaubte ihnen auch, mit der gleichen Leidenschaftlichkeit darauf zu verweisen, dass die Ansicht, die Marx in einem bestimmten Fall zu einer bestimmten Zeit geäußert habe, heute nicht mehr massgebend sei, da sich eben die Verhältnisse geändert hätten. Mit einem Wort, diese «Marxisten» machten aus Marx, was sie wollten. Sie benützten ihn ebensowohl als Schwurzeugen für die Berechtigung ihrer Koalitionspolitik, wie auch für ihren Kampf gegen die revolutionär gesinnten Arbeitermassen.

In 25 jähriger zäher, praktischer und theoretischer Arbeit haben die Führer der RKP sowohl das russische wie das Weltproletariat

gelehrt, dass sich der Aufstieg des Proletariats, die Entwicklung bis zu seinem Siege über die Bourgeoisie, nicht in gerader Linie vollziehen könne, dass die Führung des Proletariats es verstehen müsse, unter den verschiedensten Bedingungen verschiedene Mittel des Klassenkampfes in Anwendung zu bringen. Der endgültige Sieg des Proletariats, was uns eben der Marxismus lehrt, könne nur das Ergebnis ebenso langwieriger wie blutiger Kämpfe mit den herrschenden Klassen dieser Gesellschaft bilden.

Nach dem Ausbruch des Weltkrieges, während des Krieges im theoretischen Kampf gegen den Sozialpatriotismus, zur Zeit der russischen Märzrevolution, des Juliaufstandes und der Novemberrevolution, zeigte sich erst die ungeheuere und tatsächlich unschätzbare Kraft dieser einzigartigen Partei. Aber nicht am Tage des Sieges der Novemberrevolution löste die RKP ihre grössten Aufgaben; die kamen erst nach diesem Sieg auf die Tagesordnung. Und dann zeigte diese Partei einer staunenden Welt, was sie zu leisten imstande ist. Den späteren Geschichtsschreibern, die sich in 20 oder 30 Jahren mit dem bereits wohlgeordneten geschichtlichen Material beschäftigen können, bleibt es vorbehalten, das Gigantische der Leistungen dieser Partei in der Zeit von 1917 und die folgenden Jahre übersichtlich darzustellen. Wie ist diese Fülle an Kraft und Leistungsfähigkeit der RKP zu erklären? Die RKP hat die Massen Sowjetrusslands allmählich erobert und heute, nach einigen Schwankungen während der kritischsten Zeiten, ist sich jeder Arbeiter und darüber hinaus jeder urteilsfähige Politiker im klaren, dass die arbeitenden Massen der Land- und Industriebevölkerung Russlands fest hinter der RKP stehen. Aber die Kraftquelle dieser Partei ist nicht nur in Russland, sondern in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu suchen. Das ist das Charakteristische der RKP, dass sie nicht nur die arbeitenden Massen Sowjetrusslands, sondern das klassenbewusste Proletariat aller Länder und gefühlsmässig viele Millionen ausgebeuteter Menschen für sich gewonnen und in mehr oder minder festgefügte Beziehungen zu sich gebracht hat.

Je nach den Positionen, die das Proletariat verschiedener Länder unter verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten bezieht, können verschiedene Methoden des Kampfes in Anwendung gebracht werden. Ob das Proletariat vorwärts gehen konnte oder zurückweichen musste, ob es mehr oder weniger aktiv zu sein vermochte, eines durfte es nicht sein: inaktiv. Direkter Kampf oder Vorbereitung der Kämpfe, darin bestand und besteht die Aufgabe des Proletariats. Das Proletariat konnte und musste verschiedentlich vor der Bourgeoisie zurückweichen; aber worauf es sich unter keinen Bedingungen und Umständen einlassen durfte, das ist die Verständigung, der «Burgfriede» mit seinen Klassengegnern. Und an diesen Grundsätzen hat die bolschewistische Partei festgehalten und sich so allmählich nicht nur das Vertrauen der russischen Massen gesichert.

Bis zum Siege der Weltrevolution bleibt die russische Partei die Avantgarde nicht des russischen, sondern des Weltproletariats. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft der ganzen Welt anlässlich des 25 jährigen Bestandsjubiläums der RKP hat die Komintern die Bedeutung ihrer wichtigsten Sektion gewürdigt.

Die Maifeier.

Die Exekutive hat an die Sektionen die allgemeine Weisung gegeben, dass die Demonstrationen am 1. Mai nach einheitlichen Richtlinien organisiert werden sollen. Am 1. Mai sollte die Arbeiterschaft ihren Willen zum Ausdruck bringen, der Einheitsfront der Ausbeuter die Einheitsfront der Ausgebeuteten entgegenzustellen. Für die Einheitsfront des Proletariats, gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Arbeiterregierung, Kampf gegen den Faschismus und gegen die von den imperialistischen Mächten heraufbeschworene allgemeine Kriegsgefahr— das sind die Losungen, in deren Zeichen die Kundgebungen der Arbeiterschaft am 1. Mai durchgeführt wurden.

Die Exekutive hat einen Aufruf zum 1. Mai veröffentlicht.

Zum Internationalen Frauentag.

Alljährlich wird die internationale Kundgebung im Interesse der arbeitenden Frauen von der Komintern gefördert. Die Sektionen wurden aufgefordert, die Organisation des Frauentages gut vorzubereiten. Das EK versandte einen Aufruf «Zum Internationalen Frauentag».

Die Verschmelzung der beiden reformistischen Internationalen.

Knapp vor Abschluss dieses Berichtes kommt die Nachricht, dass sich die zweite Internationale auf dem Hamburger Kongress die zweieinhalbte wieder einverleibt hat. Der Kongressaal war mit den Flaggen aller Staaten geschmückt (nur die Fahne Sowjetrusslands fehlte; sie war durch die alte zaristische Fahne ersetzt). Diese Dekoration sollte offenbar zum Ausdruck bringen, dass sich die renovierte zweite Internationale eingeständenermassen auf den Standpunkt stellt, den Otto Bauer in seinen besseren Tagen als pannationalistisch abgelehnt hat. Welches Programm die Herren angenommen haben, ist noch nicht bekannt. Zweifellos aber liegen ihm die Verträge von Versailles und St. Germain zugrunde, unter denen die Unterschriften von Mitgliedern sowohl der zweiten als der zweieinhalbten Internationale stehen.

Was vom kommunistischen Standpunkt über diesen Verschmelzungskongress zu sagen ist, hat die Exekutive in einem Manifest gesagt.

W. Worowski.

Der Hass, den die Nutzniesser der alten, verfaulenden Welt des Kapitalismus gegen Sowjetrussland empfinden, richtet sich in erster Linie gegen jene diplomatischen Vertreter der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik, die in Genua, im Haag und in Lausanne die Ränke des Weltimperialismus, hauptsächlich des englischen

Räuberstaates, aufdecken. Das englische Weltreich fühlt sich in seinen Grundfesten erschüttert, seitdem im Nahen und Fernen Osten die Volksmassen lebendig geworden sind und ihre Sympathien Sowjetrussland zuwenden. Im Osten findet die englische Politik der Ausplünderung und Unterdrückung immer grösseren Widerstand. Für diese, der englischen Bourgeoisie so gefährlichen Strömungen, macht sie die Sowjetdiplomatie und die Dritte Internationale verantwortlich.

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich in allen kapitalistischen Staaten. Je weniger die herrschenden Klassen dieser Ordnung imstande sind, die Krise, in die der Kapitalismus geraten ist, zu überwinden, umso leidenschaftlicher gestaltet sich der Hass gegen den entscheidenden Faktor der neuen Weltordnung: Sowjetrussland. Im Bunde gegen Sowjetrussland und ihre Vertreter findet sich schliesslich alles, was in dem Verfallungsprozess der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu ersticken droht, alles, was an der Erhaltung dieser „Ordnung“ interessiert ist. Im steigenden Masse erobert sich Sowjetrussland die Sympathien nicht nur der unterdrückten Massen des Ostens, sondern aller kapitalistischen Staaten. Grösser und geschlossener wird die Zahl jener Ausgebeuteten, die sich ihrer historischen Aufgabe, als Totengräber der kapitalistischen Weltordnung zu wirken, bewusst werden.

Jeder Lump, der Sowjetrussland und die Führung des klassenbewussten Proletariats verleumdet, jeder Meuchelmörder, der im Interesse der herrschenden, kapitalistischen Klassen die Mordwaffe gegen einen Vertreter Sowjetrusslands erhebt, findet den Schutz und die ungeteilte Zustimmung des gesamten konterrevolutionären Gesindels. Die imperialistischen Räuber frohlocken über die Mordtat, die an Genossen Worowski verübt wurde. Sie können und wollen nicht begreifen, dass der Prozess nur noch rascher fortschreitet, der ihr soziales und politisches Ende herbeiführen wird. Dass die herrschenden Klassen pen feigen Mord verantworten werden, dafür wird zur rechten Stunde das internationale Proletariat zu sorgen wissen. Die Exekutive hat in einem Aufruf an die internationale Arbeiterklasse diesen Meuchelmord gebührend gekennzeichnet.

Gegen den Arbeitermord in den englischen Kolonien.

England, das sich sehr gerne sittlich entrüstet, wenn Sowjetrussland die weissen Spione und Provokateure mit rücksichtsloser Strenge bestraft, pflegt in den von der englischen Bourgeoisie ausgebeuteten Ländern den systematischen Arbeitermord. In einem Aufruf nimmt die Exekutive Stellung zu den Verfolgungen, die die imperialistische Justiz in Indien gegen die infolge einer unerträglichen Ausbeutung zur Verzweiflung getriebenen Bauern organisierte.

Gegen die Proletariermörder Esthlands.

In ihrer schlotternden Angst vor der revolutionären Entwicklung stürzt sich die Bourgeoisie der Randstaaten auf jeden Revolutionär, der sich erdreistet, offen für die Interessen der arbeitenden Massen

einzustehen. In derselben feigen, tierischen Weise wie vor einigen Monaten der Genosse Kingissep, wurde vor einigen Wochen der Genosse Kreuks von der esthländischen Bourgeoisie ermordet. Diese neue bestialische Mordtat der esthnischen Bourgeoisie hat nur dazu beigetragen, die Reihen der Arbeitenden fester zu schliessen. Am Tage der Abrechnung wird das esthnische Proletariat so wenig wie die internationale Arbeiterklasse versäumen, den weissen Henkern eine genaue Rechnung, auf der nichts vergessen sein soll, zu präsentieren. Wegen des Mordes an dem Genossen Kreuks hat sich die Komintern mit einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder gewendet.

A n h a n g.

Verzeichnis der von dem 4. Kongress in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gewählten Mitglieder.

Vorsitzender: Genosse Sinowjew.

Mitglieder: Souvarine, Zetkin, Hörnle, Bucharin, Radek, Smeral, Neurath, Gennari, Gramsci, Schüller, Schatzkin, Mac Manus, Karr, Höglund, Scheflo, Pruchniak, Kuusinen, Kolarow, Garden, Stirner, Andrews, Katayama, Safarow, Lévy.

Stellvertreter: Duret, Böttcher, Lenin, Trotzki, Muna, Bordiga, Newbold, Demond, Makavei, Roy.

Mitglieder des Präsidiums: Sinowjew, Zetkin, Bucharin, Radek, Kolarow, Katayama, Gennari, Kuusinen, Neurath, Souvarine, Mac Manus.

Stellvertreter: Hörnle, Smeral, Safarow, Lévy.

Mitglieder des Organisationsbüros: Kolarow, Hörnle, Kuusinen, Pjatnizki, Safarow, Rakosi, Neurath, Schüller, Wompe, (mit beratender Stimme).

Redaktion der Kommunistischen Internationale: Sinowjew, Radek.

Redaktionssekretariat der Kommunistischen Internationale: Borodin, Strasser, Maletzki.

Budgetkommission: Pjatnizki, Gennari, Neurath, Hörnle, Kolarow.

Verlagskommission: Pjatnizki, Kuusinen, Hörnle.

In dem Aktionskomitee der Komintern und Profintern ist die Komintern durch die Genossen Kolarow und Neurath vertreten; Stellvertreter: Gramsci und Souvarine.

